



Jahrg. 2 Nr. 20 Juli '72

Polizei-Willkür gegen
Kommunisten

RUB Bochum
Inst. z. Gesch.
d. Arbeiterbew.

SPD-
das kleinere Übel?

10

Lage der
Automobilarbeiter

17

Arbeiterkampf

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

Laden 50 Pf.



Innere Front in Westdeutschland: Genscher schreitet Bundesgrenzschutz-Einheiten ab

Am 22. Juni verabschiedete der Bundestag drei Grundgesetzänderungen und vier weitere wichtige Gesetze zur „Verbesserung der inneren Sicherheit“. Der Bundesrat muß die Gesetze noch bestätigen, was aber nur ein formeller Akt ist.

Seit Wochen und Monaten entfachen die bürgerlichen Massenmedien eine ständig gesteigerte Hysterie, daß die „innere Sicherheit“ unseres Landes „durch linke Terroristen und ihre im Grunde viel gefährlicheren Sympathisanten bedroht“ sei. Die Verabschiedung der Gesetze ging dann aber sehr schnell über die Bühne. Was noch mehr zählt: Es ist bisher verheimlicht worden, was tatsächlich alles durch diese Gesetze „legitimiert“ wird. Die bürgerliche Presse hat natürlich auch nicht danach gefragt.

Für die Arbeiter ist aber eine größere Klarheit gerade hierüber wichtig: Was beabsichtigen die Kapitalisten und ihre Staatsdiener? „Innere Sicherheit“ – für wen?

Was sind die wichtigsten der vom Bundestag beschlossenen Maßnahmen?

BUNDESGRENZSCHUTZ-GESETZ

Der Bundesgrenzschutz soll auch bei nicht-erklärtem „inneren Notstand“ in „Fällen von besonderer Bedeutung“ eingesetzt werden. Er wird damit zu einer militärisch ausgerüsteten Bundespolizei und erhält umfangreiche Vollmachten zur Einschränkung der Grundrechte. (genauer dazu siehe unseren Artikel auf S. 2)

VERFASSUNGSSCHUTZ-GESETZ

Die Beispitzelung ausländischer wie deutscher Arbeiter und Studenten durch den Verfassungsschutz, die schon lange praktiziert wird, erhält jetzt ihre gesetzliche Grundlage und soll künftig noch umfassender ausgebaut werden. Als Grund wird nicht mehr allein die „Gefährdung der inneren Sicherheit und Ordnung“ angegeben, sondern auch die „Gefährdung auswärtiger Belange der Bundesrepublik“. (genauer dazu siehe unseren Artikel auf S. 3 oben)

HAFTRECHT

Unter dem Namen „Haftgrund der Wiederholungsfahrer“ werden die alten Vorbeugehaft-Fälle verwirklicht, die ursprünglich schon im Zuge der Notstandsgesetze mit verabschiedet werden sollten. Vorbild dafür ist die von den Nazis vor allem gegen Kommunisten und fortschrittliche Gewerkschafter angewandte „Schutzhaft“.

Um diese Verwandtschaft nicht so deutlich werden zu lassen, wird gegenwärtig besonders herausgestellt, daß der „Haftgrund der Wiederholungsfahrer“ sich vor allem gegen „gewöhnliche Kriminelle“ richtet. Dadurch darf man sich nicht täuschen lassen. Erstens ist es eine übliche Praxis der Klassenjustiz in unserem Land, zunächst „plausible“ und „unverdächtige“ Gründe anzugeben, wogegen sich die Verurteilung eines Gesetzes angeblich richten soll. Zweitens ist es ebenso eine übliche Praxis, daß Polizei und Ge-

richte politisch Verfolgten häufig „gewöhnliche kriminelle Delikte“ anhängen, um die wahren Gründe zu kaschieren.

Schließlich: was fällt in der Sprache der bürgerlichen Klassenjustiz nicht alles unter „gemeingefährliche Verbrechen und Vergehen“? Das sind doch z. B. angebliche „Ausbreitungen“ bei Demonstrationen und Streiks, wie „Landfriedensbruch“ usw.

Wenn dann auch noch der „Verdacht eines Sprengstoffverbrechens“ als Haftgrund angegeben wird, dann braucht man sich nur zu erinnern, daß genau dieser „Verdacht“ in den letzten Wochen als „Grund“ für verschiedene Polizeiaktionen gegen Kommunisten angegeben wurde. (siehe dazu unseren Artikel auf S. 4)

Bislang wurde von den meisten Richtern auch der Nachweis eines festen Wohnsitzes als ausreichend angenommen, um eine „Fluchtgefahr“ und damit den Haftgrund auszuschießen. Dem wird in der Begründung des neuen Gesetzes nun ausdrücklich widersprochen.

WAFFENRECHT

Der Erwerb von Schusswaffen soll künftig nur solchen Personen erlaubt werden, die ihre „Zuverlässigkeit“, ihre „Sachkunde“ und ihr „Bedürfnis für den Erwerb“ nachgewiesen haben. Die generelle Absicht ist es, gegenüber dem unbewaffneten Volk das Waffenmonopol in den Händen des kapitalistischen Staates zu konzentrieren.

Wenn in der Vergangenheit Waf-

fenlager bei Faschisten gefunden wurden und ein Bekanntwerden dieser Tatsache nicht zu verhindern war, so wurde dies allerdings mit allen möglichen Tricks heruntergespielt – ganz im Gegensatz zu gefundenen Waffen bei Anarchisten. Daß dies sich aufgrund des neuen Waffenrechts ändert, ist jedoch nicht anzunehmen: die Faschisten haben ihre „Zuverlässigkeit“, ihre „Sachkunde“ und ihr „Bedürfnis für den Erwerb“ längst dadurch nachgewiesen, daß sie ihre Waffen nicht gegen die kapitalistischen Ausbeuterherrschaft richteten, sondern gegen die Kommunisten und fort-

schrittliche Gewerkschafter im Dienste der kapitalistischen Ausbeuterherrschaft.

Investitionen gegen die Arbeiter

Den Gesetzesverabschiedungen vom 22. Juni gingen eine große Bundestags-Debatte zur „inneren Sicherheit“ am 7. Juni voraus, zahlreiche Debatten der Länderparlamente und eine Konferenz der

Forts. nächste Seite

Staatlicher Mord

Am 25. Juni wurde der britische Staatsbürger Ian MacLeod in seiner Stottparitz Wohnung durch ein Fahndungskommando der Polizei erschossen. Die Kugel traf ihn durch die geschlossene Wohnungstür in den Rücken.

Der Staat hat damit sein Mord-Konto im Rahmen der „Beader-Meinhof-Fahndung“ um ein neues Opfer erhöht. Aber es ist noch nicht das letzte gewesen: In den darauffolgenden Tagen erschoss die Polizei einen Farbigen in Frankfurt und einen Moped fahrenden Arbeiter in Duisburg.

Nicht nur die Zahl der staatlichen Morde hat in der letzten Zeit beängstigend zugenommen. Auch deren Brutalität. Die bürgerliche Presse unterstützt diesen Terror dadurch, daß sie ihn immer mehr verschweigt.

+ Am 2. Juni 1967 wurde der Student Benno Ohnesorg während einer Demonstration gegen das iranische Schah-Regime erschossen. Der Polizeibeamte Kurras, der den Schuß auf Ohnesorg abfeuerte, wurde später freigesprochen. Das Gericht hielt Kurras zugute, daß die Situation während der Demonstration „unübersichtlich“ gewesen sei, er habe in „Notwehr“ geschossen. Ohnesorg war durch Kopfschüsse von hinten getötet worden.

+ Am 15. Juli 1971 wurde Petra Schelm nach einer heftigen Verfolgungsjagd in Hamburg durch einen Schuß aus einer Polizei-MP neben dem linken Auge getötet. Der augenblicklich laufende Gerichtsprozeß gegen ihren damaligen Begleiter Werner Hoppe förderte bereits einige interessante Details über den Verlauf des Feuergefechts am 15. Juli zu Tage. So erklärte ein Augenzeuge, daß Petra Schelm entgegen polizeilicher Darstellung ohne vorherige Warnung von hinten erschossen wurde. Eine akute Notwehrsituation des uniformierten Todesschützen lag demnach nicht vor. Allerdings: Petra Schelm und auch ihr Begleiter waren bewaffnet und machten auch

von ihren Pistolen Gebrauch... sie ballerten in die Luft, um ihre Verfolger abzuschütteln, wie es hieß.

+ Am 4. Dezember 71 wurde Georg von Raach durch einen Wiesorbiter Polizeikommando erschossen. Georg v. Raach gehörte der „Schwarzen Hilfe“ an, die politische Gefangene unterstützt. Als er erschossen wurde, stand er mit erhobenen Händen an einer Hauswand. Er war unbewaffnet und wurde von einem bewaffneten Polizisten in Schach gehalten. Das Ermittlungsverfahren gegen den Polizisten, der die tödliche Kugel abfeuerte, wurde inzwischen wegen „Notwehr-Situation“ eingestellt. Die Polizei dementierte die Pressemeldung, daß sich neben dem Polizisten und ohne dessen Kenntnis Verfassungsschützer am Schauplatz befunden hätten, die „versichtlich“ das Feuer auf den Frustisten eröffneten, weil sie ihn für einen Angehörigen der „Beader-Meinhof-Gruppe“ gehalten haben. Es hätten sich keine anderen Personen am Tatort befunden. Die Polizei konnte dabei aber nicht klären, woher denn die unterschiedlichen Geschosse kamen.

Forts. Seite 3

Forts. von Seite 1

"Innere Sicherheit" - für wen?

Länder-Innenminister am 17. Juni zum gleichen Thema. Der Presse wurden laufend die gewünschten Schlagzeilen geliefert, damit der Bevölkerung die „akute Gefahr“ und die „Sorge unserer Volksvertreter“ auch tief genug ins Bewusstsein dringt. Dazu ständig neue „Enthüllungen“ über angebliche Verbrechen und „Pläne“ der „Baader-Meinhof-Gruppe“ und (da der „Kern“ jetzt ja fast vollständig verhaftet wurde) anderer Terroristen. Springers „Bild“ scheute dabei wieder einmal vor absolut nichts zurück: Am 21. Juni tischte sie eine „Enthüllung“ über „Baaders Volkskrieg-Pläne“ als völlig neu auf, der sich die „Bild am Sonntag“

gierung allein für Bundesgrenzschutz, Bundeskriminalamt und Verfassungsschutz sollen danach im 4-Jahreszeitraum von 1969 bis 1973 von 366,7 Mill. DM auf 749,5 Mill. DM mehr als verdoppelt werden. Wenn man noch die rund 10 Mill. DM Ausgabensteigerung für die Bereitschaftspolizei der Länder hinzunimmt, so ist diese Ausgabensteigerung von annähernd 400 Mill. DM für die „innere Sicherheit“ fast 500 mal so groß wie der gesamte Etat des Arbeitsministeriums für Arbeitsmedizin und betriebliche Unfallursachenforschung! Hier zeigt sich bereits, wessen Sicherheit dem Staat so sehr am Herzen liegt.

„INNERE SICHERHEIT“ - INVESTITIONEN GEGEN DIE ARBEITER (in Mill. DM)

	Ausgabenziel	Steigerung	Steigerung
	1973	1965 - 1969	1969 - 1973
Bundesgrenzschutz	565,4	2,2	251,0
Bundesamt für Verfassungsschutz	62,1	11,4	32,1
Bundeskriminalamt	122,0	8,4	99,5
Zusammen	749,5	22,0	382,6

tag“ bereits vor mehreren Monaten bedient hatte: „Mit Bomben, Terror und 1000 Mann - Aufstand in Deutschland geplant“.

Die Länderinnenminister-Konferenz beschloß, die Zahl der Polizisten um gegenwärtig rund 140 000 um 15 000 zu erhöhen. Auf jeweils 400 Bundesbürger soll in Zukunft ein Polizeibeamter kommen. Gleichzeitig soll die kommunale Polizei aufgelöst und der gesamte Polizeiparapparat stärker zentralisiert werden. Das Bundeskriminalamt (BKA) wird zur „Informations- und Kommunikationszentrale der deutschen (!) Polizei für die Verbrechensbekämpfung“ („Welt“, 22. 6. 72). BKA - Chef Herold in einem Interview mit „Bild am Sonntag“ vom 18. Juni: „Wir werden uns nicht mehr in die Rolle einer beschimpften und bespötenen Minderheit drängen lassen!“

Am 23. 3. 72 legte Bundesinnenminister Genscher ein „Schwerpunktprogramm Innere Sicherheit“ vor. Die Ausgaben der Bundes-

Wörter jammert die bürgerliche Presse denn, was die „innere Sicherheit“ gefährdet? Wogegen soll der Staat Maßnahmen ergreifen?

ENTHEILIGUNG DES EIGENTUMS

„Unser Staat“ sei von der „wachsenden Kriminalität“ und dem „Linksradikalismus“ bedroht. Was die Kriminalität betrifft: Man wird ihr wohl kaum mit einem Bundesgrenzschutz zu Leibe rücken wollen, der mit Schnellfeuerkanonen und Panzerwagen ausgerüstet ist. Darüberhinaus haben wir bereits im ARBEITERKAMPF Nr. 18 anhand einer Statistik des Kriminalamts Hamburg nachgewiesen, daß der von der bürgerlichen Presse erzeugte Eindruck falsch ist, daß besonders die sog. „Gewaltkriminalität“ (schwere Körperverletzung, Tötungsdelikte usw.) steigen würde. BKA - Chef Herold hat dies jetzt für das gesamte Bundesgebiet bestätigt. In einem Interview mit der „Welt“ vom 22. Juni sagte

er, daß es bei Mord, Totschlag usw. „keine bedenklichen Zuwacherscheinungen“ gäbe. Hingegen: Das Ansteigen der Kriminalität beruht vor allem auf einer Zunahme der Eigentumskriminalität, hier wieder in erster Linie einer Zunahme des Laden- und Kaufhausdiebstahls. Auch bei völlig wertfreier Betrachtung müßte man die Gesellschaft zum Nachdenken darüber anregen, wieso heute der Eigentumbegriff in seiner traditionellen Form politisch, ideologisch und auch kriminell in Frage gestellt wird, wieso Massen von Bürgern, insbesondere Studenten, Schüler und Hausfrauen, in Kaufhäusern Waren entwendeten.“

Das kommt der Sache schon näher! Soweit man das Gerede von der „wachsenden Kriminalität“ ernst nehmen kann: Hier sind nicht „wir alle“ betroffen, hier ist nicht der Arbeiter bedroht. Hier geht es ausschließlich um die Sicherheit der Besitzenden, der Geschäftsleute, der Kapitalisten! Die zunehmende „Eigentumskriminalität“ ist gerade eine Reaktion von Teilen des eigentumslosen Volkes auf ihre zunehmende Ausplünderung, auf die Bedrohung ihrer Lebenslage durch das Monopolkapital. Die zunehmende „Eigentumskriminalität“ ist ein Ausdruck der zunehmenden Verrottung des Kapitalismus - und ein Ausdruck für den verzweiferten Versuch ausgebeuteter Menschen, sich individuell aus ihrer miserablen Lage zu „befreien“.

Was die Kapitalisten mit Hilfe ihrer hochdekorierten Erfüllungsgehilfen wie BKA - Chef Herold hier bekämpfen wollen, ist die Entheiligung des Eigentumsbegriffs, der für die Masse des Volkes ohnehin nie etwas anderes war als eine Farce, eine Fata Morgana, die nur auf der anderen Seite der Klassenschlucht existiert. Darüber wächst das Bewußtsein im Volk - und darüber ereifern sich die Offiziere und Unteroffiziere der kapitalistischen Ausbeuterherrschaft, nennen es „Kriminalität“ und „Gefährdung der inneren Sicherheit“.

„Taten“ und ein „starker Mann“

Nachdem die bürgerliche Presse eine zeitlang die „Kriminalität“ zum obersten Schreckgespenst der „inneren Sicherheit“ erhoben hat, ist in der letzten Zeit die „linksradikale Gefahr“ in den Vordergrund geschoben worden. Dabei bedient die Presse sich immer mehr des Mittels, dies gleichzusetzen. Es

ist von der „Fließzone zwischen Kriminalität und politischem Radikalismus“ die Rede usw. Hierbei spielt auch die „Baader-Meinhof-Gruppe“ immer deutlicher eine abnehmende Bedeutung, nachdem der „Kern“ dieser Gruppe verhaftet wurde. Es geht jetzt gegen die „Sympathisanten der Terroristen“, die „geistigen Helfershelfer“, gegen den „linken Sumpf“, wobei hier auch immer häufiger kommunistische Gruppen ins Schußfeld der reaktionären Presse und des Polizeiparappats geraten. Es wird nicht lange dauern, bis nach dieser Marschroute des Kapitals streikende Arbeiter als „kriminell“ und die „innere Sicherheit gefährdend“ bezeichnet werden. Das ist nicht neu, sondern die bekannte Vorgehensweise des Kapitals bei sich verschärfenden Klassenauseinandersetzungen.

Das Wiedererwachen der westdeutschen Arbeiterbewegung, das durch härtere Streiks und Protestaktionen der Arbeiter in den letzten Jahren angekündigt ist, und dem Ausdruck die Neubildung der kommunistischen Bewegung auf westdeutschem Boden ist - das ist der tatsächliche Grund, weswegen die Kapitalisten die „innere Sicherheit“ gefährdet sehen - ihre Sicherheit! Hiergegen sind das neue BGS-Gesetz, das Verfassungsschutz-Gesetz, das Haftrecht und das Waffenrecht gerichtet: Vorbeugende Maßnahmen zum Schutz der kapitalistischen Ausbeuterherrschaft.

Die Sicherheit der Arbeiter ist nicht durch den „Linksradikalismus“ gefährdet. Die Sicherheit der Arbeiter ist durch die Pläne und Maßnahmen des Kapitals gefährdet. Wo hat der Kapitalismus denn jemals Sicherheit für die Arbeiter gebracht? Die Lohnrückerei, die Wohnungsnot, die durch Akkord und kapitalistische Umweltverschmutzung zerschundene Gesundheit der arbeitenden Menschen, die als „Betriebsunfälle“ heruntergespielt werden am Arbeitsplatz, die Spielplatz- und Schulnot für die Kinder der Arbeiterklasse, der wachsende Polizeiterror gegen die sich auflehenden Opfer des Kapitalismus, schließlich die Kriege, in die die Kapitalisten Millionen Arbeiter geschickt haben, die Millionen Verstümmelten und Tote, die das Volk in den Schlachthäusern des Kapitals zurückließ - das ist die „Sicherheit“, die die Kapitalisten den Arbeitern bieten.

Im „Bayernkurier“ von Franz Josef Strauß stand kürzlich, daß man es wieder „wagen“ dürfe, den italienischen Faschismus unter Mussolini „sachlich“ zu kritisieren, ohne ihn verteidigen zu müssen, und daß man „auch ruhig auf den verkniffenen Charakter mancher Reformen Mussolinis hinweisen“ kann. Es ist abzusehen, daß in nicht langer Zeit die reaktionäre Presse in unserem Land auch gegen eine „Verteufelung“ des Nazi-Faschismus zu Felde ziehen wird. Die antifaschistische Maske, die die westdeutsche Kapitalistenklasse sich nach 1945 anlegen mußte, um die Massenaktionen der westdeutschen Arbeiter unter Kontrolle zu bekommen, wird zunehmend wieder fallengelassen. Sie ist heute hinderlich geworden.

Das Kapital bereitet sich darauf vor, der wiedererwachenden westdeutschen Arbeiterbewegung notfalls durch Wiedererrichtung seiner faschistischen Terrorherrschaft das Genick zu brechen.

Nachdem Springers „Welt“ im März dieses Jahres aufrief: „Das Wehgeschrei über den Verfall von Staat und Gesellschaft muß endlich von Taten abgelöst werden.“ ließ Springer kurz darauf (ebenfalls in der „Welt“) einen Professor Schoeps die Wünsche des Kapitals deutlicher formulieren:

„Da kein neuer General von Seeckt und kein Obristenkader bei uns zur Verfügung steht, wird vielen wohl als der einzig denkbare „starke Mann“, der solche Maßnahmen durchführen könnte, Franz Josef Strauß erscheinen.“

Die Gesetzeswerke vom 22. Juni sind erst ein Teil, der vom Kapital gewünschten „Taten“. Das Kapital will einen neuen „starken Mann“. Angesichts der im Herbst bevorstehenden Neuwahlen soll die Presse durch eine großangelegte Kampagne gegen die „linke Gefahr“ das nötige Klima für einen Rechtsruck und für die Durchführung der vom Kapital gewünschten „Taten“ schaffen.

Für die Arbeiter kommt es darauf an, klar zwischen ihren wirklichen Freunden und Büren wirklichen Feinden zu unterscheiden. Die Aktionseinheit der Arbeiter gegen den verschärften „Klassenkampf von oben“ und gegen die Berufung der Strauß & Co. an das Steuer des kapitalistischen Regimentschiffes ist ein Gebot der Stunde.



Bundesgrenzschutz: „Bekämpfung roter Banden“

Am 22. Juni beschloß der Bundestag ein neues Bundesgrenzschutz-Gesetz. Danach soll der Bundesgrenzschutz (BGS) als „Eingreifreserve der Landespolizei“ verfügbar gemacht werden. Genauer gesagt: Er wird zu einer militärisch ausgerüsteten Bundespolizei, ähnlich der „Nationalgarde“ in den USA und den berüchtigten CRS und „Gardes mobiles“ in Frankreich.

Nach dem Gesetz von 1951 sollte der BGS die „Grenze gegen verbotene Grenzübertreitte ... bis zu einer Tiefe von 30 km“ sichern. Dementsprechend wurde er mit Handgranaten, Schnellfeuerkanonen, Panzerwagen, Kampfhubschraubern usw. ausgerüstet. Bereits 1964 probte der BGS aber in Bayern und Baden-Württemberg die „Bekämpfung roter Banden“. Die juristische „Abseicherung“ dafür wurde 1968 mit den Notstandsgesetzen nachgeliefert. Danach kann

der BGS im Innern eingesetzt werden (z. B. bei großen und militant durchgeführten Streiks, wie im Mai 68 in Frankreich), wenn im Falle einer „drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes“ der „innere Notstand“ erklärt wird.

Nach dem neuen Gesetz kann der BGS nun auch eingesetzt werden, ohne daß erst der „innere Notstand“ erklärt zu werden braucht: „In Fällen von besonderer Bedeutung“, wie es im § 9 des neuen Gesetzes heißt. Als „Fälle von besonderer Bedeutung“ werden in der Begründung des Gesetzesentwurfs z. B. „Großveranstaltungen“ und „Staatsbesuche“ genannt. Dazu erhält der BGS umfassende Einzelvollmachten. Im § 10 heißt es dazu ganz allgemein, daß er „zur Erfüllung seiner Aufgaben“ die „nach pflichtgemäßem Ermessen notwendigen Maßnahmen treffen“

kann - d. h. letztlich: Der BGS braucht seine Maßnahmen nur als „notwendig“ auszugeben, damit sind sie „gerechtfertigt“.

Einiges wird im Gesetz besonders genannt. Im § 73 kann der BGS die Grundrechte der körperlichen Unversehrtheit, der Freiheit der Person, der Freizügigkeit und der Unverletzlichkeit der Wohnung einschränken. Er kann Personen verhaften, erkenntnisdienliche Maßnahmen durchführen (Fingerabdrücke usw.), Personen „in Gewahrsam“ nehmen, Personen, Sachen und Wohnungen durchsuchen, Gegenstände beschlagnahmen. Durch die schlichte Formulierung „Polizeivollzugsbeamte“ erhält der BGS bei diesen Aufgaben ohne ausdrückliche Nennung die „Berechtigung“ zum Schußwaffengebrauch.

Der Staat ist darangelegen, den Terror „von oben“ zu legalisieren.

Verschärfte Ausländerüberwachung

Durch eine am 22. Juni vom Bundestag beschlossene Gesetzesänderung wird die „Überwachungsfrist“ des Verfassungsschutzes auch auf ausländische Gruppen und Organisationen sowie auf einzelne Ausländer in der Bundesrepublik ausgedehnt. Bislang war das lt. Gesetz ausschließlich eine besondere Behörde zuständig, die Ausländerpolizei. Trotz aller Vollmachten verfügt diese aber nicht über einen so schlagkräftigen und einflussreichen Apparat wie die Geheimpolizei „Verfassungsschutz“. Der Verfassungsschutz soll jetzt nicht mehr nur die „innere Sicherheit“ unter die Lupe nehmen, sondern er soll auch alle „Bestrebungen“ bekämpfen, die „außerwärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland ... gefährden“.

Auf zwei Punkte muß in diesem Zusammenhang zunächst hingewiesen werden:

Erstes: Die ausländischen Arbeiter in der Bundesrepublik sind ohnehin der am meisten ausgebeutete und entrechtete Teil der Arbeiterklasse in unserem Land.

Wahrhaft großzügig heißt es in den Ausführungsbestimmungen zum Ausländergesetz von 1965, daß die Ausländer in der BRD „alle Grundrechte“ genießen – „mit Ausnahme der Grundrechte der Versammlungsfreiheit, der Vereinsfreiheit, der Freizügigkeit, der freien Wahl des Arbeitsplatzes, der Berufs- und Ausbildungstätigkeit sowie des Schutzes vor Auslieferung an das Ausland“! Ausweisungsgrund ist lt. Gesetzeskommentar vor allem: „Die Agitation in Betrieben der Wirtschaft und der Industrie (z. B. Aufhetzung oder Verhetzung ausländischer Arbeitnehmer mit klassenkämpferischen Parolen zur Störung des Arbeits- und Betriebsfriedens)“. Noch genauer: Es ist den ausländischen Arbeitern und auch Studenten usw. jede politische Meinungsäußerung verboten, „die den Zweck verfolgt, andere in ihrer Auffassung zu beeinflussen. So geht der Versuch, durch Äußerung einer politischen Meinung einen anderen zur eigenen politischen Meinung zu bekehren (1), über die vom Grundgesetz geschützte reine Meinungsäußerung hinaus, und zwar auch dann, wenn sich dieser Versuch im klei-

nen, vertrauten Kreise abspielt“!

Nach § 14 des Ausländergesetzes können die Betroffenen selbst in ein Land ausgewiesen werden, in dem wegen ihrer politischen Überzeugung ihr Leben und ihre Freiheit bedroht sind – z. B. Griechenland, Spanien, Iran usw., wo die Bourgeoisie ihre faschistische Herrschaft errichtet hat. Ja: Gerade Arbeiter und Studenten aus diesen Ländern, die sich in der Bundesrepublik für den Freiheitskampf ihres Volkes engagieren, werden besonders scharf bespitzelt und „mit Vorliebe“ an ihren Henker ausgeliefert. Beispiele gibt es genug. So soll jetzt der Jordanische Student Nasser Hamed die Bundesrepublik unverzüglich verlassen, weil er „die Beziehungen der BRD zu Jordanien belastet“ hat. Wodurch? Er hat im November letzten Jahres ein Flugblatt in arabischer Sprache herausgegeben (Auflage: 70 Exemplare), in dem er den brutalen Terror des jordanischen Hussein-Regimes geißelte. Das ist es, was die Beziehungen zwischen Westdeutschland und Jordanien „belastet“ – nicht etwa, daß die BRD durch Waffenlieferungen und Kredite an Israel und Jordanien den Befreiungskampf des palästinensischen Volkes niedermetzelt!

Zweitens: Wenn der Verfassungsschutz bislang auch keine gesetzliche Grundlage für die „Überwachung“ von Ausländern hatte – eine enge Zusammenarbeit des Ver-

fassungsschutzes und anderer Geheimdienststellen mit der Ausländerpolizei gibt es schon lange. Im Grunde wird durch die Gesetzesänderung nachträglich die juristische „Legitimation“ für eine längst begonnene Praxis eingeholt, die jetzt allerdings weit umfangreicher ausgeübt werden soll. Ebenso gibt es seit langem eine enge Komplizenschaft mit ausländischen Geheimdiensten, Botschaften usw. Wir erinnern nur daran, daß das Bundeskriminalamt (BKA) schließlich des Schah-Besuchs am 30. 3. 67 von der iranischen Botschaft eine Liste von 559 namentlich aufgeführten „Schah-Gegnern“ erhielt, die (ohne näher Begründung) als „besonders gefährlich“ bezeichnet wurden. Das BKA wies daraufhin die Ausländerpolizei per Fernschreiben an, diesen Personen ein politisches Betätigungsverbot und tätliche Meldepflicht aufzuerlegen. Dieses Beispiel läßt darüberhinaus erahnen, welche große „Arbeitsfreiheit“ Geheimdiensten faschistischer Staaten (in diesem Fall dem für seine Folter und Morde berühmten iranischen SAVAK) auf westdeutschem Boden eingeräumt wird. Ein anderes Beispiel ist der bekanntgewordene Fall, wo die Münchner Polizei Namenslisten iranischer Studenten an die SAVAK lieferte: Die Studenten hatten aus Protest gegen die Ermordung von Patrioten im Iran das iranische Generalkonsulat besetzt.

Geheimpolizei antizipiert Kripi

Begründet wird die Gesetzesänderung zur Überwachung der Ausländer durch den Verfassungsschutz mit dem „zunehmenden politischen Radikalismus“ ausländischer Arbeiter und Studenten. Jährlich ist dies durch eine infame Minderheitenhetze vorbereitet worden (angeblich besonders hohe Kriminalität, Faulheit, usw.). Die Ausländerpolizei könne dieser Entwick-

lung nicht mehr Herr werden, denn: „Eine auch nur einigermaßen erfolgreiche Beobachtung unerwünschter politischer Bestrebungen ist nur mit nachrichtendienstlichen Mitteln möglich“, d. h. mit Spitzeln und eingeschleusten Agents provocateurs, über die die Ausländerpolizei nicht verfügt.

Die V-Männer des Verfassungsschutzes liefern als „Zeugen vom Hörensagen“ der Ausländerpolizei und den Staatsanwaltschaften „Verdachtsmaterial“ und „Beweise“, die wegen der gesetzlich geschützten Anonymität der Informanten auf gerichtlichem Wege meist unangreifbar sind. Und nebenbei: Die äußerst niedrige Bezahlung ausländischer Arbeiter, ihre notgedrungen vorhandenen Schwierigkeiten beim „Umgang“ mit westdeutschen Behörden (Aufenthaltsgenehmigung, Wohnungsausschüsse usw.) stellen relativ günstige Vorbedingungen für die Lock- und Druckmittel des Verfassungsschutzes beim Anwerben von Spitzeln dar.

Warum wird nun eine geheimpolitische Tätigkeit „legalisiert“, die schon lange praktiziert wird?

Es wird sich bei einer von der Bourgeoisie beabsichtigten Verstärkung der Ausländerverfolgung auf längere Zeit nicht vermeiden lassen, daß einiges über die Tätigkeit des Verfassungsschutzes öffentlich bekannt wird. Da scheint es dem Staat für seine Zwecke schon sinnvoller, wenn er darauf verweisen kann, daß dies „völlig rechtmäßig“ ist. Staatssekretär Dr. Hans Schäfer (FDP) bedauerte in der Bundesgrenzschutz-Zeitung „Die Parole“ vom März 1971:

„Auch und gerade Bürger, die fest auf dem Boden unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung stehen, zeigen oft wenig Verständnis

für den Verfassungsschutz. Oder aber sie glauben, mit einem Augenblick der Wille der anderen zu mißtrauen, daß beim Verfassungsschutz eben nicht jeder mit dem Grundgesetz unter dem Arm herumlaufe.“

Solche Gesetze, die in unserem Land (wie es heißt) „gegen die Kapitalisten gerichtet“ sind, wie z. B. die „Bekämpfung“ der Wirtschaftskriminalität, des Mietwuchers usw. – die stehen nur der Form halber auf dem Papier und werden kaum angewendet. Die Gesetze aber, die in unserem Land gegen die Arbeiter geschmiedet werden – da ist es nicht einmal „nur“, daß sie zur tatsächlichen Durchführung beschlossen werden. Da ist es vielmehr noch so, daß sie beschlossen werden, um einigen der unzähligen Willkürmaßnahmen des Kapitals den Schein der Rechtmäßigkeit zu geben!

Die Gesetzesänderung zur Überwachung der Ausländer durch den Verfassungsschutz wurde damit „begründet“, daß diese Überwachung wegen des „zunehmenden politischen Radikalismus“ notwendig und nur mit geheimdienstlichen Mitteln möglich sei. Die „Rote Rube“ schreibt dazu in ihrer Ausgabe 4/71:

„Da das Argument: Eine auch nur einigermaßen erfolgreiche Beobachtung unerwünschter politischer Bestrebungen ist erfahrungsgemäß nur mit nachrichtendienstlichen Mitteln möglich, natürlich nicht auf Ausländer beschränkt ist, kann man den Tag absehen, an dem in stärkeren politischen Auseinandersetzungen unter dem Vorwand der Ineffizienz die Kriminalpolizei ganz allgemein durch die Geheimpolizei ersetzt wird.“

Fortz. von Seite 1

Staatlicher Mord

+ Am 2. März 72 wurde Thomas Weisbecker in Augsburg erschossen. Weisbecker war gar nicht einmal richtig in der Lage, den Polizeiberfall wahrzunehmen, so schnell lief dieser ab. Ein Augenzeuge berichtet: „Plötzlich stiegen zwei Männer in Zivil aus einem weißen BMW. Mit gezogenen Pistolen rannten sie auf den jungen Mann zu. Der wich, offensichtlich verwirrt und vor Überraschung reaktionsunfähig ein paar Schritte zurück. Kein Laut war zu hören, bis plötzlich aus drei Meter Entfernung nur ein Mann mit ausgebreiteter Hand einen Schuß auf das Opfer abgab.“

Alle hier aufgeführten „Erschließungen“ – und es ist zweifellos nur ein kleiner Ausschnitt aus der letzten Zeit – zeigen, daß Notwehr-Situationen – objektiv und tatsächlich – in keinem Fall vorliegen. Immer hieß es, der Todeschütze „nahm an“, daß er in einer Notwehr-Situation gehandelt habe; er „glaubte“ es; es sei eine „subjektive Notwehr-Situation“ usw. uaf. Also: Im besten Fall stets ein Irrtum, ein Versehen oder

gar bewußte planmäßige Exekution, MORD. Und die Erschossenen? Linke, Anarchisten, Farbige, Ausländer, Arbeiter!

Die „vermeintliche“, „eingebildete“, „subjektive“ Notwehr-Situation wird stets herbeizitiert, um die uniformierten Todesschützen später freizusprechen. Inzwischen ist aber eine Situation eingetreten, in der jedermann sich objektiv in einer echten Notwehr-Situation befindet, wenn er einem Polizisten auch nur begegnet. Ein Griff in die Tasche, eine schnelle Bewegung, ein falscher Blick ... schon kann es um ihn geschehen sein.

Die politischen Morde zeigen, wie die Polizei den Terror eskaliert. Nicht einmal in seiner Wohnung ist man mehr vor dem Polizei-Terror sicher, wie die Ermordung MacLeods am 25. Juni zeigt. Die Die Polizei weigerte sich sogar zu erst, den Namen dieses Opfers bekannt zu geben. Journalisten mußten ihn selbständig herausfinden. Die Umstände dieses Mordes (Schuß in den Rücken durch eine geschlossene Tür) können nicht einmal mehr für eine eingebildete „Notwehr“ des Polizisten herhalten. Das einzige, was die Polizei

bislang als „Begründung“ für diesen Mord anführen konnte, ist eine angebliche Namensnennung von MacLeod in dem ominösen Brief von Gudrun Ensslin an Ulrike Meinhof.



MacLeod

hof. Inwieweit diese Angabe stimmt und inwieweit dieser Brief überhaupt echt ist und keine Fälschung, konnte die Polizei bislang nicht beweisen, sondern nur behaupten. Von der bürgerlichen Presse wird dabei der Eindruck erweckt, daß die Behauptungen der Polizei ohnehin immer wahr sind. Die Aussage von Gudrun Ensslin, daß dieser Brief nicht von Rechts-

anwalt Schily aus ihrer Zelle geschmuggelt wurde, gilt demgegenüber von vornherein als unglaubwürdig.

Die Erschießung des Arbeiters in Duisburg und die des Farbigen in Frankfurt zeigen aber auch, daß die Polizei selbst angebliche „Verbindungen zu Terroristen“ nicht mehr als Begründung für nötig hält.

Der Farbige hatte unter einer Brücke geschlafen und wurde dabei von einer Razzia „aufgespürt“. Er lief erschrocken weg, die Polizei „schöpfte Verdacht“ und erschoss ihn hinterrücks.

Der Moped fahrende Arbeiter in Duisburg wurde zunächst von einer Polizeistreife verfolgt, weil er dem Polizisten „aufgefallen“ war, „als er mit seinem Moped davonbrauste“ – wie die „Hamburger Morgenpost“ am 5. Juli in einer kleinen Meldung auf Seite 23 schrieb. Weiter heißt es in der Meldung: „Der Oberwachmeister entdeckte den Verdächtigen schließlich auf einem Speditionsgelände. Als der Mann seine Hand in die Jackentasche steckte, ergriff den Beamten Panik. Er schöß.“ Der Arbeiter hatte ein Schlüsselbund in der Tasche.

Wir erinnern auch an die Erschießung des Mechanikerlehrlings Richard Eppele in der Nacht zum

2. 3. 72. Der Lehrling hatte sich einer Polizeikontrolle entzogen, weil er einen Wagen fuhr, ohne einen Führerschein zu besitzen. Nach einer wüsten Verfolgungsjagd eröffneten die Polizisten das Feuer. Die Obduktion stellte 7 Einschüsse im Körper von Richard Eppele fest. 10 Kugeln aus der Polizei-MP schlugen in ein Wohnzimmer ein – eine davon ins Schlafzimmer und eine ins Wohnzimmer.

Der Terror in unserem Land wächst. Aber nicht ein angeblicher „Terror von links“, sondern der Terror des kapitalistischen Staates.

Arbeiterkampf

ARBEITERKAMPF
Herausgeber-Druck-Verlag
J. Reents Verlag Arbeiterkampf
2 Hamburg 13 Russischbahn 35
Presseresponsible verantwortlich:
K. Ehlers, Hamburg
Auflage 13500

Verlagskonten = Dresdner Bank,
Kto. Nr. 451 8378 J. Reents
Postcheckkonto Hamburg
240 595 J. Reents

Polizei-Wilkür

gegen Kommunisten

In der letzten Ausgabe des ARBEITERKAMPF berichteten wir, wie die bürgerliche Presse sich immer mehr in ihrer Hetze auf kommunistische Gruppen einschließt und wie die Kapitalisten sich in ihren internen Mitteilungsbürokraten darauf aufmerksam machen, daß die größte Gefahr für ihre Ausbeuterherrschaft von denjenigen Gruppen her droht, die eine kontinuierliche Arbeit in den Betrieben machen und deren Politik immer mehr bei den Arbeitern Zustimmung findet. Es bleibt nicht bei der bloßen Hetze gegen kommunistische Gruppen - die Bourgeoisie schreitet längst zur Tat. In der letzten Zeit häufen sich die Fälle, wo die Staatsorgane konkrete Willkür gegen diese Gruppen ausüben: Hausdurchsuchungen und Festnahmen, Behinderung der Agitation und Propaganda, Schläge gegen linke Buchläden usw. Zu einem großen Teil werden dabei demokratische Rechte, die in „normalen Zeiten“ jedem Bürger unseres Landes zustehen, völlig gesetzwidrig außer Kraft gesetzt. Andererseits werden gerade in der letzten Zeit neue Gesetze geschaffen, die diese derzeit noch gesetzlose Willkür zu einer „legalen Willkür“ machen sollten. Dazu gehört das am 22. Juni verabschiedete neue Bundesgrenzschutzgesetz ebenso wie die verschärfte „Ausländerüberwachung“ durch den Verfassungsschutz und die Verabschiedung der alten „Vorbeugungshaft“-Pläne unter dem Namen „Haftung der Wiederholungsgefahr“. Wir berichten an anderer Stelle in dieser Ausgabe des ARBEITERKAMPF darüber. Als Vorwand für ihre Überfälle auf kommunistische Gruppen nennt die Polizei häufig eine angebliche „Verbindung zur Bader/Meinhof-Gruppe“. Das läßt sich in fast keinem Fall bestätigen. Aber der Staat und die bürgerliche Presse, Funk und Fernsehen haben in einer monate- und jahrelangen Kampagne dafür georgt, daß die Kommunisten heute mit Billigung eines Teils der Bevölkerung als „linke Terroristen“ verfolgt werden können. Die ganze von der Reaktion entfachte „RAF-Hysterie“ dient diesem Zweck: Sie soll die Möglichkeit schaffen, ohne größere Proteste und Kampfaktionen der Arbeiter die Illegalisierung und Liquidierung der neu entstehenden kommunistischen Bewegung zu betreiben. Gleichzeitig setzt eine Offensive des Kapitals gegen alle dem Kapitalismus nur kritisch gegenüberstehenden Menschen ein, die insgesamt als „Volks- und Staatsfeinde“ diffamiert werden. Sind die Arbeiter und andere vom Kapital ausgebeuteten und unterdrückten

Schichten erst ihrer fortschrittlichsten und bewußtesten Vertreter beraubt, dann können die Kapitalisten ihre Schläge umso brutaler und widerstandloser ausüben. Der Nazi-Faschismus hat der deutschen Arbeiterbewegung in dieser Beziehung blutige Erfahrungen geliefert. Nachdem der sogenannte „harte Kern“ der „Bader/Meinhof-Gruppe“ in den letzten Wochen verhaftet wurde und das Phantom „RAF“ somit in einiger Zeit seine Funktion für das Kapital verliert, bläst der Staat jetzt von „Ausrottung des linken Sumpfes“ (Chefredakteur Kremp in Springers „Welt“ vom 19. Juni). Die Bourgeoisie ist ihrer Absicht damit ein Stück näher gekommen - die propagandistische Vorbereitung zur Illegalisierung kommunistischer Gruppen ist zu einem großen Teil gelaufen. Es beginnen die „konkreten Maßnahmen“. In einer Erklärung zur Polizeiaktion gegen den KB am 7. Juni (siehe unten) stellte der KB fest: „Die Polizeiaktion in Hamburg und andere Schritte gegen die Kommunisten dienen: - dem Kennenlernen der kommunistischen Bewegung und ihres Verhältnisses zu den Massen; - der Einschüchterung der Betroffenen und aller mit ihnen Sympathisierenden; - der Diffamierung und Kriminalisierung der Kommunisten unter den Massen und damit der Aufzehrung der Bevölkerung gegen alle Linken; - der Gewöhnung der Polizei (sowohl des Apparats als auch des einzelnen Beamten) an Verhaftungen und an andere Aktionen gegen Politische.“ Die kommenden Wochen und Monate werden uns zeigen, wie besserer politischer und organisatorischer Rüstzeug anzulegen, damit es den Kapitalisten nicht gelingt, die noch sehr zerstückelten kommunistischen Zirkel einen nach dem anderen fertigzumachen. Im folgenden bringen wir einige Beispiele der zunehmenden Angriffe auf kommunistische Gruppen durch den Polizei- und Justizapparat.

BUCH in Hamburg mit den Worten beschriftet: „Solidarität mit der RAF“ und „Der Kampf geht weiter auch ohne Euch“. Das ARBEITERBUCH in Hamburg steht bekanntlich dem KOMMUNISTISCHEN BUND nahe.

„Zufällig“ war schon vor Ladenöffnung am 10. Juni ein Aufnahmefilmteam des ZDF-Magazins zur Stelle, dessen Chef der berüchtigte Hetzer Gerhard Löwenthal ist. Als die Angestellten des ARBEITERBUCH die Schmierereien vom Schaufenster entfernten, gab der Aufnahmefilmteam Befehl zu filmen. Dabei kommentierte er ins Mikrofon, das ARBEITERBUCH sei offenbar bemüht, seine „Verbindung zur Bader/Meinhof-Bande“ zu vertuschen, usw. Danach versuchte der Kameramann Nahaufnahmen der Angestellten gegen deren Willen zu machen. Als deshalb jemand mit der Hand die Kamera abdecken wollte, rief der Aufnahmefilmteam sofort zwei Polizeiwagen herbei. Er beschwerte sich, es habe eine Schlägerei gegeben. Angestellte des Buchladens würden die „Freiheit der Berichterstattung“ des ZDF einschränken, das sei Terror, usw.

Ähnliche Provokationen vernachlässigte das Aufnahmefilmteam auch in den Buchläden „Manifest“ und „Internationale Buchhandlung“ anzusetzen. In der „Internationalen Buchhandlung“ die der DKP nahesteht, versuchte der Aufnahmefilmteam Bormann, sich den Kauf eines Buches quittieren zu lassen, das Rezept für „Molotov-Cocktails“ enthält. Nur: er hatte sich das Buch offenbar selbst mitgebracht, denn in diesem Buchladen gibt es das nicht zu kaufen. Die Quittierung sollte keinem anderen Zweck dienen, als diesen Buchläden ebenfalls im ZDF-Magazin wegen Verkauf „linker Terror-Literatur“ zu kriminalisieren.

Es ist mit diesen Vorfällen konkret nachgewiesen, daß Löwenthal und sein ZDF-Magazin geschulte Provokateure einsetzen, die sich die „Schlägerei“ und den „Terror“, über die sie im Fernsehen herbeiziehen wollen, erst eigenhändig schaffen.

Sowohl das „Arbeiterbuch“ als auch die „Internationale Buchhandlung“ leiteten sofort juristische Schritte gegen den Aufnahmefilmteam ein. Das hatte diesmal noch Erfolg, weil die Provokationen hier zu offensichtlich waren: Noch vor der Sendung am 14. Juni teilte das ZDF dem Rechtsanwalt des „Arbeiterbuch“ mit, daß es „kein Interesse“ daran habe, die Schmierereien am „Arbeiterbuch“ für die Sendung auszunutzen. Diese speziellen Provokationen sollten durch das ZDF nicht sich aus dem ZDF-Magazin raus - die allgemeine Hetze gegen linke Buchläden blieb ungetriggert.

HAMBURG



Am 7. Juni stürmten massive zivile und uniformierte Polizeikräfte mit MP-Bewaffnung eine Wohnung von KB-Genossen in Hamburg. Insgesamt 9 Bewohner und zufällig Anwesende wurden festgenommen und auf Polizeipräsidium geschleppt, teilweise in Handschellen. Dort wurden sie in Einzelzellen gesteckt, „erkennungsdienstlich behandelt“ (Fahndungsfotos, Fingerabdrücke, Personalaufnahme) und teilweise Verhörern unterzogen, in denen die Polizeibeamten Näheres über die persönlichen und Arbeitsverhältnisse der Genossen, sowie über ihre politische Einstellung und politische Verbindungen rauszukriegen versuchten. Erst nach mehreren Stunden wurden die Genossen wieder freigelassen.

Die Wohnung wurde durchsucht, gründlich abfotografiert, von Schreibmaschinen wurden Schriftproben genommen usw. Besonders Interesse fanden verschiedene Aktenordner der Genossen, persönliche Briefe, Adressbücher usw. Auf die Frage nach einem Hausdurchsuchungsbefehl antwortete ein Polizeikommissar, daß sie den für „solche Fälle“ nicht nötig hätten. Das Recht auf Benachrichtigung eines Rechtsanwaltes wurde den Genossen verweigert. Schließlich konnten zwei Anwälte nur von Außenstehenden gerufen werden.

Begründet wurde die Festnahme der KB-Genossen erst nach langer Weigerung der Polizei mit dem „Verdacht auf Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung“, womit die RAF gemeint war. Ferner: die Polizei habe angeblich „sichere Hinweise“, daß Gudrun Ensslin bei den KB-Genossen gewohnt hätte. Gudrun Ensslin wurde nach jahrelanger Verfolgungsjagd wegen ihrer Zugehörigkeit zur RAF gegen Mittag des 7. Juni in der Hamburger Innenstadt verhaftet. Sie soll einen Ausweis bei sich gehabt haben, der auf einen falschen Namen mit der Adresse des Hauses ausgestellt war,

in dem u.a. auch die KB-Genossen wohnen (insgesamt befinden sich in diesem Haus 11 Wohnungen).

Der Einsatzzeitung war von vornherein bekannt, daß in der durchsuchten Wohnung KB-Genossen wohnen. Ebenso wie ihr von vornherein bekannt war, daß der KB keine Verbindung zur RAF hat, daß der KB mit den politischen Aktionen der RAF nicht übereinstimmt. Der Verfassungsschutz und die politische Polizei haben sich gerade 9 Tage vor der Polizeiaktion gegen den KB sehr genau angehört, was den KB von der RAF trennt. Am 29. Mai führte der KB anlässlich der Bombenattentate und Bombendrohungen der zurückliegenden Wochen eine Informationsveranstaltung durch, die von 800 bis 1.000 Arbeitern, Studenten und Schülern besucht wurde.

„Wem nützen die Bomben bei Springer?“ - unter diesem Titel wurde nicht nur eine Kritik an der RAF geleistet, sondern der KB enthielt anhand konkreter Beispiele die Agenten- und Provokationsstätigkeit von faschistischen Gruppen, Verfassungsschutz usw., die sich in linke Gruppen einzuschleichen ver-

suchen oder unter „linkem Namen“ Provokationen durchführen, die hinterher Kommunisten und Anarchisten angelastet werden sollen. Die anwesenden Polizeispitzel, die auf allen größeren Versammlungen der Linken ihrem schmutzigen Beobachtungsgeschäft nachgehen, berichteten eiligst ihrem obersten Chef in Hamburg, dem SPD-Polizeisenator Ruhnau.

Ruhnau sprach die Informationsveranstaltung des KB daraufhin in einer Debatte der Hamburger Bürgerschaft über „Linksradikalismus“ z.B. „Bombenterror“ an. Die Enthüllungen über faschistische Provokationen und über die Agententätigkeit des Verfassungsschutz hatten den Polizeisenator sehr aufgebracht.

Er sagte dazu, es gehe im Augenblick „die Legende (!) um, die Bomben würden vom Verfassungsschutz gelegt“. Das könne man aber nicht einfach „als Geschrei von Irren abtun“, wenn man bedenke, daß „zu einer Veranstaltung 800 junge Menschen kommen, die das glauben und frenetisch Beifall klatschen“.

Ruhnau versprach in der Bürgerschaft, verstärkt und sofort konkrete Maßnahmen dagegen zu ergreifen, daß die Enthüllungen über die Ab-

sichten der Kapitalisten und ihrer faschistischen und polizeilichen Gefolgsleute breiter bekannt werden und der Kommunismus Zustimmung bei größeren Teilen der Arbeiter und anderen Bevölkerungsschichten findet. Insbesondere versprach er auch konkrete Maßnahmen gegen den KB. Man darf annehmen, daß Ruhnau sich im „vertraulichen Kreis“ seiner obersten Polizeikommissare noch deutlicher ausdrückte. Wie deutlich - das zeigte der Polizeiberuf am 7. Juni.

Eine ausführlichere Erklärung des KB zur Polizeiaktion am 7. Juni in Hamburg ist in einer Sonderausgabe von UNSER WEG zum Preis von 20 Pfennig erschienen.

Ebenso haben wir die Reden aus der Informationsveranstaltung des KB am 29. Mai in Hamburg nachgedruckt - Preis: 1,50 DM. Wegen des schnellen Ausverkaufs der ersten Auflage, haben wir diese Broschüre noch einmal nachgedruckt, so daß sie wiedererhältlich ist.

Beide Schriften sind über den Verlag ARBEITERKAMPF (siehe Impressum) sowie in verschiedenen linken Buchläden, u.a. dem ARBEITERBUCH erhältlich.

Provokation des ZDF

Drei Tage nach dem Polizeiberuf auf die Wohnung von KB-Genossen in Hamburg wurde ein erneuter Versuch unternommen, den KB in die Nachbarschaft der „Bader/Meinhof-Gruppe“ zu bringen.

Bisher Unbekannte hatten in der Nacht zum 10. Juni die Schau- fenster des Buchladens ARBEITER-

OLDENBURG

Mitte Januar dieses Jahres erhielt die Gruppe Oldenburg des KB ein Schreiben des Ordnungsmates der Stadt. Darin wurde sie aufgefordert, „etwa 8 Tage“ vor jeder Verteilungsaktion von Flugblättern usw. einen „formlosen Antrag“ zwecks Erlaubnis der Verteilung zu stellen und „mindestens 3 Muster der Mittel-

lungsblätter“ beizufügen. „Werden die Anträge nicht rechtzeitig gestellt, verfallen sie der Ablehnung.“ In einem weiteren Schreiben vom 24. April wurden die Genossen dann aufgefordert, „mindestens 5 Tage

Forts. nächste Seite

Forts. von Seite 4

POLIZEI-WILLKÜR GEGEN KOMMUNISTEN

vor der jeweiligen Aktion" einen Erlaubnisantrag zu stellen. Außerdem sollen sie eine „Sondernutzungsgebühr von 5,- DM pro Tag bezahlen. Sind die Genossen beispielsweise darauf angewiesen, aus Kräftemangel den Vertrieb einer Ausgabe des ARBEITERKAMPF über 6 Tage zu erstrecken, so müssen sie jedesmal 30,- DM an das Ordnungsamt bleichen. Besonders für eine kleinere kommunistische Gruppe, die ihre Flugblätter und Zeitungen nicht wie die bürgerliche Presse aus Kapitalisten-Anzeigen finanzieren kann, bedeutet dies eine erhebliche Belastung.

Werden die Auflagen nicht eingehalten, so droht das Ordnungsamt ein „Zwangsgeld“ von 50,- DM an, was bereits zweimal geschah. Telefonisch teilte das Ordnungsamt überdies mit, daß „im Wiederholungsfall“ zukünftige Anträge von vornherein abgelehnt werden.

Das Ordnungsamt beruft sich bei der Anordnung der Genehmigungs-

pfllicht von Flugblättern und Zeitungen sowie bei der Erteilung der Auflagen auf eine städtische Satzung und auf ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts. Was die städtische Satzung betrifft, so identifiziert das Ordnungsamt das Verteilen von Flugblättern sehr weit-

herzig mit dem „Umhertragen oder Umherfahren von Plakaten oder ähnlichen Ankündigungen“, was gemäß dieser Satzung einer Erlaubnis bedarf, weil es eine „Sondernutzung“ der Straßen darstellt. Das ist tatsächlich eine weitgehende Auslegungsfreiheit der Behörde – auch wenn man bedenkt, daß zu verschiedenen Zeiten verschiedene Fristen für die Anmeldungspflicht genannt wurden. Offenbar sind diese Paragraphen so „ermessensfrei“ gefaßt, damit sie je nach vorliegendem Fall entsprechend nach der einen oder nach der anderen Seite hin interpretiert werden können. Wie

diese Paragraphen gegenüber einer kommunistischen Gruppe angewandt werden, das haben die Oldenburger Genossen des KB jetzt erfahren. Ob und wie sie gegen rechtsradikale Gruppen oder gegen Flugblätter und Handzettel der bürgerlichen Parteien angewandt werden – darüber haben wir leider noch keine Informationen.

Noch haarsträubender ist es mit dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 26.6.1970, auf das sich das Ordnungsamt beruft. Es handelt sich dabei um ein Urteil gegen eine Verteilung von Werbzetteln für ein Nachtlokal, also um eine gewerbmäßige Verteilung von Handzetteln. Gegen die Gruppe Oldenburg des KB wurde es aber als eine Einschränkung der Meinungs- und Pressefreiheit ins Feld geführt.

Beispielsweise hat die Gruppe Hamburg des KB in den Chemie-

Streiks des letzten Jahres und in der letzten Metalltarifrunde von einem auf den anderen Tag die Kollegen in allen größeren Betrieben der Branche mit Informationen aus den bestreikten Betrieben und mit Informationen über die Kampfbereitschaft in anderen Betrieben versorgt. Nach den Auflagen, die das Ordnungsamt der Oldenburger Gruppe erteilt hat, ist diese Informationsarbeit bereits für die Genossen illegalisiert. Denn was nützen den Kollegen die Informationen wenn sie erst eine Woche später nach Einhaltung der vorgeschriebenen Anmeldefrist kommen? Aber auch jede andere Stellungnahme der Genossen zu aktuellen Ereignissen, z.B. zu den Bombenanschlägen und Bombendrohungen der letzten Zeit ist damit, wenn sie kurzfristig herangebracht werden soll (und das ist natürlich notwendig), illegalisiert. Es bleibt so einzig der bürgerlichen Presse vorbehalten, ihre Hetze zu verbreiten.

Wenn das Urteil des Bundesver-

waltungsgerichts, auf das sich das Oldenburger Ordnungsamt beruft, auch noch fadenscheinig ist für die erteilten Auflagen bei politischen Flugblättern (weil es sich auf gewerbmäßige Handzettel bezieht), so können wir doch keine Illusionen über den Erfolg einer möglichen Klage gegen dies ungesetzliche Vorgehen der Behörde hegen. Das Bundesverwaltungsgericht hat nämlich in einem späteren Urteil vom 15.4.71 ausdrücklich entschieden, daß das Verteilen politischer Flugblätter einer Erlaubnispflicht unterworfen werden kann, wenn dies mit „gleich- oder höher-rangigen Rechtsgütern“ in Konflikt kommt. Das „höherrangige Rechtsgut“ in unserem Land ist bekanntlich das Privateigentum der Kapitalisten.

Das ist ein Stück „Pressefreiheit“, wie sie in unserer „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ so recht nach dem Heizen der Kapitalisten durch die bürgerliche Klassenjustiz zu illegaler Arbeit geworden ist. ★

NEUSTADT/COBURG

Über einen anderen Anschlag auf die kommunistische Presse berichtet der KAB/ML (Tübingen) in seiner „Roten Fahne“.

Seit längerer Zeit schon wurde eine Gruppe der „Revolutionären Jugend/ML“ aus Neustadt bei Coburg beim Verteilen und Verkauf ihrer Flugblätter und Zeitungen von der Polizei behindert. Genossen wurden Anzeigen angedroht und zur Wache geschleppt, weil sie keine „ordnungsgemäße Erlaubnis“ hätten. Um bei der Verteilung eines Extrablattes zum diesjährigen 1. Mai nicht wieder in unnötige Schwierigkeiten zu geraten, beantragten die Genossen diesmal rechtzeitig vorher eine Genehmigung. Statt daß sie nun aber unbehelligt von der Polizei verteilen konnten, kam die

Polizei vor der Verteilung zu ihnen ins Haus und beschlagnahmte sämtliche Extrablätter und eine Berufsschulzeitung. Das Amtsgericht Coburg hatte in seinem Hausdurchsuchungsbefehl als Grund dafür „Volksverhetzung“ und „Staatsverleumdung“ angegeben (§§ 130, 131 StGB). „Volksverhetzung“ und „Staatsverleumdung“ ist laut Beschluß des Amtsgerichts u.a., daß die Genossen in ihren Extrablättern der SPD/FDP-Regierung Hetze gegen die Arbeiter und Angestellten vorgeworfen haben, daß sie die „Klassenversöhnung“ als einen „hinterhältigen Betrug der Sozialdemokratischen Führung“ bezeichnet haben und daß sie „ein einiges sozialistisches Deutschland“ als „das Ziel der revolutionären deutschen Jugend“ genannt haben. ★

STUTTGART

Am 17. Juni drangen Zivilbeamte der „Sicherungsgruppe“ des Landeskriminalamtes Baden-Württemberg in ein Büro der „KPD/ML (ZB)“ in Stuttgart ein.

Wie die „KPD/ML (ZB)“ in ihrer „Roten Fahne“ schreibt, legte die Polizei weder vorher noch hinterher einen Durchsuchungsbefehl vor. Besonderes Interesse hatten die Zivilbeamten auch hier an Adressenmaterial und an einigen Exemplaren und Betriebszeitungen und innerorganisatorischen Rundschreiben. Einige herumstehende

leere Flaschen und Radio-Batterien, die für ein Megaphon verwendet werden, sahen die Polizisten offenbar als „Beweismaterial“ für einen „begründeten Verdacht“ an, es handle sich um eine „Bombenwerkstatt“. Ein anwesender Genosse wurde daran gehindert, sich telefonisch mit einem Rechtsanwalt und mit anderen Genossen in Verbindung zu setzen. Am Ende der Durchsuchungsaktion wurde dem Genossen dann auch noch das Recht verweigert, Einblick in die Liste der beschlagnahmten Gegenstände zu nehmen. ★

BOCHUM

Am 16. Juni stürmten etwa 30 Kriminalbeamte mit MP-Bewaffnung eine Wohnung von Genossen des „Sozialistischen Lehrlingskollektivs“ in Bochum. Zuvor war die ganze Straße abgeriegelt worden und weitere bewaffnete Polizisten hielten sich rings ums Haus in Stellung.

Ohne Hausdurchsuchungsbefehl wurde die ganze Wohnung auf den Kopf gestellt. Ein Rechtsanwalt oder Zeugen wurden nicht zugelassen. Insgesamt nahm die Polizei 13 Personen fest, worunter sich auch einige aus anderen Wohnungen im gleichen Haus befanden, die nichts mit der Lehrlingsgruppe zu tun haben. Zur selben Zeit durchwühlten bewaffnete Polizisten auch die

Wohnung der Eltern eines Festgenommenen in einem kleinen Ort in der Nähe von Düsseldorf.

Die Festgenommenen wurden (teilweise in Handschellen) auf die Wache geschleppt und in Einzelzellen gesperrt. Die Mädchen mußten sich ausziehen, ihre Kleider wurden durchwühlt. Die Proteste der Festgenommenen gegen diese völlig willkürliche Behandlung blieben erfolglos – ebenso wie ihr Verlangen nach einem Rechtsanwalt erfolgslos blieb. Um den Polizisten zu zeigen, daß sie sich aber dadurch nicht einschüchtern ließen, sangen die Genossen auf der Wache gemeinsam revolutionäre Arbeiterlieder.

JETZT BESTELLEN!

★ ★ ★ Unser Weg ★ ★ ★
Zeitschrift des KB zu
Fragen der Arbeiterbewegung

Im Abonnement DM 4,20
(6 Ausgaben incl. Porto)
zu beziehen über

VERLAG ARBEITERKAMPF
J. Reents
2000 Hamburg 13
Rutschbahn 35

Zahlung bitte im Voraus
auf das Postscheckkonto
Hamburg 240 595 J. Reents

Unser Weg

NR. 13

Zur kommunistischen Programmatik, Teil 1:
- Entwicklung der Klassenkämpfe in der BRD seit 1945
- Besteht die Gefahr eines neuen Faschismus?
- Die Lehren des französischen Mai '68
- Zusammenbruch des Weltwährungssystems
- Die Lage der wichtigsten imperialistischen Länder
- Besteht die Gefahr eines 3. imperialistischen Weltkriegs?

NR. 14

Zur kommunistischen Programmatik, Teil 2:
- Entstehung der Arbeiterpartei in Deutschland
- Arbeiterbewegung und Sozialismus
- Was ist Klassenbewußtsein?
- „KPD/ML“ & „KPD/AO“ – Zwei Modelle des Partisanismus?
- Was bedeutet die Gründung des KB?

NR. 15

Erfahrungen der Metalltarifrunde '71
- IGM-Führung in der Tarifrunde
- Tarifpolitik des DKP
- Ein zweites 1963

Rattenfänger – Neofaschistische ANR



einer Diskussion darüber blieben rund hundert Schüler nach der Pause auf dem Schulhof und stimmten dem Protest und der Förderung der Genossen zu. Einen Tag vor der Durchsuchungsaktion bei der Lehrlingsgruppe fand ein Prozeß gegen einen der Festgenommenen wegen „Beleidigung“ eines Berufsschullehrers statt.

Diese Hintergründe machen klar, daß die Polizeiaktion in Bochum fern aller fadenscheinigen Vorwände gegen das wachsende politische Bewußtsein unter den Lehrlingen gerichtet war. (nach „Rote Fahne“, Zeitung der „KPD/ML-ZB“) ★

Die Durchsuchungsaktion und die Festnahmen „begründete“ die Polizei damit, daß die Adresse des „Sozialistischen Lehrlingskollektivs“ in einem angeblich bei Ulrike Meinhof gefundenen Notizbuch gestanden hätte. Tatsächlich war dies wohl ebenso wie in Hamburg nur ein Vorwand, um die Lehrlingsgruppe in die Nähe der „Baader-Meinhof-Gruppe“ zu rücken und sie dadurch zu kriminalisieren und einzuschüchtern.

Einer der Festgenommenen ist Bildungsreferent bei der sozialistischen Gruppe „Die Falken“ in Köln. Er bekam große Schwierigkeiten, als er sich Ende April da gegen aussprach, die Demonstration gegen die versuchte Machtergreifung von Strauß & Co. unter

der sozialdemokratischen Abwieglerparole „Ja für Willy Brandt“ zu organisieren. Er wurde kurz vor seiner Festnahme am 16. Juni bereits zweimal unter fadenscheinigen „Gründen“ festgenommen. Einmal wegen angeblicher „Ähnlichkeit mit Albert Fichter“, der wegen Zugehörigkeit zur RAF verfolgt wird.

Ein anderer der Festgenommenen ist Verantwortlicher für das von der Lehrlingsgruppe herausgegebene „Rote Berichtsheft“, das im der Bochumer Berufsschule viel Einfluß unter den Lehrlingen hat. Gerade in der letzten Zeit bekam die Gruppe viel Zustimmung von den Lehrlingen, als sie den geplanten Abbau des Berufsschulunterrichts auf 4 Stunden angriffen. Bei

Die Polizei hat in den vergangenen Wochen zahlreiche Personen verhaftet, die in Zusammenhang mit der „Baader-Meinhof-Gruppe“ gesucht wurden. Unter ihnen die als Führer der Gruppe geltenden Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Ulrike Meinhof. Damit scheint das Ende der „Baader-Meinhof-Gruppe“ gekommen zu sein.

Im nächsten Schritt soll jetzt der angebliche „Hintergrund“ der Gruppe „aufgerollt“ werden. Damit sind alle diejenigen gemeint, die – aus welchen Gründen auch immer – zu irgendeinem Zeitpunkt Mitgliedern der „Baader-Meinhof-Gruppe“ Quartier gegeben haben oder gegeben haben sollen. Weiterhin alle diejenigen, die – ohne das Treiben der „Baader-Meinhof-Gruppe“ im geringsten zu verteidigen – doch versucht haben, es zu erklären und sich gegen Exzesse der Polizei-Fahndung gewandt haben. In diese Kategorie fallen z. B. Schriftsteller wie Böll, kritische Rundfunkredakteure usw. „Die Entscheidung wird erst gefallen sein, wenn der Hintergrund der Anarchie nicht nur aufgeheilt, sondern weggewischt ist ... wenn es auch die Helfer der Helfershelfer nicht mehr gibt“, giftet Springers „Welt am Sonntag“. Mit anderen Worten: nicht nur die Bölle sollen „weggewischt“ werden, sondern auch noch diejenigen, die sich gegen die Hetze auf Böll eingesetzt haben. Jede Opposition muß mundtot gemacht werden, dann ist „Ruhe“ wie Springer sie schon immer haben wollte. Friedhofsruhe!

Die bürgerliche Presse, Rundfunk, Fernsehen usw. behaupten, daß mit der „Baader-Meinhof-Gruppe“ eine „Saat der Gewalt“ aufgegangen sei. Gewiß, aber wer ist dafür verantwortlich ...? Verantwortlich gemacht werden soll die gesamte Linke unseres Landes, verantwortlich gemacht werden soll letzten Endes sogar die SPD / FDP - Regierung. Der „Nährboden“ des Bombenterrors soll das „radikal-intellektuelle Establishment“ sein, „Studenten, Journalisten, Anwälte, Professoren, Schriftsteller“ (laut Springers „Welt“). Aber natürlich auch die Kommunisten, die „Radikalen“, die Jusos, die fortschrittlichen Sozialdemokraten und Gewerkschafter, die konsequenten Liberalen. Sie alle sollen nach Meinung der reaktionären Kräfte „weggewischt“ werden.

Dummdreist wird behauptet, die „ideologischen Väter“ der „Baader-Meinhof-Gruppe“ wären Marx, Engels und Lenin. Nicht bestehende Verbindungen der „Baader-Meinhof-Gruppe“ zu kommunistischen Organisationen werden künstlich aufgebaut (vgl. dazu Bericht über Polizei-Aktionen gegen den KB in Hamburg).

Der SPD / FDP - Regierung sogar wird von den reaktionären Kräften vorgeworfen, sie sei „zu duldsam gegenüber dem Radikalismus“ gewesen, habe „die Gefahr verharmlost“. So hetzt z. B. der „Bayern-Kurier“ der CSU: „Sehen wir einmal davon ab, daß die sozialistischen Triebkräfte, die hinter Brandt so offenkundig stehen – siehe die Unterwanderung der SPD! – sich bereits in einem mehr als unverhüllten Bund mit dem Weltkommunismus befinden ... Es liegt doch für jeden Einsichtigen klar auf der Hand, daß diese Regierung die rote Unterwanderung unserer Gesellschaft, einschließlich Mord und permanenter Gewalttätigkeit,

Bilanz

der RAF

Kritik am 1. Versuch in Westdeutschland, den bewaffneten Kampf zu führen

einfach deshalb dulden muß, weil sie es sich nicht mehr erlauben kann, die Sowjetunion als hochgelobten und schon unverzichtbaren Vertragspartner noch zu vergrößern.“

Schrecklich der Gedanke, was für eine Politik derartige Irrsinnige wie die Autoren solcher Artikel, unserem Land aufzwingen möchten! Diejenigen, die je Axel Springers Presse-Politik kritisiert haben, sollen schuld sein – so sagte es der Verleger selbst im ZDF –, daß eine Bombe ins Springer-Haus gelegt wurde und 17 Arbeiter verletzt. Wer die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsform nicht gerade für ideal hält, der hat nach Meinung der Kapitalverbände bereits „den Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung verlassen“. Erklärte doch Otto Friedrich, Präsident des BDA (einer der wichtigsten westdeutschen Kapitalistenverbände) während der Metalltarifrunde im vorigen Herbst: „Wer die Abschaffung des Eigentums an Produktionsmitteln verlangt, der bereitet das Ende unserer freiheitlichen demokratischen Gesellschafts- und Staatsordnung vor.“

Die Absicht ist altzu durchacht. Jede Art des Kampfes gegen den Kapitalismus soll mit den „Baader-Meinhof“-Bomben gleichgesetzt und so diffamiert, zu einem Verbrechen erklärt werden. Vor allem die Kommunisten sollen mit den Vorstellungen und Handlungen der „Baader-Meinhof-Gruppe“ in einen Topf geworfen werden. So soll zum einen propagandistisch dem wachsenden Einfluß der Kommunisten unter den Arbeitern entgegengetreten werden und soll zum anderen das Verbot und die Verfolgung kommunistischer Organisationen in die Wege geleitet werden.

Aber wer hat denn in Wahrheit die „Saat der Gewalt“ zu verantworten? Wer und was hat die Pfarrerstochter Gudrun Ensslin, die Journalistin Ulrike Meinhof, den Rechtsanwalt Horst Mahler in das aussichtslose Abenteuer ihrer „Stadtguerilla“ getrieben? Es war – wie sogar die ekelhaften stories der bürgerlichen Presse erkennen lassen – ihr Engagement gegen den Vietnam-Krieg der USA, die massenhafte, grausame Tötung von Menschen zur Rettung eines korrupten, ausbeuterischen Regimes, im Namen der „freien Welt“. Auch dieser Krieg ist Gewalt, ist Bombenterror, unvergleichbar blutiger als alle Taten der „Baader-Meinhof-Gruppe“. Aber ohne Gewalt, wie sie von Axel Springer und seine gleichgeschulten Gebildeten wird. Und gebilligt auch und materiell unterstützt vom BRD-Kapital und seinem Staat.

Die späteren Mitglieder der „Baader-Meinhof-Gruppe“ protestierten damals zusammen mit zehntausenden anderen in Demonstrationen und Kundgebungen gegen diesen Krieg und gegen die Komplizenschaft der Bundesregierung. Es gab die brutalen Knüppelinsätze der Polizei, es gab den ersten Toten: der Student Benno Ohnesorg

wurde am 2. Juni 1967 in Westberlin vom Polizisten Kurras erschossen. Gewalt! Aber Gewalt im Dienste des kapitalistischen Staates, und daher straflos. Todesschütze Kurras wurde freigesprochen.



Am 2. Juni 1967 von der Polizei erschossen: Benno Ohnesorg

Die Kapitalistenklasse und ihre Agenten, die sich jetzt scheinheilig im Schafspelz der „Ablehnung jeder Gewalt“ präsentieren, haben schon immer zwischen zwei Arten von Gewalt unterschieden. Je nachdem, ob die Gewalt ihnen nützt oder nicht. Wo Gewalt dazu dient, bestehende ungerechte Zustände aufrechtzuerhalten, da erscheint sie den Kapitalisten im rosigen Licht. Wo Gewalt aber darauf gerichtet ist, diese Zustände zu bekämpfen und zu überwinden, da gilt sie den Kapitalisten als „verbrecherisch“.

Die Kapitalistenklasse und ihr Staat ist dafür verantwortlich, einen kleinen Teil der damaligen Protest-Bewegung zu verzweiferten und ansichtslosen Abenteurern getrieben zu haben. Die Gewalt kam vom Staat, und die Ensslin, Mahler, Meinhof haben darauf reagiert. Wir Kommunisten haben immer auf das Schädliche und Arbeiterfeindliche derartiger Abenteuer hingewiesen.

Allerdings war die „Baader-Meinhof-Gruppe, die sich selbst als „Rote Armee Fraktion“ („RAF“) bezeichnete, diejenige Gruppe, die erstmals den Anspruch erhoben hatte, in der Bundesrepublik den „bewaffneten Kampf“

gegen die kapitalistische Macht zu beginnen.

Die Kapitalisten, ihre Polizei, ihre Zeitungen, ihr Fernsehen usw. sagen, daß nur eine „kriminelle Bande unschädlich gemacht“ wor-

gutes Haar an ihm bleiben, so daß seine Erledigung langfristig abschreckende Wirkung erhält.

Die Kapitalisten geben dabei noch erprobtem Rezept der Nazi-Propaganda vor. Wurden doch auch die Bombenleger des 20. Juli 1944, die einen mißglückten Sprengstoffanschlag gegen Hitler unternahmen, in ähnlicher Weise zur Sau gemacht wie heute die „RAF“-Mitglieder. „Eidbrüchige elirone Ehrgeizlinge“ wurden sie genannt. „Eigennützte, kleine, elende Verräternaturen sitzen vor uns, ein Bild menschlicher Erbarmlichkeit“, schrieb das „Hamburger Tageblatt“ am 9. August 1944 zum Prozeß gegen die Attentäter des 20. Juli.

Die Handlungen der „RAF“ mögen letzten Endes sinnlos oder schädlich gewesen sein, in einigen Fällen (wie etwa die Bomben bei Springer und die kilowise Lagerung von Sprengstoff in einem Wohnhaus) vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus sogar verbrecherisch. Das ist unser Standpunkt als Kommunisten, den wir immer wieder deutlich gemacht haben. Dennoch bleibt die Tatsache, daß Vorstellungen und Handlungen der „RAF“ politisch waren, und von der Kapitalistenklasse und ihrem Staatsapparat auch entsprechend aufgefaßt und bekämpft worden sind. Es bleibt die Tatsache, daß – wenn auch mit untauglichen, von uns unmissverständlich abgelehnten Methoden – eine erste Auflehnung gegen die kapitalistische Ordnung stattgefunden hat und niedergeschlagen wurde.

den sei, die „mit Politik nichts mehr zu tun hatte“. Gleichzeitig wurde aber bemerkenswert viel Mühe darauf verwendet, die ohnehin schon als „vor nichts zurückschreckende Verbrecher“ angeprangerten „RAF“-Mitglieder noch nachträglich licherlich zu machen: sie wurden als „Häufchen Elend“ und „arme Würstchen“ dargestellt, überdies auch noch „feige“, deren einzige Triebfeder immer wieder „Sex and Crime“ gewesen sein soll. „Abgemagert“, „hohlwangig“, körperlich und moralisch abgewirtschaftet.

Und warum diese wahre psychologische Kriegsführung gegen eine „kleine kriminelle Bande?“ Deshalb, um die Erledigung der „RAF“ zu einer Niederlage des bewaffneten Kampfes überhaupt im Bewußtsein der Arbeiterklasse zu machen. An den „Häufchen Elend“, die nur mit Unterhose bekleidet und im brutalen Polizeigriff vorgezeigt werden wie eine Jagdbeute, soll die Aussichtslosigkeit von Widerstand gegen die kapitalistische Gesellschaftsform demonstriert werden.

Es reicht den Kapitalisten nicht, den Gegner – in diesem Fall die „Baader-Meinhof-Gruppe“ – außer Gefecht gesetzt zu haben. Der Gegner muß auch noch psychologisch erledigt werden; es darf kei-

So bildet die Niederlage der „RAF“ – war sie auch mit einer Karikatur auf den bewaffneten Kampf, losgelöst von der realen Arbeiterbewegung – doch auch einen Teil der Erfahrungen der revolutionären Bewegung in unserem Land. Negative Erfahrungen in erster Linie, gewiß. Aber Erfahrungen eben doch, ebenso wie die terroristischen Unternehmungen der russischen Volkstümer und Anarchisten zu Erfahrungen der Revolution geworden sind, Vorbereitungen kommender Massenkinfe ...

Daß dem so ist, erkennt auch der Staatsapparat, der an seine Zweckziele von der „kleinen kriminellen Bande“ selbst nicht glaubt.

Die Illustrierte „Stern“ fragte den Chef des Bundeskriminalamts, Herold: „Ist der Fall Baader-Meinhof gelöst, wenn der letzte Mann der Gruppe hinter Schloß und Riegel sitzt?“ Und Herold antwortete:

„Nein, wir haben es hier mit einem gesellschaftspolitischen Problem zu tun. Wir müssen dem Anarchismus den Boden entziehen.“

Forts. nächste Seite

Und dies wird nun dann gelingen, wenn längst fällige Reformen in der Bundesrepublik durchgesetzt werden. Wenn die Revolution in der nächsten Zeit nicht von oben kommt, dann kommt sie mit Sicherheit in kurzer Zeit von unten." (Stern, 25. Juni 72)

Die „RAF“ hat außer ihren spektakulären „Aktionen“ auch versucht, mit drei Broschüren Einfluß auf die Diskussionen innerhalb der Linken zu nehmen: Nämlich „Das Konzept Stadtguerilla“ und „Der bewaffnete Kampf in Westeuropa“ (beide 1971) sowie „Dem Volk dienen“ (1972). Es ist von uns aus nicht zu klären, wieweit diese Texte überhaupt für die Handlungsweise einzelner „RAF“-Mitglieder verbindlich waren. Allzuviel floß in der „RAF“ und ihren Mitgliedern zusammen: Kleinbürgerliche „revolutionäre“ Ungeduld, hilfloses moralisches Engagement, arbeiterfeindliche Theorien der „Neuen Linken“, die spontane Revolte entzerrter Teile des Proletariats.

Dennoch erscheinen uns diese Schriften nicht unwesentlich für eine Einschätzung der „RAF“, zumal es sich bei der „RAF“ nur um einen Teilspekt einer allgemeineren Form der Revolte handelt, die auch in anderen Ländern Westeuropas zu beobachten ist, und die die Bewegung bestimmter Teile des Kleinbürgertums widerspiegelt.

Haupttendenz Revolution?

„Das Konzept der Stadtguerilla der Roten Armee Fraktion basiert nicht auf einer optimistischen Einschätzung der Situation in der Bundesrepublik und Westberlin.“ (Das Konzept Stadtguerilla)

Im Zentrum der Diskussion innerhalb der Linken steht die Einschätzung des gegenwärtigen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses in der Bundesrepublik und der sich abzeichnenden Entwicklungstendenzen. Befindet sich die Arbeiterklasse in der Defensive oder schon in einem revolutionären Aufschwung? Gibt es eine Rechtsentwicklung in der Bundesrepublik, gibt es eine faschistische Gefahr?

Manche Leute sagen gern, in unserem Land sei „die Haupttendenz Revolution“. Sie berufen sich dabei auf eine Erklärung Mao Tse-tungs vom 20. Mai 1970, in der es u. a. hieß: „Die Gefahr eines neuen Weltkrieges bleibt immer noch bestehen, und die Völker aller Länder müssen Vorbereitungen treffen. Aber die Haupttendenz in der heutigen Welt ist Revolution.“

Mit Hilfe dieses Zitats möchten manche Leute einer konkreten Einschätzung der Situation in unserem Land aus dem Weg gehen. Es wird so getan, als wäre das, was eine Einschätzung der Weltlage ist, darum auch schon zu jeder Zeit und an jedem Ort gleich gültig.

Daß überall auf der Welt das Proletariat früher oder später die Macht den Händen der Kapitalistenklasse entreißen wird, daß eine revolutionäre Situation heranreift, daß überall die Zukunft dem Sozialismus gehört – das alles ist eine objektive geschichtliche Wahrheit, auf die Karl Marx und Friedrich Engels schon in ihrem „Manifest der Kommunistischen Partei“ vor mehr als 120 Jahren hingewiesen haben.

Die Leute, die von „Haupttendenz Revolution“ in der Bundesrepublik reden, meinen aber ganz etwas anderes. Sie bestreiten rundheraus, daß es überhaupt eine Rechtsentwicklung in unserem Land gibt, daß die Reaktion erstarkt, daß der westdeutsche Imperialismus immer noch relativ stabil ist, daß sich die Arbeiterklasse in der Defensive befindet, daß es eine faschistische Gefahr gibt. Diese Leute posaunen bei jeder Gelegenheit heraus: Ein neues 1933, einen neuen Faschismus in Deutschland könne es nicht geben, „weil die heutige Lage völlig anders ist als die der 30er Jahre“.

Anders ist die Lage gewiß, aber in welcher Weise? Die Tatsachen zeigen, daß die Ausgangslage der Arbeiterklasse heute weit

hinaus, das sie schon während der 50er Jahre hatten.

Die KPD war schon bei ihrem Verbot 1956 sehr schwach, ihr Einfluß unter den Arbeitern gering. Aber die KPD damals hatte immer noch mehr als dreimal soviel Mitglieder und Wähler wie heute die DKP; und gar gegen die heutigen kommunistischen Gruppen und „KPD/MLs“ ist sogar die KPD von 1956 noch ein Riese gewesen.

Und das Entscheidende: Im Hinblick auf die kommenden Kämpfe trifft die Kapitalistenklasse schon bei der jetzigen Schwäche der Arbeiterklasse die ersten Maßnahmen zur Faschisierung von Staat und Gesellschaft: Die Notstandsgesetze, die Kommunistenjagd, das Berufsverbot, der Ausbau

der heutigen kommunistischen Bewegung würde die Unsinzigkeit der These „Haupttendenz Revolution“ klar machen).

Festzuhalten ist, daß der Kapitalismus in der BRD immer noch relativ stabil ist, daß es eine Rechtsentwicklung gibt, einen Abbau demokratischer Rechte und Stärkung des Staatsapparats, die Gefahr eines neuen Faschismus. Festzuhalten ist weiter, daß die westdeutsche Arbeiterbewegung immer noch sehr schwach ist, die kommunistische Bewegung erst in ihren winzigsten Anfängen.

Gerade die „RAF“, deren Schlußfolgerungen wir Kommunisten nicht teilen können, hat doch insoweit recht, wenn sie gerade diese Tatsachen ihrer Analyse zugrunde legt (Der bewaffnete Kampf in Westeuropa).

Was die „RAF“ dann als Alternative anbietet, ist allerdings ebenso kleinbürgerliche Flucht vor der Wirklichkeit wie der Selbstbetrug mit der These „Haupttendenz Revolution“.

„Jeder kann anfangen“

„Die Partisaneinheit entsteht aus dem Nichts. Jeder kann anfangen. Er braucht auf niemanden zu warten. Einige Dutzend Kämpfer, die wirklich beginnen und nicht nur endlos diskutieren, können die politische Szene grundlegend verändern, eine Lawine auslösen.“ (Der bewaffnete Kampf in Westeuropa)

Die „RAF“ schlägt vor, hier und heute den „bewaffneten Kampf“ zu beginnen. Sie behauptet, daß der Erfolg dieses Kampfes unabhängig davon sei, zu welchem Zeitpunkt und von welchen Leuten er aufgenommen wird.

Die „RAF“ weiß, daß der bedeutendste Theoretiker des Volkskrieges, Mao Tse-tung, davor gewarnt hat, an die Frage des bewaffneten Kampfes in dieser Weise heranzugehen: „Wenn das Bewußtsein der Massen noch nicht geweckt ist, und wir dennoch einen Angriff unternehmen, so ist das Abenteuer-tum.“ (Mao, April 1948.)

Die „RAF“ sagt dazu zweierlei:

1. Zwar ist die Unterstützung des bewaffneten Kampfes durch die Bevölkerung notwendig in ländlichen Gebieten (also z. B. China, Vietnam, Latein-Amerika usw.). „Andererseits ist es in der Großstadt. Sie bietet alle erforderlichen Versorgungsgüter in einer Weise an, die es nicht erforderlich macht, daß die Partisaneneinheiten aus ihrer Anonymität hervortreten. Sie können auch nach ihren Aktionen in vorbereiteten Quartieren untertauchen, ohne auf Hilfe aus der Bevölkerung angewiesen zu sein.“ (Der bewaffnete Kampf in Westeuropa)
2. Das Bewußtsein des Proletariats muß erst „aufgebrochen“ werden. Dazu soll gerade der „bewaffnete Kampf“ dienen. Wir müssen also einen Angriff unternehmen, um das revolutionäre Bewußtsein der Massen zu wecken... Die Bomben gegen den Unterdrückungsapparat schmeißen wir auch in das Bewußtsein der Massen.“ (Der bewaffnete Kampf in Westeuropa)

Hier offenbart sich die krasse Massenfeindlichkeit der „RAF“-Theoretiker am deutlichsten. Es wird klar, warum gerade die „RAF“ ein so idealer Aufhänger

für die Bourgeoisie gewesen ist, um Provokationen zu starten (Bombendrohung gegen Stuttgart!).

Die Unterstützung des bewaffneten Kampfes durch Teile der Bevölkerung reduziert sich für die „RAF“ auf ein bloß technisches Problem.

Nicht einmal die technische Seite des bewaffneten Kampfes ist aber ohne Unterstützung aus der Bevölkerung zu bewältigen. Das hat gerade die Niederlage der „RAF“ praktisch bewiesen. Es stimmt einfach nicht, daß die „Stadtguerilla“ langfristig in der Großstadt nach eigenem Belieben „untertauchen“ kann. Eine solche von der Bevölkerung isolierte „Stadtguerilla“ wird über kurz oder lang zum gejagten Wild, die Mitglieder machen Fehler aus Nervosität, das von ihnen mitgeschleppte Adressenmaterial führt die Polizei zu weiteren Verhaftungen und „Folterungserfolgen“ usw.

Erst recht ist aber das Verhältnis der „Stadtguerilla“ zur Bevölkerung ein politisches Problem. Wahrheit ist es, eine „Bomben ins Bewußtsein der Massen“ zu werfen, und dann auf die Folgen zu warten. Wer so handelt, nimmt in Kauf, daß das Bewußtsein in Fetzen geht.

Auch dort, wo Methoden der „Stadtguerilla“ einigen Erfolg aufzuweisen haben (Nordirland und Uruguay) stellt sich immer das Problem der Stimmung und des Bewußtseins der Massen. Voraussetzung ist immer, daß die Aktionen der „Stadtguerilla“ politisch so gezielt sind, bei den Massen ein wachsendes Verständnis für die Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes und eine wachsende aktive Unterstützung des Kampfes zu erreichen.

Es liegt auf der Hand, daß die Bourgeoisie sich aller Methoden der psychologischen Kriegsführung bedient, um ein möglichst abschreckendes Bild von den „Stadtguerillas“ bei der Bevölkerung zu erzeugen. Die „Stadtguerillas“ sollen als Feinde der Bevölkerung erscheinen, die aus Gründen irgendwelcher für die Massen nicht nachvollziehbarer „Hirngespinnste“ den Terror gegen die Bevölkerung zum Programm gemacht haben. Im Falle der „Baader-Meinhof-Gruppe“ ist das den Kapitalisten gut gelungen.

Es liegt außerdem auf der Hand, daß die Möglichkeiten der „Stadtguerilla“ zunächst gering sind, bei der Bevölkerung ein positives Bild zu erzeugen. Das wurde heftigen Klatsch über ihre Ziele zu schaffen und unumwunden klar zu machen, daß sich der Terror nicht gegen die Bevölkerung richtet.

Um die „Stadtguerilla“ zu beurteilen, haben die Massen zunächst kaum andere Anhaltspunkte als deren „spektakuläre Aktionen“. Dabei wird die Bourgeoisie außerdem bemüht sein, der „Stadtguerilla“ massenfeindliche Aktionen unterzujubeln – entweder in Form von Berichten über angebliche Pläne oder als direkte Provokation.

Alle historische Erfahrung unterstreicht, daß der bewaffnete Kampf nur dann erfolgreich sein kann, wenn er einem aktuellen Bedürfnis der bewußtesten Teile des Proletariats entspricht.

Es stimmt, daß die Kommunisten den Terror gegen Kapitalisten

Forts. nächste Seite



Am 15. Juli 1971 von der Polizei erschossen: Petra Schölen

schlechter ist, als sie 1933 vor der faschistischen „Machtergreifung“ war. Gab es doch damals eine kämpferische Arbeiterbewegung, die durch jahrelangen Klassenkampf, wirtschaftliche Streiks und politischen Kämpfe, im Geiste der unerschütterlichen Feindschaft zum Kapitalismus erzogen war. Und es gab eine kommunistische Partei mit 300 000 Mitgliedern und über 6 Millionen Wählern.

Wie ist dagegen heute die Situation? Die deutsche Arbeiterbewegung hat zahlreiche Niederlagen erlitten. Die gescheiterte bürgerlich-demokratische Revolution von 1848 (die von der Bourgeoisie verraten wurde); die Revolution von 1918, die mit aktiver Mitwirkung der SPD als Regierungspartei blutig niedergeschlagen wurde; die Machtergreifung des Faschismus 1933; die Wiederherstellung des deutschen Imperialismus nach 1945.

Diese Niederlagen prägen immer noch das Bewußtsein der westdeutschen Arbeiter, sie fördern Skepsis und Resignation gegenüber der Möglichkeit revolutionärer Veränderungen.

Die Arbeiterklasse ist seit den Septemberstreiks 1969 wieder in Bewegung geraten, aber die Kämpfe gehen noch nicht über das Niveau

der Polizei, die Verschärfung des Ausländerrechts, die Erweiterung der Kompetenzen des „Verfassungsschutzes“, die Aufrüstung des „Bundesgrenzschutzes“ zur Bürgerkriegsarmee. Maßnahmen, die – überdies im Windschatten der „Baader-Meinhof“-Jagd über die Bühne gegangen – kaum auf Widerstand in der Arbeiterklasse stoßen.

Wir nehmen nicht an, daß die Vertreter der These „Haupttendenz Revolution“ wirklich so naiv sind, diese Dinge nicht zu sehen. Vielmehr halten wir diese These für eine Form der kleinbürgerlichen Flucht vor der Wirklichkeit. Die Vertreter und Anhänger dieser These, die als schrecklich „irrevolutionär“ gelten wollen, enttuppen sich dabei immer wieder als waschechte Anhänger des Ökonomismus und der Spontaneität. Ökonomismus ist es, wenn sie jeden wirtschaftlichen Kampf der Arbeiter als Beweis für ihre These bejubeln (vgl. Meldung im „Roten Morgen“ der „KPD/ML“ vom 19. Juni: „Auch im Fichtelgebirge ist die Haupttendenz in der Welt: Revolution“). Anbetung der Spontaneität ist es, wenn sie nicht wahrhaben wollen, daß die Stärke der Arbeiterklasse ganz wesentlich von der Stärke der kommunistischen Partei abhängt (ein einfacher Vergleich der alten KPD mit

Forts. von Seite 7

BILANZ DER RAF

und gegen Funktionäre des kapitalistischen Staatsapparates als eine Kampfform noch nie grundsätzlich abgelehnt haben. Der Klassenkampf nimmt diejenigen Formen an, die ihm die Bourgeoisie durch ihren erbitterten Widerstand gegen gesellschaftliche Veränderungen auferlegt. Das schließt den bewaffneten Kampf, und als eine besondere Form dieses Kampfes den Terror, mit ein.

Die Verfasser der „RAF“-Brochure „Der bewaffnete Kampf in Westeuropa“ zitieren listig aus dem Zusammenhang gerissene Äußerungen Lenins über die grundsätzliche Berechtigung des Terrors, um damit ihr Vorgehen auch „theoretisch“ zu rechtfertigen. Was Lenin aber über den Terror sagte, war dies (von den „RAF“-Verfassern begrifflicherweise nicht zitiert):

„Grundsätzlich haben wir den Terror nie abgelehnt und können ihn nicht ablehnen. Er ist eine Kampfhandlung, die in einem bestimmten Zeitpunkt der Schlacht, bei einem bestimmten Zustand der Truppe und unter bestimmten Bedingungen durchaus angebracht und sogar notwendig sein kann.“

Doch das Wesen der Sache besteht darin, daß gegenwärtig der Terror keineswegs als eine mit dem ganzen Kampfsystem eng verbundene und koordinierte Operation der kämpfenden Armee vorgeschlagen wird, sondern als selbständiges und von jeder Armee unabhängiges Mittel des Einzelangriffs. Bei dem Fehlen einer zentralen Organisation und bei der Schwäche der örtlichen Organisationen kann ja der Terror

auch nichts anderes sein... Wir sind weit entfernt von dem Gedanken, heldenmütigen Einzelaktionen jede Bedeutung abzusprechen, aber es ist unsere Pflicht, mit aller Energie davor zu warnen, sich am Terror zu versuchen, ihn als wichtiges und hauptsächlichstes Kampfmittel zu betrachten.“ (Lenin, Womit beginnen?, Mai 1901)

Dasselbe trifft genau auf die „RAF“, so, sowohl was ihre Theorie, als auch was ihre Handlungen angeht.

Die „RAF“ sträubt sich dagegen, als anarchistisch bezeichnet zu werden. Das hat eine gewisse Berechtigung. Aber sicher ist, daß die Beweggründe der „Baader-Meinhof-Gruppe“ ähnlich gewesen sind wie die der russischen Anarchisten. Denn in beiden Fällen wird der individuelle Terror – d. h. der von der Arbeiterbewegung isolierte Terror – als Mittel angepriesen, um das als allzu schlapp betrachtete Proletariat „aufzurütteln“. „Propaganda der Tat“ wurde diese seltsame Methode genannt.

Das Proletariat muß bei allem die Führung haben

Dahinter steht das tief verwurzelte Unbehagen breiter Teile der fortschrittlichen kleinbürgerlichen Intelligenz gegenüber dem Proletariat. In der „RAF“-Brochure „Der bewaffnete Kampf in Westeuropa“ heißt das so:

„In den Zeitungen finden wir täglich Meldungen über mehr revolutionäre Kämpfe in mehr Ländern dieser Erde, in mehr Städten und

mehr Dörfern, mehr Schläge, mehr Bomben. Diese Meldungen signalisieren die steigende revolutionäre Flut. Wir finden aber kaum Meldungen darüber, daß irgendwo in der Welt das Industrieproletariat in vorderster Linie an diesen Kämpfen teilnimmt... Ist es Zufall, daß an allen Fronten junge Angehörige der Intelligenzschicht, insbesondere Studenten eine wichtige, wenn nicht die entscheidende Rolle spielen?“

Die Theoretiker der „RAF“ erkennen die Studenten kühn zur „Fraktion (= Teil) des Proletariats“. Mehr noch: „Durch verschiedene Faktoren ist den sozialistischen Kadern der Studentenbewegung eine Avantgarde-Funktion im gesamtgesellschaftlichen Maßstab zugefallen... Nicht die Organisationen der Industriearbeiterschaft, sondern die revolutionären Teile der Studentenschaft sind heute Träger des zeitgenössischen revolutionären Bewusstseins.“ (Der bewaffnete Kampf in Westeuropa).

Hier berührt sich die „RAF“ mit anderen intellektuellen-Theoretikern. Ein Beispiel dafür ist die sogenannte „KPD“. Ihr Konzept ist es, die „kommunistische Partei“ durch Studenten aufzubauen und diese „Partei“ dann später einmal „in eine proletarische Organisation umzuwandeln“. Aber erst, nachdem die politische Linie festgelegt ist – von den Studenten!

Ein anderes Beispiel ist die Gruppe um die Heidelberger Studentenzeitung „Neues Rotes Forum“. Diese Gruppe ist jetzt daran gegangen, die Arbeiter im nahe gelegenen Industriezentrum Mannheim zu bearbeiten. Wie sie selbst dazu schreiben, sind ihre „Betriebskollektive“ oft nicht „im Betrieb“, sondern „am Betrieb“. D. h. sie bestehen mehrheitlich aus Heidelberger Studenten, die nicht im Betrieb

arbeiten. „Die Sympathisanten im Umkreis der Betriebskollektive können nicht unmittelbar aufgenommen werden, weil somit die proletarische Mehrheit leicht auf Kosten der kommunistischen Linie erreicht würde.“ (NRF, 2/72, S. 14). Mit anderen Worten: Das „Betriebskollektiv“ darf nicht zu viele Betriebsarbeiter in seinen Reihen haben, weil die Arbeiter sonst den Herren Studenten die „kommunistische Linie“ verwechseln.

Die kleinbürgerliche Intelligenz, namentlich die „revolutionären“ Studenten, werden von solchen Theoretikern ganz selbstverständlich als Träger der „kommunistischen Linie“ betrachtet, die den Arbeitern erst noch beigebracht werden soll.

Was die intellektuellen-Theoretiker alle nicht wahrhaben wollen, ist: Ein Student wird aufgrund seiner sozialen Lage, seiner Ausbildung und seiner Möglichkeiten theoretische Probleme in der Regel besser verstehen als ein durchschnittlicher Arbeiter. Dadurch kann es zeitweise so scheinen, als fühlten sich die Studenten stärker zum Kommunismus hingezogen als die Arbeiter, als wären sie sozusagen die besseren Kommunisten und Revolutionäre. Der Schein trägt aber, weil die kleinbürgerliche Intelligenz zugleich mit ihrem theoretischen Vorsprung auch den Ballast ihrer Klassenherkunft in die kommunistische Bewegung einbringt. Ein gewisser Stillsstand der Arbeiterbewegung begünstigt das Vordringen der kleinbürgerlichen Intelligenz. Die Folgen zeigen sich schon heute: Eine handvoll ebenso winziger wie größenwahnsinniger „ML“-Parteien und eine Menge krasser Theorien.

Natürlich sind wir als Kommunisten keine Feinde der fortschrittlichen Teile der kleinbürgerlichen

Intelligenz. Diese Teile der kleinbürgerlichen Intelligenz können eine sehr positive Rolle im revolutionären Prozess spielen, falls sie sich vor jenen Theoretikern freimachen, die ihnen unbedingt die zweifellos schmeichelehafte Rolle einer „Avantgarde“ ans Herz legen wollen.

Die Gefahr ist aber beim aktuellen Stand der Klassenkämpfe in der Bundesrepublik groß, daß sich Teile der fortschrittlichen Intelligenz als „revolutionäres Subjekt“ verstehen und arbeiterefeindlichen Theorien auf den Leim gehen. Die Kapitalistenklasse tut das ihre, um Teile der fortschrittlichen Intelligenz auf diesen Trip zu bringen, um sie so nicht nur nutzlos für den Kampf des Proletariats zu machen, sondern sie direkt zu einer Gegenkraft gegen diesen Kampf zu machen.

Die „RAF“ hat nicht nur kleinbürgerliche Intellektuelle in ihren Reihen gehabt, sondern auch einige Proletarier, deren Motiv die spontane Revolte gegen die als unerträglich empfundenen Zustände war.

Aber insgesamt war die „RAF“ ein Produkt des Kleinbürgertums. Lenin nannte den individuellen Terror einen Ausdruck der „Spontanität der leidenschaftlichsten Empörung der Intellektuellen, die es nicht verstehen oder nicht die Möglichkeit haben, die revolutionäre Arbeit mit der Arbeiterbewegung zu einem Ganzen zu verbinden. Wer den Glauben an diese Möglichkeit verloren oder nie bekommen hat, dem fällt es erschrecklich schwer, für seine Empörung und seine revolutionäre Energie einen anderen Ausweg zu finden als den Terror.“ (Lenin, Was Tun?, 1901/02)

„Fuck the law!“ („Scheißt auf das Gesetz!“)

Der Kampf der englischen Arbeiter gegen Lohnabbau und Gewerkschaft.

Die spontane Arbeiterbewegung in England ist seit Ende der 60er Jahre stärker und politischer geworden. Ihre Erfahrungen mit der arbeiterefeindlichen Politik der damaligen sozialdemokratischen Labour-Regierung hatte viele Arbeiter davon überzeugt, daß die einzige Garantie für die Wahrung ihrer Rechte der entschlossene Kampf gegen die Angriffe der Kapitalisten und ihrer jeweiligen Regierungen ist. 1970 kamen die konservativ-reaktionären Tories durch die Wahlniederlage der Labour-Party an die Regierung. Die Labour-Party ging in die Opposition.

Diese Tatsache riefte viele Arbeiter, die bisher nicht mitgekämpft hatten, weil sie nicht gegen „ihre Regierung“ streiken wollten, in die Kampffront mit ein. So stieg die Zahl der Streiktage von 1731 (1963) über 4 672 (1968) bis zu 10 854 (1970)!

Die Kämpfe der Arbeiter richteten sich gegen die immer schärfer werdenden Angriffe der Kapitalisten auf ihr Lebensniveau (Lohnkürzungen von 7–8 %) und das arbeiterefeindliche Gewerkschaftsgesetz.

Die Lohnkürzungen muß man auf folgendem Hintergrund sehen: Die Wochenlöhne breiter Teile der Ar-

beiter betragen noch nicht mal 20 Pfund (also weniger als 170 DM!). Die werktätigen Frauen, die 40 % der arbeitenden Bevölkerung ausmachen, bekommen im Durchschnitt nur die Hälfte von dem, was die Männer verdienen. Die Preissteigerungen betragen inzwischen rund 10 % im Jahr! Über 1 Million Engländer sind arbeitslos! Die Lohnkürzungen laufen also auf eine massive Senkung des ohnehin schon niedrigen Lebensstandards der englischen Arbeiterklasse hinaus.

Mit dem Gewerkschaftsgesetz wollen sich die Kapitalisten die Voraussetzung schaffen, die Lohnkürzungen durchzusetzen: Sie wollen der englischen Arbeiterbewegung das Genick brechen.

Bereits 1906 erklärten sich die englischen Arbeiter die „Immunität im Arbeitskampf“. Dies bedeutet, daß Gewerkschaften einen Streik ausrufen konnten, wann immer die Arbeiter dies für richtig und notwendig hielten, selbstverständlich auch während eines laufenden Tarifvertrages. Entsprechend waren sog. „wilde“ Streiks in England „normal“. Eine sog. „Friedenspflicht“ für Gewerkschaften gab es bisher nicht, bzw. wurde 1906 auf Druck der Arbeiter abgeschafft. Entgegen Interpretations-

Versuchen westdeutscher Gewerkschafts-Führer ist die „Friedenspflicht“ für Gewerkschaften bei Dauer eines laufenden Tarifvertrages also durchaus kein „normaler“ Zustand – wie am englischen Beispiel leicht zu erkennen. Vielmehr handelt es sich dabei um ein beliebtes Erpressungsmittel der Kapitalisten: Löhne und Gehälter sollen für bestimmte Fristen unwiderruflich festgelegt werden, während sie selbst in dieser Zeit nach Belieben Profite und Preise erhöhen können. Kein Arbeiter wird im Kapitalismus gegen „wilde“ Preiserhöhungen, gegen „wilde“ Rationalisierungsmaßnahmen der Kapitalisten durch eine „Friedenspflicht“ geschützt.

Heute versuchen die englischen Kapitalisten mit Hilfe ihrer Regierung den englischen Arbeitern ihr Recht auf Streik, wann immer es ihnen richtig erscheint, wieder zu nehmen. Tarifliche Verhandlungsergebnisse sollen in Zukunft für die Arbeiter und ihre Gewerkschaften „rechtlich bindend“ sein und Streiks während eines laufenden Tarifvertrages, also sog. „wilde“ Streiks, als „Vertragsbrüche“ gelten. Derartige „Vertragsbrüche“ sollen dann mit hohen Geld- und Gefängnisstrafen geahndet werden.

Gegen dieses „Gewerkschaftsgesetz“ wehren sich die englischen Arbeiter. Ihre Parole in diesem Kampf: „FUCK THE LAW“ (zu deutsch etwa: „Scheißt auf das Gesetz“)

Dies sind die Etappen im Kampf der englischen Arbeiter gegen Lohnabbau und Gewerkschaftsgesetz in den letzten 4 Jahren:

- 1969 mußte die damalige Labour-Regierung den ersten Entwurf zu diesem Gesetz zurückziehen, weil Hunderttausende dagegen demonstriert und gestreikt hatten.
- In den Jahren 69, 70 und 71 organisierten Arbeiter überall im Land sog. „Komitees zur Verteidigung der Gewerkschaften“. Diese Komitees organisierten Demonstrationen, Streiks und Protestveranstaltungen gegen das geplante Gewerkschaftsgesetz.
- 1971 kam es zu der ersten Betriebsbesetzung in der Geschichte der englischen Arbeiterbewegung, als von der Regierung angekündigt wurde, daß auf der staatlichen Schiffswerft „Upper Clyde Shipbuilding“ 6 000 von den 8 500 (!) Arbeitern entlassen werden sollten. Die Arbeiter und Angestellten nahmen Produktion und „Management“ in eigene Hände.
- Anfang 72 streikten 280 000 englische Bergarbeiter mit breiter Unterstützung der Eisenbahner, Transport- und Hafenarbeiter 6 Wochen lang gegen die Lohnkürzungen der Kapitalisten und ihrer Regierung. Ihre Parole: „Nieder mit den Tories und ihren 8 %!“ Ihr Erfolg: 20 % Lohnerhöhung.
- Im April traten die 250 000 Eisenbahner geschlossen in einen Bummelstreik („Dienst nach Vorschrift“). Die Heath-Regierung ordnete nach dem Anti-Streikgesetz eine „Arbeitspennenz“ von 14 Tagen an und de-

nach eine zwangsweise Umstimmung über die Fortsetzung des Streiks. Sie wollten damit die Kampfbereitschaft der Eisenbahner lähmen. Ihre Entlassung war allerdings groß: 84 % der Eisenbahner wollten Streik für ihre Forderungen: Nach dem fast 3 Monate dauernden Kampf mußte die staatliche Eisenbahnbehörde 13,5 % Lohnerhöhung zugestehen.

- Die englischen Hafenarbeiter boykottieren seit April bestimmte Container-Firmen. Kurz nach dem 2. Weltkrieg haben sich die englischen Hafenarbeiter die Zusage der staatlichen Hafenbehörden erkämpft, daß im Bereich der Häfen nur „reguläre“ Hafenarbeiter zu festgesetzten Löhnen und Arbeitsbedingungen beschäftigt werden. Seit einigen Jahren jedoch haben sich in den englischen Häfen mehrere Firmen breit gemacht, die vorzugsweise arbeitslose Landarbeiter einstellen. Diesen Arbeitern brauchen sie nämlich nicht die tariflich festgelegten Hafenarbeiterlöhne, kein Krankengeld und keine Altersrente zu zahlen. Die Landarbeiter sind froh, wenn sie ein paar Schichten mitmachen können und verreckeln so – ohne daß sie es wollen – die Löhne und Arbeitsbedingungen ihrer Kollegen.

Die Hafenarbeiter gehören neben dem Automobil- und Bergarbeitern zum mächtigsten Teil der englischen Arbeiterklasse. Ihre Führer haben sie sich selbst gewählt, es sind nicht die offiziellen Gewerkschaftsfunktionäre, sondern die besten Kollegen aus

Forts. Seite 16

10 Jahre FRELIMO

Das Volk von Mosambik befreit sich von Unterdrückung und Ausbeutung

Mosambik ist eine portugiesische Kolonie. Von seinen 6,9 Millionen Einwohnern sind 95 % Wanderarbeiter oder Bauern, während 80 000 Portugiesen eine weiße Oberschicht von Plantagenbesitzern, Kleinkapitalisten und Beamten bilden. Der verrottete portugiesische Kapitalismus mit seinem faschisti-

Seit dem 16. Jahrhundert kämpften die afrikanischen Stämme in Mosambik gegen die portugiesischen Kolonialisten. Ihr Widerstand wurde niemals ganz gebrochen. Doch erst seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges, seit infolge einer gewissen Industrialisierung das Proletariat der Hafenstädte und Plan-



Portugal und seine Kolonien

höhten das Ansehen der Organisation im Volk.

Die portugiesischen Kolonialtruppen wurden in vier Provinzen angegriffen und mußten ihre Kräfte zersplittern, um strategisch wichtige Positionen zu schützen. Aus diesem Grund konnten sie keine längeren Gegenangriffe führen und wurden bald aus mehreren Gebieten in wenige Militärstützpunkte und größere Städte abgedrängt. Die Provinzen Niassa und Cabo Delgado sind befreite Gebiete mit über 1 Million Einwohnern. Hauptkampfgebiet ist Tete, die Provinz, in der Cabora Bassa gebaut wird.

1/4 der Fläche der portugiesischen Kolonien werden heute schon von den verschiedenen Befreiungsbewegungen kontrolliert. Obwohl 45 % des portugiesischen Staatshaushalts durch die Kriegsausgaben verschlungen werden, jeder Tag 1 Million Dollar kostet und bisher 30 000 Portugiesen gefallen sind, befinden sich die Kolonialisten weiter auf dem Rückzug. Doch wegen der massiven Profitinteressen der Imperialisten in USA und BRD wird der Kampf noch lange dauern. Die portugiesischen Kolonien entwickeln sich zu einem Vietnam der NATO.

Der Kampf ist nicht das Ziel der FRELIMO, er ist nur das notwendige Mittel, um für das Volk „ein besseres Leben zu gewinnen“. In den befreiten Gebieten wurde die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abgeschafft und mit dem Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft begonnen. Die Befreiung von Gebieten bedeutet die Befreiung der schöpferischen Energie der Massen.

Die Bauern verstärken und verbessern die Landarbeit, weil diese jetzt dem Volk zugute kommt. Sie bauen kleine Fabriken auf, um wichtige Produkte wie Seife und Kleidung selbst herzustellen. 20 000 Menschen besuchen die Schulen der FRELIMO. Die Unterdrückung der Frauen wird nach und nach abgeschafft, so daß Frauen an der Produktion, dem politischen und militärischen Kampf und seiner Leitung teilnehmen. Einrichtungen des Gesundheitswesens wurden geschaffen.

„Alle kultivierten Flächen, alle Getreidespeicher und Häuser gehören uns, dem Volk. Wir werden anbauen, ernten und zusammenstellen und zusammen werden wir das verteidigen, was nicht mir oder dir gehört, sondern uns allen. Das

Feld ist nicht mein oder dein, sondern unser. Der Schüler in der Schule, der Soldat im Stützpunkt und der Patient und die Krankenschwester im Hospital haben alle ein gemeinschaftliches Bewußtsein. Niemand betrachtet die Schule, den Stützpunkt oder das Hospital als sein Privateigentum und jeder verfolgt deshalb mit Begeisterung die Fortschritte der Arbeit in Schule, Stützpunkt und Hospital. Als Resultat werden Fortschritte gemacht, die Arbeit geht voran und der Feind kann uns nicht so leicht angreifen. Wo ein Gemeinschaftsgeist herrscht, sind wir besser organisiert. Dort gibt es mehr Initiative und Opferbereitschaft und wir lernen, produzieren und kämpfen besser, mit größerer Entschlossenheit.“ (Aus den Direktiven der FRELIMO 1971 - 1972)

Gerade die enge Verbindung zwischen dem westdeutschen Kapitalismus und dem Ausbeutensystem in Mosambik zeigt uns, daß der Imperialismus der gemeinsame Feind der westdeutschen Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker Afrikas ist. Der Klassenkampf des Proletariats der kapitalistischen Länder und der Befreiungskampf der unterdrückten Völker unterstützen sich gegenseitig.



Für ein besseres Leben



Internationale Solidarität General Gisp, der Präsident der FRELIMO

schen Staat kann sich nur durch die Ausbeutung der Kolonien erhalten. Durch die Ausfuhr von Rohstoffen und die rücksichtslose Ausbeutung der Arbeitskraft der Bevölkerung werden die Profite erzielt, mit denen die portugiesische Bourgeoisie ihre Söldnertruppen finanziert, die den Sieg der Befreiungsbewegung verhindern sollen.

An der Ausbeutung und dem Krieg sind die amerikanischen und westdeutschen Imperialisten maßgebend beteiligt. Sie unterstützen Portugal durch Waffenlieferungen im Rahmen der NATO, „Entwicklungshilfe“ und Kredite. Dafür erhalten sie Militärstützpunkte und machen profitable Geschäfte.

Wichtigstes Beispiel dafür ist der im Bau befindliche Riesenstaudamm von Cabora Bassa. Dieses Projekt, an dem mit Unterstützung durch Steuer- und Gewerkschaftsgelder zu 35 % westdeutsche Firmen beteiligt sind, soll Elektrizität für Südafrika liefern, ein neues Bergbau- und Industriegebiet erschließen und die Ansiedlung von 1 Million Weißen ermöglichen. Dadurch soll sich der Einfluß der faschistischen Regimes in Südafrika und Rhodesien verstärken, die Befreiungsbewegung bekämpft werden und neue Profitquellen für die Imperialisten entstehen. Das Volk von Mosambik soll noch gründlicher ausgebeutet werden.

tagen zu einer bedeutenden Bevölkerungsschicht angewachsen war, wurde der Befreiungskampf erfolgversprechend. Die Stammesgegensätze wurden überwunden und aus den blutigen Erfahrungen in Streiks und Aufständen wuchs die Überzeugung, daß der Kolonialismus in Afrika nur durch einen revolutionären Volkskrieg zu besiegen ist.

FRELIMO: Kampf für Freiheit und Sozialismus

Am 25. Juni 1962 wurde die Befreiungsfront von Mosambik (FRELIMO) gegründet. Ihre Ziele waren:

- Festigung und Entwicklung der Organisation
- Überwindung der Stammesgegensätze
- Abschaffung der Unterdrückung der Frau
- Förderung der Bildung des Volkes, Gründung von Schulen
- Vorbereitung auf Selbstverteidigung, Widerstand und Volkskrieg
- Internationale Unterstützung und Zusammenarbeit

Da die FRELIMO konsequent die Interessen der Bauern und Arbeiter vertrat, fand sie überall Mitarbeit und Unterstützung. Schon die ersten militärischen Aktionen waren deshalb erfolgreich und er-



Am 3. und 4. Juni fand in Frankfurt der Kongreß „Am Beispiel Angela Davis“ statt. Das Angela Davis Solidaritätskomitee hatte dazu Gruppen und Einzelpersonen aus der gesamten BRD und dem Ausland eingeladen. Professor Mandel und der Vertreter der Provinzialen Revolutionären Regierung Südvietsams in Paris, Ly van San erhielten von der Bundesregierung keine Einreiseerlaubnis.

An der Solidaritätsdemonstration durch die Frankfurter Innenstadt nahmen ca. 7 000 - 8 000 Menschen teil. Auf der Abschlussskundgebung sprachen die Professoren Negt, Marcuse und Abendroth sowie der Clubsozialistener Betriebsrat Willi Scherer vor ca. 10 000

Teilnehmern. Grußbotschaften an den Kongreß sandten unter anderem Angela Davis, Bernadette Devlin, Ernst Bloch, Ernest Mandel und die Provinzialen Revolutionäre Regierung der Republik Südvietsams.

Wenige Stunden nach Beendigung des Kongresses wurde bekannt, daß Angela Davis freigesprochen worden ist. Der Urteilspruch der Geschworenen fiel einstimmig: „Unschuldig in allen Punkten der Anklage“. Der Freispruch Angela Davis ist vor allen Dingen ein Erfolg der internationalen Solidarität. Fraglich bleibt aber weiterhin, ob Angela Davis auch ihre Proteste an der kalifornischen Universität Los Angeles wiederbekommen wird.

SPD - das kleinere Übel?

Am 20. Juli 1972
Im Aufruf des Kommunistischen Bundes zum 1. Mai („Arbeiterkampf“, Nr. 17) wurde von der SPD in einem größeren Zusammenhang als dem „kleineren Übel“ gesprochen. Darüber hat es seitens anderer Gruppen sowohl Mißverständnisse, wie auch bösartige Unterstellungen gegeben. Einige der Kritiker scheinen die Äußerung nicht einmal wirklich im Zusammenhang gelesen zu haben. Im Mai-Aufruf hieß es:

„GEGEN DIE SCHRITTWEISE FASCHISIERUNG UND MILITARISIERUNG VON STAAT UND GESELLSCHAFT + WEG MIT DEM KPD - VERBOT + SCHLUSS MIT DER KOMMUNISTENJAGD

- Diese Forderungen sind nicht durch Appelle an das „demokratische Gewissen“ der SPD / FDP - Regierung zu erfüllen. Die Arbeiter kommen keinen Schritt weiter mit dem Gejammer der DKP, daß die Politik der Kapitalisten „im Widerspruch zur Verfassung“ steht. An wen soll sich dieses Gejammer richten? Die SPD - weit davon entfernt, die Verfassung gegen die Kapitalisten zu verteidigen - erfüllt an der Regierung die Aufgaben jeder bürgerlichen Partei, betreibt die Kommunistenjagd in den staatlichen Institutionen, den Ausbau des Polizei-Apparats, die Durchsetzung des „Lohnleitens“. Wenn wir sagen, daß die SPD gegenüber der CDU / CSU tatsächlich ein „kleineres Übel“ bedeutet, so ist das keineswegs gleichzusetzen mit einer kritiklosen und kampflozen Hinnahme dieser Partei und ihrer Regierungspolitik. Der Kampf gegen die schrittweise Faszisierung und Militarisierung von Staat und Gesellschaft muß von der Arbeiterklasse nicht nur gegen die CDU / CSU, sondern auch gegen die SPD / FDP - Regierung als gegenwärtige Geschäftsführerin der Kapitalistenklasse geführt werden.“

Eine Reihe von Kritikern dieser Ausführungen zeichnet sich dadurch aus, daß sie unseren Argumentations-Zusammenhang gänzlich „übersieht“ und sich ausschließlich auf die nackte Formel des „kleineren Übels“ stützt. Solche Kritiker beweisen, daß es ihnen nicht um die sachliche Auseinandersetzung zu tun ist, sondern darum, „dem KB mal ordentlich eins auszuweisen“. Die Unehrlichkeit solcher Polemiken wird deutlich, wenn man sie mit dem vergleicht, was wir wirklich gesagt haben.

Das Heidelberger „Neue Rote Forum“ z.B. behauptet, der KB habe „prinzipienlos, schematisch und opportunistisch die Einschätzung der SPD als ‚kleineres Übel‘ akzeptiert“ (NRF, Nr. 2 / 72).

Die „Rote Fahne“ Westberlin schreibt, „daß der KB bis fast in den Wortlaut endgültig den DKP / SEW - Phrasen verfallen ist, daß der KB die SPD gegenüber der CDU / CSU als ‚kleineres Übel‘ bezeichnet“. Weiter hat die Zeitung entdeckt, der KB würde „die SPD als ‚arbeiterfreundliche‘ Partei anpreisen und über all ihre arbeiterfeindlichen Maßnahmen der letzten Jahre hinwegtäuschen“ (RF, 31. 5.).

Die „Kommunistische Arbeiterzeitung“ Göttingen ist so vornehm, den KB nicht beim Namen zu nennen. Sie spricht von „Leuten, die sich auch Kommunisten nennen“. Diese empfehlen angeblich den Arbeitern, „wir sollten doch für die SPD als das ‚kleinere Übel‘ eintreten“. An anderer Stelle der Zeitung heißt es: „Wer den Arbeitern rät, die SPD als ‚kleineres Übel‘ zu unterstützen, führt sie nicht zum Kampf gegen die Reaktion; er degradiert sie vielmehr zur Manövriermasse in den Händen bürgerlicher Politiker und ketzt sie noch mehr an den bürgerlich-kapitalistischen Staat. ... Denn nicht das ‚kleinere Übel‘, die SPD, braucht die Arbeiterklasse, sondern sie braucht die Kommunistische Partei, ihre eigenständige politische Klassenorganisation“ (KAZ, 25. 5.).

Die Ideologie des „kleineren Übels“

Viele Kritiker „übersehen“, daß die betreffenden Ausführungen in unserem Mai-Aufruf gerade eine Auseinandersetzung mit der in der Arbeiterklasse relativ stark verbreiteten sozialdemokratischen Ideologie des „kleineren Übels“ sein sollten. Das wird schon daran deutlich, daß das „kleinere Übel“ im Mai-Aufruf in Anführungsstriche gesetzt worden war. Der Schwerpunkt der Ausführungen war deshalb auch nicht darauf gelegt, zu zeigen, daß die SPD das kleinere Übel ist, sondern daß sie eben auch ein Übel ist, das zu bekämpfen ist.

Die SPD geht traditionell mit der These vom „kleineren Übel“ hantieren. Diese These besagt, daß die SPD zwar eingeständenermaßen herzlich schlecht ist, aber doch „immer noch besser“ als die Parteien der Rechten und der Reaktion. Deshalb müßten die Arbeiter mit der SPD durch dick und dünn gehen und tunlichst alles unterlassen, was der SPD vielleicht schaden könnte.

Im Namen des „kleineren Übels“ ließ die SPD nach 1918 die Arbeiterstände in den deutschen Städten durch die reaktionären, anti-demokratischen „Freikorps“ niederschlagen. Im Namen des „kleineren Übels“ betete am 1. Mai 1929 die SPD die Polizei auf demonstrierende Arbeiter in Berlin an und ließ ein Blutbad unter ihnen anrichten. Im Namen des „kleineren Übels“ verpflichtete die SPD die sozialdemokratischen Arbeiter vor 1933 auf reaktionäre bürgerliche Regierungen, „damit Hitler nicht an die Macht kommt“. Im Namen des „kleineren Übels“ deckte der DGB 1968 die Notstandsgesetze, „weil die SPD die Gesetze ja schon entschärfen konnte“. Im Namen des „kleineren Übels“ abotierten die Gewerkschaftsführer den Lohnkampf, „weil wir durch überhöhte Lohnforderungen nur unsere Regierung gefährden würden“.

Die These vom „kleineren Übel“ ist heute deshalb noch so erfolgreich, weil sie an die tatsächliche Lage der Arbeiterklasse demagogisch anzuknüpfen versteht. Für die Masse der Arbeiter stellt sich ja

noch gar nicht die Alternative: CDU / CSU und SPD - oder auf der anderen Seite eine Arbeiterpartei, eine KPD. Es gibt noch keine kommunistische Partei, die im Kampf der Arbeiterklasse eine Rolle spielen könnte. Was an kommunistischen Gruppen existiert, besteht größtenteils aus Versprechungen auf die Zukunft. Es stellt sich dem Proletariat heute noch nicht die Alternative: bürgerliche Diktatur oder Diktatur des Proletariats. Sondern die Frage ist zunächst nur: welche Form der bürgerlichen Diktatur? Solange das Proletariat das System der Lohn-Sklaverei nicht aufheben kann, kämpft es um einen möglichst günstigen Preis seiner Arbeitskraft. Solange das Proletariat die Diktatur der Kapitalisten nicht stürzen kann, kämpft es um die bürgerlich-demokratischen Rechte.

Viele Genossen - besonders dann, wenn sie nicht aus dem Proletariat kommen - neigen dazu, von der Wirklichkeit abzuheben

knüpften sie die Aufforderung, eine in Göttingen stattfindende Demonstration gegen die versuchte Regierungsübernahme durch CDU / CSU zu „boykottieren“. Die Genossen haben natürlich Recht, wenn sie sagen, daß CDU / CSU und SPD beides bürgerliche Parteien sind, daß gegenwärtig es gerade die SPD ist, die als geschäftsführende Partei der Kapitalistenklasse die schrittweise Faszisierung von Staat und Gesellschaft vorantreibt. Deshalb kann es bestimmt nicht darum gehen, die SPD zu „unterstützen“, sie „anzupreisen“, etwa unter der Parole zu demonstrieren „Unser Land braucht Willy Brandt“ usw.

Aber die Genossen übersehen, daß sich die Alternative CDU / CSU oder SPD für das arbeitende Volk eben doch immer wieder stellt. Angesichts des versuchten Regime-Sturzes durch die CDU / CSU gab es doch nur zwei grundsätzliche Möglichkeiten: entweder gar nichts zu tun und den Dingen schlicht ihren Lauf zu lassen („weil ja doch

Übel jedenfalls, das es zu bekämpfen gilt? Das ist in Wahrheit die Frage, die zur Diskussion steht; und nicht etwa, ob der KB die SPD „anpreisen“, „unterstützen“ und ähnlich empörende Dinge tun will.

Zur Funktion bürgerlicher Parteien

Wir sehen in CDU / CSU und SPD zwei unterschiedliche Alternativen für die Politik der Kapitalistenklasse; Instrumente, mit denen die Kapitalisten zwei Methoden des Regierens zu realisieren vermögen:

„CDU / CSU und SPD buhlen mit unterschiedlichen Konzeptionen zur Innen- und Außenpolitik um die Gunst der Kapitalisten. Dabei vertritt die CDU / CSU die Methode der Täuschung und des politischen Betrugs, während die SPD / CSU die Methode erpresserischer Drohungen und offener Gewalt nach innen und außen stärker zur Anwendung bringen will.“ („Arbeiterkampf“, Nr. 16)

Wir haben weiter gesagt, daß es falsch wäre, so zu tun, als wären beide Konzeptionen vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus gleich schlecht; die besseren Möglichkeiten für die Entwicklung der Arbeiterbewegung sind gegeben, solange noch möglichst viele bürgerlich-demokratische Rechte verteidigt werden können, solange gewerkschaftliche Kämpfe geführt werden können, solange die kommunistischen Organisationen noch relativ unbeschränkt arbeiten können usw.

Den Mißtrauensantrag der CDU / CSU haben wir als einen Versuch der Bourgeoisie verstanden, stärker die Methode von Gewalt und Drohung nach innen und außen zur Geltung zu bringen. Entweder direkt, falls die CDU / CSU genügend Stimmen für ihren Kanzlerkandidaten Barzel erhalten hätte; oder zumindest indirekt, indem der SPD / FDP - Regierung eine ernste Warnung erteilt wurde und sie zu noch intensiverer Zusammenarbeit mit der CDU / CSU gedrängt wurde.

Wir haben demnach in dem Mißtrauensvotum den Vorwand, die Lage des werktätigen Volkes weiter zu verschlechtern und in der Faszisierung von Staat und Gesellschaft eine beschleunigte Gangart einzuschlagen. Die Massendemonstrationen und Streiks aus diesem Anlaß haben wir als bedeutende Verteidigungskämpfe des werktätigen Volkes an, die wichtigsten politischen Kämpfe seit der Anti-Atom-Bewegung Ende der 50er Jahre. Als Hauptmotiv dieser Aktionen haben wir den Protest gegen die CDU / CSU, der unserer Meinung nach durchaus nicht automatisch mit einer Unterstützung der SPD / FDP - Regierungspolitik gleichzusetzen ist.

Im Gegensatz dazu stellten andere Gruppen die Bonner Auseinandersetzungen als ein „Parteiengerangel“ dar, wo es weniger um politische Alternativen für die Bourgeoisie, als vielmehr um bloße Pötkämpfe ging.

So schrieb die „Rote Fahne“ Westberlin: „Worum geht es bei dem Machtkampf im Parlament



Gemeinsam: Kiesinger und Brandt auf dem „Kongress der Ostdeutschen Landesvertretungen“ (29. 4. 67 in Bonn) vor den größtenteils hiesigen Grenz-Hitlerdeutschern.

und zum Höhenflug zu starten. Diesen Genossen sagen wir eine Bruchlandung voraus. Für uns als Kommunisten ist klar, daß die Arbeiterklasse eine selbständige politische Partei braucht, die die Tageskämpfe mit dem Ziel des Sozialismus verbindet. Für die überwiegende Mehrheit der Arbeiter ist das aber durchaus noch nicht so klar. Und jedenfalls gibt es ja eine solche Partei noch nicht. Für den Arbeiter gibt es eine Vielzahl kommunistischer Gruppen, die einander nicht sonderlich grün sind und sich oft gegenseitig beschimpfen, und von denen kaum eine im Betrieb eine Rolle spielt. Es gehört schon viel Mut und Zuversicht dazu, sich als Arbeiter einer dieser Gruppen anzuvertrauen. Und wie viele fortschrittliche Arbeiter sind dabei nicht von den Schaumschlägern der DKP oder der „KPD / ML“ grenzenlos enttäuscht worden! Das ist die Realität, von der wir auszugehen haben, und die den Demagogen der sozialdemokratischen Ideologie vom „kleineren Übel“ das Handwerk immer noch so leicht macht.

Die Genossen vom Göttinger „Kommunistischen Bund“ haben aus Anlaß des CDU / CSU - Mißtrauensantrags die Parole aufgestellt: „CDU oder SPD - keine Alternative für das Volk“. Daran

alles Jacke wie Hose ist, was die in Bonn machen“) oder aber entscheidende Front gegen die CDU / CSU zu machen. Ähnlich wird sich die Alternative stellen, wenn es jetzt im Herbst zu Neuwahlen kommen sollte: am Wahltag zuhause bleiben oder für die SPD stimmen? Eine andere Alternative, z.B. alle bürgerlichen Parteien zum Tausch zu zogen (wo sie eigentlich hingehören) und mit dem Kapitalismus Schluss zu machen, stellt sich im Bewußtsein der Massen und vor dem Hintergrund des gegenwärtigen Standes der Klassenkämpfe einfach noch nicht. Die kommunistische Bewegung ist noch weit davon entfernt, eine solche Alternative (die eine wirkliche Alternative für das Volk wäre!) schon realistisch erscheinen zu lassen.

Hier setzt also die sozialdemokratische Ideologie vom „kleineren Übel“ an. Wie sollen die Kommunisten dieser Ideologie entgegengetreten? Sollen sie sagen, daß CDU / CSU und SPD „gleich schlimm“ sind, daß zwischen ihnen „gar kein Unterschied“ ist, daß die SPD womöglich gar „noch schlimmer“ als die CDU / CSU ist, weil sie „gefährlicher“ ist durch ihre soziale Demagogie? Oder sollen sie sagen, daß die SPD zwar verglichen mit der CDU / CSU in der Tat noch das „kleinere Übel“ ist, aber ein

wirklich? Es handelt sich nicht um den entferntesten um den politischen Kampf zwischen den Interessen der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie, es handelt sich auch nicht um die Auseinandersetzung zwischen einer bürgerlich-demokratischen Reformpartei und einer offen reaktionären Clique. Ja, es geht hier nicht einmal um die Auseinandersetzungen zwischen einer Partei, die vorsichtiger und unentschlüssener bei der Durchsetzung der Monopolinteressen und einer, die sie brutal und schleunigst durchzusetzen gewillt wäre. Nein, hier geht es allein um den Konkurrenzkampf von zwei Parteien des Monopolkapitals, um die Regierungsfürsorge!

Und weiter schrieb die Zeitung, die CDU/CSU sei arg in Schwierigkeiten, weil „gerade die Monopolbourgeoisie ihre Sympathien für die SPD-Regierung kaum noch verbirgt“. Die CDU/CSU sei fast pleite, und deshalb ihr Misstrauensantrag als ein letzter verzweifelter Versuch, doch noch wieder an den Drücker zu kommen (RF, 3. 5.)

Die Bremer „Wahrheit“ erkennt zwar an, daß es der CDU/CSU auch darum gegangen sei, „die nach ihrer Auffassung dem Kapital noch besser dienende Politik durchzusetzen“. In erster Linie stellt die „Wahrheit“ die Bonner Auseinandersetzungen jedoch als „Schoengefächte“ dar, deren Hauptzweck für die CDU/CSU es gewesen sei, „die Ministerposten zu ergattern“. So schreibt die „Wahrheit“ etwa zur Auseinandersetzung um die Ostverträge: „die CDU/CSU bauscht vielmehr taktische Meinungsverschiedenheiten auf. Sie bezieht die Bundesregierung des Vorrats an den Interessen der Nation, um die rückständigen Teile der katholischen Arbeiterschaft, des Kleinbürgertums, der Beamten und Bauern und der Vertriebenen fest an sich zu binden. Der CDU/CSU geht es nicht darum, den Kurs in der Ostpolitik zu ändern. Ihr geht es ausschließlich um die Regierungsgewalt und damit verbunden um die Gehälter, die Bestechungsgelder von der Industrie.“ (Wahrheit, Mai) 72

Von einem derartigen Standpunkt aus mußten die Massenaktionen gegen das Misstrauensvotum der CDU/CSU bestenfalls illusorisch und nutzlos erscheinen, falls sie nicht sogar als „objektiv reaktionär“ abgestempelt wurden.

Vielfach wurden die Massenaktionen einfach als Unterstützungsaktionen für die SPD/FDP-Regierung interpretiert; damit waren sie dann einfach nur noch – ohne ihren konkreten Inhalt näher zu untersuchen – Beweis dafür, wie stark eingeblich noch die Illusionen über diese Regierung in der Arbeiterklasse verbreitet sind. Die „Rote Fahne“ Westberlins z.B. schreibt: „Die Streiks und Demonstrationen für die sozialdemokratische Regierung zeigen: Noch immer knüpfen Teile der Massen Hoffnungen an die SPD-Regierung“ (RF, 3. 5.).

Unter der Hand schleichen sich auch ökonomistische Positionen ein. So meint etwa die „Kommunistische Arbeiterzeitung“ Göttingen, die Arbeiter könnten im Kapitalismus sowieso die Politik des Staates nicht beeinflussen. Deshalb sei die Massenbewegung gegen das Misstrauensvotum auch „nur ein

„Fortschritt“ im bürgerlichen Rahmen, innerhalb der bürgerlichen Politik und ihrer Parteien“. Und weiter: „Die Stärke und die Höhe des Klassenbewußtseins des Proletariats äußert sich gegenwärtig vor allem im Kampf um seine unmittelbaren Interessen, den Lohnkämpfen“ (KAZ, 25. 5.). Ähnelt das nicht doch etwas den gutgemeinten Ratschlägen der alten russischen Ökonomen, die Arbeiter dürften den politischen Kampf nicht führen?

Es scheint, daß vielen Genossen noch nicht einmal die Funktion der bürgerlichen Parteien klar ist. Denn wie könnten sie sonst auf den sonderbaren Einfall kommen, das Großkapital würde die CDU/CSU, mit der es „immerhin 20 Jahre lang regiert hat, einfach vor legem Füllernapf verhungern lassen? Die Konsequenz wäre, daß sich die Bourgeoisie langfristig jeder Möglichkeit beraubt, eine zur SPD alternative Politik durchzu-

leben SPD/FDP-Regierung macht, „CDU/CSU kontra Monopole“?

Diese Genossen stellen die bürgerlichen Parteien in erster Linie als Versorgungsbeiräte dar, die den Inhabern eines Parteibüchleins eine gute Karriere im Beruf und mit einem Glück sogar gut bezahlte Posten im Staatsapparat einbringen sollen. Die Handlungen der Parteien werden von den Genossen demnach fast ausschließlich unter dem Aspekt des „Kampfes um die Regierungsfürsorge“ interpretiert.

Natürlich sind die bürgerlichen Parteien auch Versorgungsbeiräte. Aber um die Kapitalisten stünde es bereits sehr schlecht, wenn sich die bürgerlichen Parteien darauf beschränken würden, einander die Posten abzugeben, oder wenn dies das Hauptmotiv ihres Handelns wäre.

Tatsächlich sind die bürgerlichen Parteien auch in erster Linie

In unserer Broschüre gegen die Super-„Linken“ haben wir uns vor mehr als einem Jahr mit den Leuten vom „Roten Morgen“ auseinandergesetzt, die geschrieben hatten: „...Dabei ist es völlig egal, welche Fraktion des Monopolkapitals, ob die SPD/FDP oder CDU/CSU gerade an der Macht sind... Für uns, die Werktätigen, kommt es auf das gleiche heraus, welcher Fuß des Monopolkapitals, ob der linke oder der rechte uns in den Hintern tritt“ (RM, Januar 71).

Lenin hat auf diese durchaus nicht neue Behauptung schon 1920 geantwortet:

„Die Differenzen zwischen den verschiedenen bürgerlichen Parteien und Politikern und vom Standpunkt des kleinen, d.h. abstrakten, d.h. zur praktischen politischen Massenaktion noch nicht herangereiften Kommunismus ganz belanglos und geringfügig. Aber vom Standpunkt dieser praktischen Aktionen der Massen aus gesehen sind diese Unterschiede äußerst, äußerst wichtig.“ (Lenin, „Linker Radikalismus“)

Wir halten es für falsch, die Unterschiedlichkeiten zwischen CDU/CSU und SPD und der mit ihnen verbundenen Konzeptionen bürgerlicher Politik zu bagatelisieren und alles in den bereit gestellten großen Topf zu werfen.

Wir halten es außerdem für falsch, eine zentrale politische Auseinandersetzung um Tempo und Vorgehensweise der Bourgeoisie bei der Faschisierung einfach darauf zu reduzieren, daß jetzt die CDU/CSU auch mal an die Futterkrippe will.

Aufgabe der Kommunisten kann es nicht sein, komplizierte Sachverhalte und Widersprüche um jeden Preis auf einfache Formeln zu bringen (SPD = CDU = alles Scherbe). Manche Genossen indessen halten ein solches Vorgehen gar schon für „Kampf gegen die sozialdemokratische Ideologie“. In Wirklichkeit verdämmen sie sich so nur zur Passivität gegenüber spontanen politischen Bewegungen der Arbeiterklasse.

ZUR ROLLE DER SPD

Die SPD ist eine bürgerliche Arbeiterpartei. Eine Partei aber, die auf der einen Seite eng mit der Arbeiterbewegung verbunden ist, die Gewerkschaften beherrscht und über diese die Lohnkämpfe kontrolliert, die von der überwiegenden Mehrheit der Arbeiterklasse im Parlament gewählt wird. Eine Partei auf der anderen Seite, die die Geschäfte der Kapitalisten besorgt, ob sie nun gerade die Regierungspartei ist oder Opposition.

Wie Lenin feststellte, „ist die bürgerliche Arbeiterpartei normalerweise und typisch für alle imperialistischen Länder... Tatsache ist, daß bürgerliche Arbeiterpartei als politische Erscheinung schon in allen fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern entstanden sind, daß ohne entscheidenden, schockierenden Kampf auf der ganzen Linie gegen diese Parteien... weder von einem Kampf gegen den Imperialismus, noch von Marxismus, noch von einer sozialistischen Arbeiterbewegung die Rede sein kann... Wir haben nicht den geringsten Grund zur Annahme, daß diese Parteien vor der sozialen Re-

volution verschwinden könnten“ (Lenin, Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus, Okt. 1916).

Wir Kommunisten können indessen nicht dabei stehen bleiben, nur immer wieder auf die Tatsache zu verweisen, daß die SPD genauso wie die CDU/CSU eine Partei des Großkapitals ist. Wir haben vielmehr noch zu fragen, wie es kommt, daß es immer noch – aller historischen Erfahrung, allen Enttäuschungen zum Trotz – solche Massenparteien wie die SPD gibt!

Lenin erklärte die Existenz bürgerlicher Arbeiterparteien damit, daß die Kapitalisten einen kleinen Teil der Arbeiterklasse aufkaufen, ihn mit Fötschen und fetten Gehältern bestechen usw.

Das reicht aber nicht aus, um zu erklären, warum eine solche Partei langfristig einen Massenfluß behaupten kann.

Eine These, die u.a. vor einigen Jahren vom sich als „anterevisionistisch“ verstehenden „Kommunistischen Arbeitskreis Dänemarks“ (KAK) vertreten wurde, behauptet, daß die Arbeiterklasse der Industrieländer insgesamt „parasitär“ sei und indirekt an der Ausbeutung der „Dritten Welt“ beteiligt sei.

KAK behauptete damals u.a. „Die Arbeiterklasse insgesamt in unserem Teil der Welt muß heute als Arbeiteraristokratie angesehen werden“. Und weiter: „Die ökonomische Entwicklung in unserem Teil der Welt hat eine Arbeiterklasse entstehen lassen, die außerstande ist, aus eigener Kraft die Kapitalistenklasse zu stürzen“.

Die Argumentation des KAK lief darauf hinaus, daß unter den gegenwärtigen Bedingungen das Proletariat der Industrieländer kein sozialistisches Bewußtsein entwickeln könne, daß aber durch die Befreiung der „Dritten Welt“ das imperialistische System eine Reihe von Krisen durchlaufen wird, die zur Verelendung des Proletariats in den Industrieländern führen und eine revolutionäre Lage entstehen lassen.

Mit anderen Worten: Die Existenz der bürgerlichen Arbeiterpartei wird zweifelhafterweise erklärt mit einer angeblichen „Verbürgerlichung“ der Arbeiterklasse. Diese These hat auch in der Diskussion der „Neuen Linken“ vor einigen Jahren eine sehr schlechte Rolle gespielt. Denn diese These führt entweder in die politische Passivität („weil ja doch alles seinen Zweck hat“), oder aber ins ausgeklügelte Abenteuer einer pseudo-„Stadtguerilla“.

Gegen die Theorie des KAK und ähnlicher Ideologien der kleinbürgerlichen Verzagtheit ist einzuwenden, daß sie z.B. die ungleichernde Entwicklung innerhalb des imperialistischen Lagers übersehen, die den Süden Europas (Spanische Halbinsel, Süditalien, Griechenland, Jugoslawien, Türkei) dem Status von Halbkolonien naht. So daß es also schlichtweg schwachmütig wäre, die Arbeiter und Landproletariat Süditaliens, Griechenlands usw. als „Arbeiteraristokratie“ einzustufen. Die Theorie läßt weiterhin außer acht die sich verschärfende Krise des imperialistischen Systems, den Konkurrenzkampf, die Zuspitzung der Widersprüche zwi-

Forts. nächste Seite



Gemeinsam: Strauß und Wehner auf dem revanchistischen „Deutschlandtreffen“ der schleichenden Landmannschaften (26. 6. 67 in München)

setzen. Und wie könnten die Genossen sonst auf den Gedanken kommen, die immerhin noch durch tausend Fäden mit dem Großkapital verbundene CDU/CSU würde Politik auf eigene Faust machen, auf eigene Rechnung die Regierung stürzen wollen? Eine Regierung, von der die Genossen sagen, daß „gerade die Monopolbourgeoisie ihre Sympathien für die SPD-Regierung kaum noch verbirgt“! Das würde doch bedeuten, daß sich die CDU/CSU von der Bourgeoisie weitgehend gelöst hat, von dieser nicht mehr finanziert wird und aus Verzweiflung über die leeren Kassen Politik gegen die von der Monopolbourgeoisie angeblich so heiß ge-

hobte SPD/FDP-Regierung macht, „CDU/CSU kontra Monopole“? Diese Genossen stellen die bürgerlichen Parteien in erster Linie als Versorgungsbeiräte dar, die den Inhabern eines Parteibüchleins eine gute Karriere im Beruf und mit einem Glück sogar gut bezahlte Posten im Staatsapparat einbringen sollen. Die Handlungen der Parteien werden von den Genossen demnach fast ausschließlich unter dem Aspekt des „Kampfes um die Regierungsfürsorge“ interpretiert.

Natürlich sind die bürgerlichen Parteien auch Versorgungsbeiräte. Aber um die Kapitalisten stünde es bereits sehr schlecht, wenn sich die bürgerlichen Parteien darauf beschränken würden, einander die Posten abzugeben, oder wenn dies das Hauptmotiv ihres Handelns wäre.

Forts. von Seite 11

SPD - das kleinere Übel

schen den imperialistischen Mächten - schon lange vor einer endgültigen Befreiung der Länder der „Dritten Welt“.

Richtig an der Theorie scheint aber der Ansatz, die Situation der Arbeiterbewegung in den Industrieländern im Zusammenhang mit der Lage der Arbeiterklasse zu sehen.

Was die Bundesrepublik angeht, so meinen wir, daß sich die Arbeiterklasse in einer Lage befindet, wo sich ihr keine sichtbare Alternative bietet, die mehr versprechen würde als das Arrangement mit dem Kapitalismus.

Für eine gesellschaftliche Alternative, für den Sozialismus zu kämpfen, erscheint nicht angebracht, weil die Arbeiter in der Vergangenheit nur die Erfahrungen von Niederlagen gemacht haben und weil der Sozialismus in seinem für die Bundesrepublik scheinbar relevanten Modell (DDR) durchaus nicht die „Attraktivität“ ausübt, die ihm die DKP so gern zuspricht. Zum einen, weil der Blick auf die Realitäten der DDR getrübt ist durch die bürgerliche Hetze (so wird z. B. dem Schulsystem der DDR, der Krankenversorgung u. ä. weit weniger Aufmerksamkeit gegeben als dem vergleichsweise niedrigen Lohnniveau), zum anderen wegen der Kompromittierung des Sozialismus durch die revisionistische Entwicklung.

Das erzwungene Arrangement mit dem Kapitalismus fördert die Mentalität, den erreichten „sozialen Kompromiß“ nicht aufs Spiel zu setzen, und zumindest individuell und äußerlich „kein Prolet“ zu sein.

Dabei ist durchaus im Bewußtsein vorhanden, daß es bessere, gereichere, lebenswertere Gesellschaftsformen als ausgerechnet den Kapitalismus geben könnte. Was fehlt, ist das Vertrauen des Proletariats in die Kraft der eigenen Klasse, welche „ideale“ auch verwirklichen zu können.

Solange dieses Vertrauen in die eigene Kraft fehlt, wird die SPD den Massen immer noch als das „kleinere Übel“ erscheinen, denn dann stellt sich als Alternative zur SPD nicht der Sozialismus, sondern bloß die CDU/CSU. Da ist es naiv, wenn etwa eine „KPD/ML“ während der Metalltarifrunde des letzten Jahres den Arbeitern ermutigend zurief: „Verlassen wir uns um Kampf auf unsere eigene Kraft - stärken wir die KPD/ML!“ - Als ob das eine Sache von Parolen wäre!

Ein solches Vertrauen in die eigene Kraft kann sich herstellen, wenn im Klassenkampf die Erfahrungen der Solidartät und der Erfolge gemacht werden, und wenn sich die Kommunisten als organisierende Kraft erweisen.

SPD - „Gefährlichkeit“ und „Effektivität“

Die Genossen von der Bremer „Wahrheit“ haben geschrieben:

„...Wer also heute, wo sich die Widersprüche des Kapitalismus in unserem Land noch nicht derart verackert haben, daß sich das Kapital nur durch eine faschistische Machübernahme an der Macht halten könnte, wer unter solchen Bedingungen die unmittelbare Gefahr des Faschismus beschwört

oder sagt, die faschistische Machübernahme werde direkt vorbereitet, der lenkt die Arbeiterklasse von dem für sie in der augenblicklichen Phase der Klassenkämpfe viel gefährlicheren Agenten des Kapitals, von der Sozialdemokratie ab. (Wahrheit, Mai 72)

Die Bremer Genossen machen es sich etwas zu leicht. Wärend sie sich doch noch im vorigen Herbst anläßlich der Bürgerschaftswahl mit einem Offenen Brief u. a. auch an die SPD mit der Aufforderung, „gegen den Besuch des Arbeiterförderers Franz-Josef Strauß als CDU Wahlkampf eine breite Aktionseinheit herzustellen“ kann man das etwa so interpretieren, als hätten die Bremer Genossen dem „viel gefährlicheren Agenten des Kapitals“ eine Aktionseinheit gegen den etwas weniger gefährlichen angeboten? Hier wäre also zu klären, worin die spezielle Gefährlichkeit der SPD liegt und worin andererseits die spezielle Gefährlichkeit der CDU (CSU) und namentlich der Strauß-Gruppe besteht. Denn offenbar ist von zwei verschiedenen Arten von Gefährlichkeit die Rede. Einmal im Sinne von „raffiniert“, das andere mal im Sinne von „brutal“, „terroristisch“, „aggressiv“ etc.

Überhaupt ist es so eine Sache mit dem, was die Bremer Genossen noch vor einem dreiviertel Jahr vertreten haben. Hielt es doch in dem genannten Offenen Brief (der sich auf einen Auftritt von Strauß in Bremen am 14. September 71) bezog!

„Strauß ist kein Zufall, kein einzelner Spinner, den man nicht zu beachten brauchte. In seinen Reden, seinen politischen Konzeptionen findet die verzweifelte Strategie der westdeutschen Kapitalisten ihren klarsten Ausdruck. Die Ziele, die Strauß und mit ihm die CDU/CSU vertreten, sind die aggressiven Ziele des westdeutschen Monopolkapitals. Unter dem demagogisch getragenen Reformmantel verbirgt sich die Drohung mit der faschistischen Diktatur über die Arbeiterklasse und alle anderen Werktätigen.“

Wir dürfen den politischen Strategien des Monopolkapitals und ihrer Demagogie keinen Fußbreit Boden überlassen! Der sich abzeichnenden Gefahr der faschistischen Formierung muß sofort entgegengetreten werden...“

Damals waren die Bremer Genossen der Meinung, „die zusammenfassende Parole unseres Kampfes gegen den Abbau demokratischer Rechte“ müsse lauten: „GEGEN KAPITALISMUS UND FASCHISMUS DIE EINHEITLICHE FRONT ALLER WERKTÄTIGEN“ (So in der „Kommunistischen Arbeiterkorrespondenz“ Nr. 9, Vorläuferin der „Wahrheit“).

Die Bremer Genossen haben ihre Meinung geändert. Nun gilt ihre Pflicht wäre es gewesen, in ihrer Presse deutlich zu machen, wer oder was sie dazu bewegen hat. Das haben die Genossen nicht getan. Stattdessen schlagen sie jetzt mit dem „großen Knüttel“ auf diejenigen ein, die im Grunde nur das meinen, was auch die Bremer Genossen vor einem dreiviertel Jahr noch für richtig hielten. So kann

man die Auseinandersetzung, von der die Genossen aus Bremen so gern sprechen, bestimmt nicht voranbringen!

Scheinbar scheßen die Bremer Genossen ins Leere. Denn wer hätte davon gesprochen, eine faschistische Machübernahme werde „direkt vorbereitet“? Das sagt weder die DKP noch die „KPD/ML“, das sagt weder der Kommunistische Bund noch die ABG München. Hier wird von den Bremer Genossen offenbar die Frage bewußt überspielt, um die gemeinte Position leichter erledigen zu können.

Was die Einschätzung der faschistischen Gefahr angeht, so ist bekanntlich unterschiedliche Standpunkte. Allgemein dürfte anerkannt werden, daß es einen Abbau demokratischer Rechte gibt, eine Verstärkung des Totalitarismus, eine intensivere Bemühung um eine reaktionäre Verhetzung der Massen, Abbau verfassungsmäßiger Grundsätze, z. B. im Bereich fortgeschrittener Lehrer (Berufsverbot) usw. Wir nennen das Faschisierung von Staat und Gesellschaft. Selbst wenn das zu schwarz gesehen sein sollte, bedeutet das noch lange nicht eine Ablenkung von der Verantwortung der SPD für die aktuelle Führung dieser Politik. Im Gegenteil!

Wir sehen die Gefahr, daß einige Genossen aus Angst, nur ja nicht „von der SPD abzulenken“, in den entgegengesetzten Fehler verfallen, daß sie die von der KPD vor 1933 gemachte Fehler wiederholen. Kritisierte doch damals selbst Ernst Thälmann Kommunisten, die „vor den nationalsozialistischen Bäumen (!) den sozialdemokratischen Wald (!) nicht sehen wollen“ (In Die Internationale Nov. 1931). Thälmann meinte damit jene Kommunisten, die vor den zunehmenden Erfolgen der NSDAP warnen. Die allgemeine Linie in der KPD war damals, den Faschismus in Deutschland als sogenannten „Sozialfaschismus“, d. h. mit der SPD als Hauptpartei, zu erwarten. Diese These wurde gerade mit der besonderen „Gefährlichkeit“ der SPD begründet.

Die Gefährlichkeit der SPD besteht darin, daß sie den größten Einfluss in der Arbeiterklasse hat, und also besonders geeignet ist, die Arbeiterklasse vor den Gefahren der Kapitalisten zu spannen.

In diesem Sinn - und nur in diesem - halten wir die SPD gegen die „Gefährlichkeit“ der „Agenden des Kapitals“ in der Opposition sogar noch „gefährlicher“ als in der Regierung. Diese „Gefährlichkeit“ beruht darauf, daß sie bürgerliche Partei im Gewand der Arbeiterpartei ist. Die SPD „entlarvt“ sich auch nicht einfach dadurch, daß sie Regierungspolitik gegen die Arbeiterklasse macht. Diese arbeiterfeindliche Politik bringt zwar Unzufriedenheit mit einzelnen Exponenten dieser Politik mit sich (z. B. Schüler), während andere Exponenten noch eine gewisse „Popularität“ behaupten (z. B. Brandt); auf einer höheren Stufe der Klassenkämpfe und des Bewußtseins von diesen kann die SPD-Politik insgesamt als „verräterisch“ erkannt werden. Aber es kommt immer noch nur vereinzelt zum völligen Bruch mit der SPD, solange diese mangels realer Alternative als das „kleinere Übel“ zu erscheinen vermag. Hier ist es mit der SPD ähnlich wie mit den Gewerkschaften, zu denen die Arbeiterklasse nach jeder Verrats-

handlung doch wieder zurückkehrt. Schließlich bedeutet aber auch der Bruch mit der SPD noch nicht den Bruch mit der sozialdemokratischen Ideologie, die wesentlich tiefer eingewurzelt ist.

Manche Kritiker unserer Politik gehen von einem falschen Verständnis des antifaschistischen Kampfes aus. Für sie ist antifaschistischer Kampf gleichbedeutend mit Verzicht oder jedenfalls Abschwächung des Kampfes gegen die SPD.

Nun ist in der Tat die KPD nach 1933 diesen Weg gegangen, hat der SPD (ubrigens ohne Erfolg) schmachende Blöße zugeworfen, hat auf eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit dem Sozialdemokratismus verzichtet, hat sich in ihrer Programmatik der SPD sehr weitgehend angenähert, hat vor allem darauf verzichtet, die Betrugsmanöver der SPD-Führung zu entlarven. Das war eine genaue Umkehrung der vor 1933 mit der „Sozialfaschismus“-Theorie gemachten Fehler.

Ein solcher antifaschistischer Kampf reproduziert im besten Falle die vorfaschistischen Zustände.

Unser Verständnis von antifaschistischem Kampf ist ein anderes. Er erfordert er doch nicht eine Abschwächung, sondern eine Stärkung des Kampfes gegen die SPD als bürgerliche Partei und gegen die sozialdemokratische Ideologie. So verstehen wir Lenin's Uten über die „Kadetten“ (eine bürgerlich liberale Partei im zaristischen Rußland).

„Wenn man die Reaktion wirklich schlagen will, dann muß man die Massen vom ideologischen Einfluß der Kadetten befreien, die sie belügen und ihnen völlig falsche Vorstellungen von den Aufgaben und dem Wesen des Kampfes gegen die Reaktion vermitteln“ (Lenin, 1906, Werke Bd. II, S. 389).

oder: *gegen Faschismus!*

Einige Genossen kommen da mit ihrem Paradeschub „Hauptstoß gegen die SPD“ an. Dazu noch später. Es sei hier nur soviel gesagt, daß zu unterscheiden ist zwischen dem politisch militärischen Kampf (mit Stoßrichtung Bourgeoisie) und dem ideologischen Kampf (mit Stoßrichtung Sozialdemokratismus).

Die Politik der leninischen Partei läßt sich an einem historischen Beispiel verdeutlichen. Bekanntlich ging aus der russischen Februar-Revolution 1917 nur eine bürgerliche Regierung hervor. Im Sommer 1917 wurde die Partei der Bolschewiki in die Illegalität getrieben, die Partei-Zeitung „Pravda“ wurde verboten, Funktionäre der Bolschewiki verhaftet, Lenin mußte Rußland vorübergehend verlassen etc. In dieser Stunde unternahmen konterrevolutionäre Truppen unter dem Kommando General „Kornilow“ den Versuch, durch einen Putsch die bürgerliche Regierung zu stürzen und den Zarismus wieder an die Macht zu verheilen. In dieser Situation rief das Zentralkomitee der bolschewistischen Partei die Arbeiter und Soldaten zur aktiven bewaffneten Abwehr der Konterrevolution auf. Damit verteidigte sie zwangsläufig die bürgerliche Kerenski-Regierung, da die Frage des Aufstandes gegen diese bürgerliche Regierung sich noch nicht unmittelbar stellte - dieser Aufstand begann erst am 24. Oktober.

Allerdings: „Die Bolschewiki, die die Massen zur Niederwerfung des Kornilowputsches mobilisierten, stellten aber auch den Kampf gegen die Regierung Kerenski“ nicht an. Die Bolschewiki entlarvten vor den Massen die Regierung Kerenski, die Menschewiki und Sozialrevolutionäre, die mit ihrer gesamten Politik objektiv der konterrevolutionären Verschwörung Kornilows Hilfe leisteten.“ Die Folge dieser Politik der Bolschewiki war: „Der Kampf gegen die Kornilowaktion föhnte den dahinschwindenden Sowjets der Arbeiter und Soldatendeputierten neues Leben ein, befreite sie aus dem Bann der Faktionierpolitik, führte sie auf die breite Straße des revolutionären Kampfes und bewirkte ihre Schwankung zur bolschewistischen Partei. Der Einfluss der Bolschewiki in den Sowjets stieg wie nie zuvor.“ (Geschichte der KPdSU, S. 242 und 243).

Die Auseinandersetzung zwischen der zaristischen Reaktion und der Kerenski-Regierung ging im Kern nur um die Frage der geeigneteren Methode, Proletariat und Bauernschaft zu unterdrücken und den Krieg fortzusetzen. Trotzdem hätte die Partei der Bolschewiki einen Fehler gemacht, wenn sie den Arbeitern geraten hätte, sich in diese Auseinandersetzung nicht einzuschalten, etwa unter der Parole, „daß die Alternative nicht Kerenski oder Kornilow, sondern die sozialistische Revolution ist.“ Diesen Fehler machen aber seinem Wesen nach diejenigen Gruppen, die heute dem Kampf der Arbeiter gegen die CDU/CSU verständnislos gegenüberstehen.

Es geht um zwei Arten des Kampfes gegen den Sozialdemokratismus. Im einen Fall bleibt man dabei stehen, für die Arbeiterklasse abstrakt bleibende Parolen mechanisch zu wiederholen. Im anderen Fall nimmt man die anti-reaktionären Impulse der spontanen Kämpfe des Proletariats auf, schaltet sich in diese ein, treibt sie voran. Es ist in der Logik der Dinge, daß diejenigen Gruppen, die solchen politischen Kämpfen der Arbeiter wie dem gegen das Mißtrauensvotum mit Skepsis gegenüberstehen, in eine Überschätzung der ökonomischen Kämpfe verfallen und sich übermäßig auf diese konzentrieren.

(wird fortgesetzt)

KONTAKTADRESSEN DES KB	
BREMENHAFEN, Arbeiterbuch, Postfach 285, Bremerhaven, Bürger 198, Tel. 9.30 - 18.30 Uhr, Tel. 41.24.54	
EUTIN, M. Lankau, 242 Eutin-Großmündorf	
ELENSBURG, M. Göhr, 236 Flensburg, Postfach 458	
FRANKFURT, D. Müller, 6232 Bad Norder Postfach 1371, Tel. 0611/56.80.72, Di. 17.30 - 18 Uhr, Fr. 17 - 20 Uhr	
HAMBURG, Arbeiterbuch, Postfach 13, Grindelhof 45, Tel. 46.38.01, Mi. 9 - 18.30 Uhr	
OLDENBURG, D. Seidel, 291 Oldenburg, Ziegenhofstr. 37, Tel. 1.08.68, Mi. 17 - 18 Uhr	

Bericht des KB/ML - Lübeck:

25.000 DM an die CSU

Das Drägerwerk in Lübeck stellt Gasflaschenventile, Entlüftungssysteme, medizinische Apparate und Tauchschrumpfen für wirtschaftliche und militärische Zwecke her. Bereits 1911 gehörte das Dräger-Werk zu den Hauslieferanten der kaiserlichen Kriegsmarine. Der 1. Weltkrieg brachte den Dräger-Kapitalisten riesige Profite, während er für 100 Tausende Arbeiter ein sinnloses Sterben bedeutete. Der Dräger-Jahresumsatz schnellte damals auf mehrere Millionen Goldmark hoch.

Die Dräger-Kapitalisten rüsteten nicht nur deutsche Militärs für Kriegseinsätze aus. Der US-Marinelieferant lieferte die taktische Kampfschwimmerausrüstung für den verbrüderlichen Krieg gegen das koreanische Volk 1950. Heute unterhält das Lübecker Unternehmen Kontakte zu den Kriegsmilitärs von insgesamt 15 Ländern. „Für sie gewinnt der Meeresboden als Depotplatz für Waffensysteme und Kriegsmaterial strategische Bedeutung.“ (Spiegel 1969, Nr. 38, S. 85)

Der Jahresumsatz betrug 1970 132,1 Millionen DM, die Kapazität soll im Lauf der Zeit verdreifacht werden.



Trotz dieser guten Geschäftslage haben die Drägerkapitalisten im Ausland scharfe Konkurrenten. In England, den USA, Frankreich und Italien wird die Konkurrenz mit erheblichen Summen aus Militärhaushalten gefördert. Das Drägerwerk treibt die Tauchforschung auf eigene Kosten.

Diesen Kostenvorsprung der ausländischen Konkurrenz müssen die Drägerkapitalisten einholen, wollen sie konkurrenzfähig bleiben. Und sie holen ihn ein: Auf dem Rücken „ihrer“ Arbeiter. Eine neue Offensive auf die wirtschaftliche Lage und Gesundheit der Arbeiter läuft bei Dräger schon seit einiger Zeit.

Nach dem ohnehin schon miesen Abschluß von 7,5 % (auf 15 Monate) in der letzten Metalltarifrunde, an dem der Personalchef des Drägerwerkes, Dr. Müller, mitwirkte, werden jetzt die Löhne der Drägerarbeiter innerbetrieblich gesenkt. Der „Metallarbeiter“, Branchenzeitung des KB/ML Lübeck, schreibt dazu: „Im Teillager wurde ein gewisser Rieck von W. Wegner (Betriebsleiter) beauftragt, die Zeiten für einen Gang zur Toilette zu notieren. Dauerte es z. B. 10 Minuten, dann bekam Wegner den Zettel mit Namen. Im Maschinenraum Montage

VIII bekam ein Kollege weniger Lohn, obwohl er die Akkorde mit 125 % abgab, weil er sich 2 Minuten vor Feierabend die Hände wusch. Sein Werkstattleiter Pohlmann setzte sich dafür ein, daß er statt 6,18 Brutto immer weniger bekam, zuerst 6,14 und dann jeden Monat immer 4 Pfennig weniger. (MA Nr. 5 April 72)

Eine hinterhältig ausgeklügelte Betriebshierarchie dient dazu, die Lohnsenkung möglichst umfassend durchzusetzen: Die Meister sind am Umsetzen des Betriebes beteiligt. Durch diese Bestechung werden die Meister auf die Seite der Kapitalisten gezogen, auf der sie ganz automatisch das „natürliche“ Interesse entwickeln, aus den Kollegen möglichst viel Profit herauszuschinden. Denn für die Meister bei Dräger gilt: Je höher der Profit – desto höher die Bestechungssprünge! Solche Meister eignen sich vorzüglich zur Antreiberei und Bespitzelung.

Seit Anfang des Jahres wird die Belegschaft außerdem durch geschickt ausgestreute Gerüchte und durch Kündigungen größerer Gruppen von Arbeitern in Angst um ihre Arbeitsplätze gehalten: Am 1. März dieses Jahres wurden 80 Kollegen vor die Tür gesetzt, die Entlassung von 30 weiteren Kollegen aus der Dreherei ist beschlossen. Eine Sache. Ein Gericht ist in Umlauf, daß das Jahresende noch mit 400 (!) weiteren Kündigungen zu rechnen ist!

Für die besonders reaktionäre Haltung der Drägerkapitalisten spricht auch die folgende Tatsache: Im Jahr 68 spendeten sie dem

Bayernkurier 25 000 DM! Der Bayernkurier ist offizielles CSU-Parteorgan. Herausgeber Franz-J. Strauß, der offen erklärt hat, der DGB sei sein Hauptfeind!

Damit aber nicht genug: Bei dieser Transaktion arduen sich die Drägerkapitalisten Steuergelder durch einen sogar nach dem bayerischen Steuerrecht kriminellen Trick. Die gespendeten 25 000 DM tauchten in der Dräger-Bilanz als „Werbekosten“ für Inserate im Bayernkurier auf, die Inserate aber nie im Bayernkurier! „Werbekosten“ sind steuerlich absetzbar, Zuwendungen an politische Parteien allerdings – und darum handelt es sich hier eindeutig! – sind es nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts nicht!

Mehrere Leserbriefe, die Arbeiter an den „Metallarbeiter“ geschrieben haben und in denen sie von den Mächtigkeiten der Kapitalisten und ihren Handlangern berichten, zeigen, daß große Unruhe unter den Arbeitern über ihre zukünftige Lage herrscht. Ein Kollege schreibt sehr deutlich: „Es geht in Wirklichkeit darum, unbequeme Kollegen abzuschreiben, weil sie Kritik üben oder die Akkorde nicht schaffen, weil sie Reklame sind. Die extra-dicken Profite müssen noch schneller eingesaugen werden, damit die Dräger Aktionäre sich noch besser an unmarer Arbeit bereichern können!“ (MA Nr. 2, Februar 72)

Im Oktober letzten Jahres, während der Metalltarifrunde, legten die Schlosser bei Dräger spontan ihre Arbeit nieder, als die Kapital-

isten das lächerliche 4,5 % Angebot machten. Dr. Müller hatte zuvor in einer VLK Sitzung schonheilig versprochen, sich bei Gesamtwahl für die Kollegen einzusetzen. Jetzt sahen die Kollegen, daß das nichts weiter als ein Märchen war, um sie vom Kampf abzuhalten! Der Warnstreik der Kollegen war die richtige Antwort darauf!

Auch bei Dräger werden die Kapitalisten, ihre Manager und Handlanger, den Arbeitern nicht mehr lange ein X für ein U vormachen können!

Zweite Folge des Chills - Artikel erscheint im AK 21!

Aus Platzgründen war es uns leider nicht möglich, die 2. Folge des Chills - Artikels in dieser Ausgabe abzuveröffentlichen. Denn der Umfang des AK soll vorerst 20 Seiten nicht übersteigen. Dies ist für uns auch ein finanzielles Problem. Schon bei 16 Seiten liegt der Herstellungsspreis des AK über dem Verkaufspreis.

Wir sind nicht wie die bürgerliche Presse an der Lage, unsere Zeitung über fette Anzeigen aus der Großindustrie zu finanzieren. Vielmehr sind wir nach wie vor auf Spenden von Genossen, Sympathisanten und Kollegen angewiesen. Wir freuen uns über jede Mark!

UNSERE SPENDEN-KONTEN

Postcheckkonto Hamburg
240 595 J. Reents

Dresdner Bank
Kto. Nr. 451 8378 J. Reents

Vielen Dank
ARBEITERKAMPF - REDAKTION

NORDMENDE

Arbeit ohne Stress?

Den folgenden Artikel entnehmen wir – leicht gekürzt – dem „METALLARBEITER“, einer Branchenzeitung des KB/Gruppe Bremerhaven für die Kollegen der Metallindustrie.

Eigentlich ist bei uns im Betrieb alles in Ordnung. Die Arbeit ist leicht, die Bezahlung gut. Die Firma sorgt für uns – Diese Meinung versucht der „Verband der Metallindustriellen“ uns mit seinem Blättchen „METALL-INTERN“ einzutrichtern.

„Harmonie trotz Fließband“ – unter dieser Überschrift wurden eine halbe Seite lang die angeblichen „Vorzüge“ der Arbeit bei Nordmende geschildert. Da heißt es u. a.

„Gedämpfte Radiomusik, ausgesprochen gepflegt zurechtgemachte Frauen in farbenfroher Privatkleidung an heißen Arbeitsplatz, Milch- und Colaflaschen in greifbarer Nähe, das ist der erste Eindruck bei einem Besuch im größten Bremerhavener Frauenbetrieb der Metallindustrie, dem seit drei Jahren bestehenden Zweigwerk der Norddeutschen Mende Rundfunk KG.“

Auffallend ist, daß die Frauen rund 60 Prozent Verheiratete mit Kindern, darunter 40 Töchter, Italienerinnen und Jugoslawinnen) mit gelbem Ausdruck ohne Streifenmerkmale ihre vieldeutige monotone, weil ständig gleichen Handgriffe verrichten.“

So also die Kapitalisten-Zeitung „METALL-INTERN“. Es empfiehlt sich, diesen Textauszug direkt zweimal zu lesen. Fast wie in einem Sanatorium, könnte man meinen. Nicht wahr?

Doch hier die Wirklichkeit

Um halb acht dröhnt die Hupe: Arbeitsbeginn. Und das heißt Löt-, Stecken, Prüfen... 500 mal, 1000 mal, oft 2000 mal oder mehr der gleiche Handgriff pro Tag. „Vielleicht monotone?“ fragt die

Kapitalisten-Postille zynisch. Keine Kollegin interessiert es dabei, daß sie „übrigens nicht im Akkorde – sondern im fixen Zeitlohn mit festgelegtem Produktionsergebnis“ (Metall-Intern) arbeitet. Denn: „Stückzahl“, „Stückzahl“ heißt es nach wie vor, und wer die Stückzahl nicht schafft, der wird im Lohn herabgestuft oder

Immer wieder den grünen Draht an den roten Isten, immer wieder den gelben Widerstand in das obere Loch stecken und den braunen in das Loch daneben. Und das einige tausend Mal pro Tag. Man möchte mal raus, mal abschalten. Nur fünf Minuten lang. Doch das geht nicht, das Band läuft weiter, die Stückzahl sitzt einem im Nacken.

Kollegin X muß mal zum Klo. Doch das geht nicht, weil keine Springerin da ist (die muß schon einige Tage lang eine kranke Kollegin vertreten). Wer zur Toilette will, kann das ja schließlich in der 7-Minuten-Pause tun, meint der Meister, und es interessiert ihn nicht, daß die sie eigentlich zum Entspannen gedacht ist. Kollegin X wartet also bis zur Pause, denn sie hat Angst, daß sie Schwierigkeiten kriegt, wenn sie einfach aufsteht. (Schließlich gibt es ja immer noch genügend Frauen, die bei Nordmende anfangen wollen. Arbeitslosigkeit im Fischereihafen, Entlassungen bei anderen Firmen usw. weiß Mende mit seiner „Personalpolitik“ gut auszunutzen. Ständig werden Kolleginnen entlassen, ständig werden neue eingestellt.)

Kollegin X arbeitet also weiter, macht ihre monotone Handgriffe, die sie allmählich ermüden. Doch als sie kurz vorm Einicken ist, ertönt sie schreie Musik aus ihren Trüben – nicht ganz so „gedämpft“, wie es im „Metall-Intern“ steht.

„Wer hat dem Hugo den Schmorchel geklaut“ – in dieser Woche schon zum achten Mal. Daß die Musik nicht dazu da ist, die Kolleginnen zu unterhalten, sondern sie fit zu halten für die Stückzahl – das hat Kollegin X mittlerweile auch mitgekriegt.

Gegen Mittag ist ihr „gelöster Ausdruck ohne Streifenmerkmale“ (Metall-Intern) vollkommen dahin. Sie muß sich zusammenreißen um ihre Teile richtig zu stecken. Der Krach und die Arbeit, diese ganze Hetze machen ihre Nerven ganz schön kaputt. Wenn jetzt noch der Meister kommt und sie anstotzt „wieder viel zu viel Auschnitt... wenn das noch mal vorkommt, muß ich Sie runterstufen“, fängt sie bestimmt an zu heulen, obwohl das sonst nicht ihre Art ist.

Mittag. Endlich 30 Minuten abschalten. Doch dann geht es gleich wieder weiter. 22 Grad soll es heute warm werden – hört Kollegin X beim Essen und denkt: Verflucht nochmal, dann sind es in der Halle ja wieder über 30 Grad. Da werden ja bestimmt wieder einige Frauen umkippen...

„Obermutterarbeit“ und Direktor Schlops hat sowieso gut zu tun, wenn er immer meint, wir sollten nicht so oft krank machen. Woher kommt das denn? Erkältungskrankheiten, wenn es in der Halle dermaßen warm ist und es dann zieht... Oder Magen- und Darmkrankheiten: Oft vom den dauernden Lötimpfen, aber auch durch Nervosität von der dauernden Hetze am Band. Bandscheibenschmerzen durch die ständig gleiche Körperhaltung, und so weiter und so fort.

Endlich ist Feierabend. Kollegin X ist hundemüde. Am liebsten möchte sie sich zu Hause gleich ins Bett legen. Doch die Familie

wartet auf das Abendbrot, und außerdem muß die Treppe noch gemacht werden, und die Wäsche, und, und, und... vor halb neun ist sie sicherlich wieder nicht fertig.

Kollegin X fragt sich, warum das eigentlich so ist. Warum werden die Frauen im Betrieb besonders ausgebeutet? Warum müssen sie eigentlich diese beschissene Arbeit machen? Warum wird diese Arbeit dann auch noch so schlecht bezahlt? Wie kann man das ändern? Und es gibt noch viele solche Fragen.

Sie wird mit Kolleginnen dar-

über reden. Sie wird sich mitteilen, wenn sie in der Gewerkschaft eintreten. Irgendwann wird sie erkennen, daß ihre Lage im Betrieb mit Politik, mit „großer Politik“ sogar, zu tun hat. Daß die Herrschaft, die Mende & Co. im Betrieb über sie haben, dadurch aufrecht erhalten wird, daß die Kapitalistenklasse die politische Macht in den Händen haben. Irgendwann wird sie sich dann einreihen in den Kampf gegen die politische Herrschaft der Kapitalisten in den Kampf zur Errichtung der Herrschaft der Arbeiter, in den Kampf für den Sozialismus.

BERICHTIGUNG ZUM 1. MAI-ARTIKEL IM ARBEITERKAMPF 19 SEITE 10: „BEACHTLICHER ERFOLG DER GEWERKSCHAFTSOPPOSITION“

Der Artikel im AK stellt das politische Auseinandersetzen, die zum 1. Mai geführt wurden, richtig dar. Die trotzdem in dem Artikel enthaltenen Fehler sind auf die Tatsache zurückzuführen, daß aufgrund organisatorischer und zeitlicher Schwierigkeiten es uns selbst nicht möglich war, diesen Bericht zu verfassen. Den Hamburger Genossen machen wohl so die von uns unsortierte Materialaufnahme Schwierigkeiten, eine korrekte Schilderung der Mai Kampagne zu schreiben. In Zukunft werden wir die Berichterstattung über die Göttinger Situation selbst übernehmen. Die Fehler werden hiermit richtig gestellt.

1. Der Kreisvorsitzende berief vor dem 1. Mai keine Kreisdelegiertenkonferenz ein, sondern eine Funktionsversammlung des DGB Kreises Göttingen. An 400 nahmen ca. 100 aktive Kollegen (Betriebsräte, Jugendvertreter und Vertrauensleute) teil. Diese Versammlung billigte durch eine Abstimmung das Programm des Mai Ausschusses. Daraufhin bemerkte der DGB-Kreisvorsitzende S. Krüger, be-

keine satzungsmäßiges Gremium sei und daher kein Beschlussrecht habe.

2. Auf der Kundgebung sollten 2 Kollegen aus den Betrieben reden, so das Programm des Mai Ausschusses. Der erste Kollege Betriebsrats-Vorsitzender G. Heiterhausen, hielt eine fortschrittliche Rede für die er von den Kundgebungsteilnehmern zahlreichen Beifall erhielt.

Die zweite Rede, die den Jugendvertreter, wurde vom Kreisvorsitzenden aber wesentlich inhaltlich beraubt (Krach am Brück, Stellungnahme zum Polizeiterritor in der BRD). Der Kreisvorsitzende strich alle fortschrittlichen und klassenmäßigen Standpunkte aus der heraus. Daraufhin zogen KJA und der Jugendvertreter die Rede zurück.

Auf der Kundgebung versuchten rund 5 Krüger die versammelte Rede, unterbrochen von einer „Absage an das politische Radikalismus“ und einem kräftigen Maß Werbung für die SPD an den Mann zu bringen. Dafür erhielt er dann ein kräftiges Pfeifkonzert und zahlreiche Beifälle.

Mit kommunistischem Gruß: AGL (Aktionengruppe Göttinger Lehrlinge und Jungarbeiter)



Klassenkämpfe im modernsten Stahlwerk der Welt

'Roten Gruppe'

denn die Autos gegen lackzerstörende Staubpartikel aus dem Werk geschützt

Der Kampf der 'Roten Gruppe'

Anfang '71 nahmen die Arbeiter bei HSW die Stahl-Produktion auf. Noch im Frühjahr wurde der erste Betriebsrat (BR) gewählt. Das geschah auf Initiative des Gewerkschaftssekretärs Prehm und in Absprache mit einigen rechten SPD-Mitgliedern, die sich dann auch zur Wahl stellten. Es kamen nur einzelne fortschrittliche Kollegen in den BR, der aber insgesamt fast in die Hand der rechten SPDler fiel.

Dieser erste BR zeichnete sich durch völlige Nichts-tun aus. Auf seinen Sitzungen erschienen meistens nur 3-4 Kollegen. Auf dem Schreibtisch des BR - Vorsitzenden Perlbach stapelten sich Beschwerden und Forderungen der Kollegen ... und verstaubten. Keinen Kollegen mit irgendwelchen Anliegen selbst zu ihm, wurden sie mit jüdischen Schmacks abgesagt: „Ja, ja - geht schon hier“. Gegen wurde allerdings nichts. Sein Verhältnis zu den Arbeitern und Angestellten kennzeichnete Perlbach einmal erstaunlich offen: „Die Kollegen haben ja keine Ahnung. Können kein offenes Wort verstehen. Die sind ja alle wie dumme - haben ja selber Schuld“.

Mit Perlbach & Co. hatten die HSW-Bosse „Arbeitsversteher“ am Band, die genau dem Ziel ihrer „Personal-Politik“ entsprachen, sich eine gelagte Belegschaft zu schaffen, mit der man alles machen kann.

Fortschrittlicher VK wird aufgebaut

Zu diesem Zeitpunkt nahmen die Betriebszellen des KB die systematische Arbeit auf, formierte sich die „rote Gruppe“ im Betrieb. Ziel der Arbeit sollte eine einheitliche Abwehr- und Kampforganisation der Kollegen sein gegen die ständigen Übergriffe der Geschäftsleitung. Erster Schritt in diese Richtung sollte der Aufbau eines gewerkschaftlichen Vertrauenskörpers (VK) im

In vielen Diskussionen und auf Flugblättern bemühte sich die „rote Gruppe“, den Kollegen die Notwendigkeit dieses Schrittes zu erläutern. Gegen Widerstand und Verschleppungsakt durch IGM-Sekretär Prehm konnte dann am 18./19. September '71 die Vertrauensleute-Wahl stattfinden.

Die Wahl war ein erster Erfolg von Bemühungen der „roten Gruppe“. Die Wahlbeteiligung war ungewöhnlich hoch, viele fortschrittliche Kollegen in den einzelnen Abteilungen schlossen sich zur Wahl. Zuvor waren schon viele Kollegen Mitglied der IGM geworden.

Nach Wahl eines 5-köpfigen VK Vorstandes, baute der VK ein Informations-System auf, das fast alle Abteilungen des Betriebes erreichte. So konnten die dringenden Forderungen der Kollegen zusammengetragen und zu einem Forderungsprogramm zusammengefasst werden (vgl. ARBEITERKAMPF Nr. 13). Für Erfüllung dieser Forderungen wollte der VK kämpfen.

Der BR wird gestürzt

Die Vertrauensleute waren Anfangs um Zusammenarbeiten mit dem BR bemüht. Man wollte Hermit auch die Be-

triebszelle aktivieren, sich endlich für die Kollegen einzusetzen.

Perlbach & Co. hatten aber offensichtlich andere Vorstellungen. Zusammenarbeit mit dem VK kam für den Herrn nicht infrage. Statt dessen diffamierten sie fortschrittliche Vertrauensleute bei den Kollegen mit antisozialistischer Hetze. Sie bezeichneten diese als „Linkeridioten“, „Ma-Anhänger“, „Kommunisten“, die „uns unvernünftig“ wollten, „aus der IGM finanziert werden usw.“

Herbei ging es Perlbach & Co. nicht um Auseinandersetzung mit politischen Vorstellungen der Kommunisten. Wegen dem Herrn anstrebten, was der Versuch der Vertrauensleute und vieler Kollegen, die hinter ihnen standen, eine konsequente Arbeitsverweigerung im Betrieb aufzubauen. Es war des Betriebs, sich in Zukunft nicht mehr alles von den HSW-Bossen lassen zu lassen, wegen Perlbach & Co. Hetzen.

Der rechte Betriebsrat weigerte sich schließlich sogar, für das Forderungsprogramm der HSW Kollegen einzutreten, etwa in Verhandlungen mit der Geschäftsleitung. Auch IGM-Sekretär Prehm unternahm den unvernünftigen Versuch, den VK zu zerschlagen. Er verweigerte anfänglich dem VK die gewerkschaftliche Anerkennung und bemühte sich, ihn zu einer „illegalen Körperlichkeit“ zu deklarieren. Schließlich versuchte er, auf die Vertrauensleute einzuklinken, den VK wieder aufzulösen, angeblich, weil „ein BR doch genug sei und ein VK zu wenig HSW-Kollegen in der IGM organisiert“ seien.

Die Vertrauensleute ließen sich nicht verwirren und gingen ihrer Sache offen und öffentlich nach. Sie forderten die Rücktritt des rechten BR-Vorsitzenden Perlbach, da dieser nicht willens war sich für die dringenden Probleme der Kollegen einzusetzen.

Großsperrig erklärte Perlbach dazu, daß er „geruchtrinken“ wolle, wenn der VK mindestens 200 Unterschriften von Kollegen vorlegen könnte, die das verlangen, ihrer Sache offenbar völlig sicher, spekulierten Perlbach & Co. auf die Wirkung ihrer antisozialistischen Hetze gegen den VK. Fehlentscheidungen brachten die Vertrauensleute auf Anhieb ca. 230 Unterschriften zusammen. Ohne weiteres hätten sie jede Menge mehr erhalten, wenn sie darauf angesagt hätten. Zu offensichtlich war die Unfähigkeit dieses Betriebsrates.

Perlbach verweigerte anfänglich seinen „freiwilligen Rücktritt“. Dazu mußte er erst von den anderen Betriebszellen gezwungen werden, indem sie alle zurücktraten. Dies tat er teilweise aus Opposition zu Perlbachs Politik, teilweise auch, weil es ihnen offenbar zu peinlich war, auf dieser offenkundigen Mißtrauensgrundlage, noch weiter den Betriebsrat zu spielen. Damit war dieser rechte BR gesplittert und der Weg frei für Neuwahlen. In einem verurteilten letzten Versuch bemühte sich IGM-Sekretär Prehm noch, seinen Schützling Perlbach zu retten und die ganze Aktion als illegal und gewerkschaftsschädigend hinzustellen ... allerdings vergeblich.

Die ersten Fehler

Auf dem „Ruheklein“ dieser ersten Forderung, ließ die Aufmerksamkeits der „roten Gruppe“ nach, was sich schnell

Es gelang IGM-Sekretär Prehm in aller Heimlichkeit und offenbar in Absprache mit der Geschäftsleitung, einen Wahlauschuss unter Vorsitz seines Vertrauten Metzler zusammenzustellen. Dieser Mann wurde gar von der Geschäftsleitung faktisch für die Wahlvorbereitung vorübergehend freigestellt. Er und die rechten SPDler begannen nun eifrig für sich Propaganda zu machen und gegen die Vertrauensleute zu hetzen. Wichtige Aktivitäten der „roten Gruppe“ blieben dagegen aus. Notwendig wäre es gewesen, Ziele und Aufgaben eines Betriebs-

rates breit unter den Kollegen zu propagieren und auch fortschrittlichen Kandidaten für die anstehende Wahl bekannt zu machen.

Statt dessen konzentrierte man sich einseitig auf den gerade lautenden Tarifkampf in der Metallindustrie. Hierbei wurde noch ein weiterer entscheidender Fehler gemacht:

Viele Kollegen wollten ihre Haltung gegenüber den Metall-Kapitalisten durch einen Warnstreik demonstrieren. Statt diese Forderung aufzunehmen und sie in allen Abteilungen des Betriebs zu propagieren, konzentrierten sich die Vertrauensleute auf dessen technische Durchführung. Statt plötzlich das Zeichen zum Losgehen zu geben, wurde der Warnstreik per Faserpropaganda 2 Tage bevor er stattfinden sollte, bekanntgegeben. So bekam die Geschäftsleitung schnell Wind von der Sache und konnte sich bereits vorbereiten. Sie starteten über Metzler und Vorarbeiter eine massive Einschüchterungskampagne und drohte allen Kollegen mit fristloser Kündigung, wenn sie sich an einem „illegalen Streik“ beteiligten würden. Der VK-Vorstand wurde insbesondere verwirrt. Unter dieser Einschüchterung brach die Streikbereitschaft bei den Kollegen in sich zusammen und machte einer tiefen Resignation platz. „Hat ja doch keinen Zweck.“ Zu Recht wurden auch die Vertrauensleute kritisiert, die hier eindeutig versagt hatten.

Die augenblickliche Resignation wurde von den HSW-Bossen sofort weiter ausgenutzt. Sie feuerten 2 aktive Kollegen aus dem VK-Vorstand mit zureichenden Begründungen. Beide Kollegen galten als zureichende Kandidaten für die anstehende BR-Wahl. Perlbach hielt sie für Mitglieder des KB und denunzierte sie entsprechend. Der Versuch der Vertrauensleute, deswegen einen Proteststreik zu organisieren, schloß sich an allgemeiner Resignation und schlechten Erfahrungen der Kollegen. Es kam nur zur Protest-Ansammlung in den Umkleekabinen.

In gleichen Zug akzeptierte die Geschäftsleitung erste kleine Forderungen aus dem Programm des VK, wie etwa Winterkündigung, Schutz einiger Arbeitsplätze gegen Zugluft, unentgeltlicher Tee-Austausch während der Arbeitszeit etc. Damit sollte der Protest der Kollegen gegen die Kündigung ihrer Vertrauensleute abgemildert werden. Gleichzeitig machte die Geschäftsleitung dem auch für Perlbach Reklame, dessen „zähes Verhandeln“ mit ihr, angeblich diese Zugeständnisse gebracht hätte.

Außerordentliche Neuwahl des BR

Unter diesen schlechten Voraussetzungen kam es zur außerordentlichen Neuwahl des BR im Januar '72. Das war gleich nach der Metall-Tarifrunde, die bei den Kollegen ein Gefühl der Niederlage und Resignation hervorrief. Die letzten Mißerfolge in den betrieblichen Auseinandersetzungen und Fehler der „roten Gruppe“ waren ein drittes. Das führte auch zu einem erheblichen Vertrauensbruch bei der Masse der Kollegen sowohl gegenüber den aktiven Gewerkschaftern der „roten Gruppe“ als auch in die eigene Kraft.

Die Wahlbeteiligung war mit nur 47% entsprechend mäßig. Bei Perlbach bekam die meisten Stimmen und wurde neuer BR-Vorsitzender. Moede, ein rechter SPD-Delegierter, wurde stellvertretender BR-Vorsitzender. Die rechten SPD-Kandidaten stellten die absolute Mehrheit im neuen BR.

Dennnoch konnten sich die aktiven Gewerkschafter einen bescheidenen Erfolg verbuchen. Neben einigen fortschrittlichen Kollegen wurden 2 Mitglieder des alten VK-Vorstandes in den BR gewählt. Einer von ihnen, Kollege Michael S. wurde sogar freigestellt. Gegenüber dem alten BR bestand nun eine aktive Gruppe fortschrittlicher Kollegen im BR. Im Vergleich zu den Möglichkeiten, die nach dem Sturz des alten BR bestanden hätten, muß man insgesamt ... sagen, ... der „roten Gruppe“ sprechen.

Die Enttäuschung darüber führte bei vielen aktiven Gewerkschaftern zeitweilig zu völliger Inaktivität. In diesem Zusammenhang schied auch die VK-Arbeit völlig aus. Nachdem schon vorher 2 Mitglieder des VK-Vorstandes von den HSW-Bossen gekündigt und 2 weitere in den BR gekommen waren, Drei weitere aktive Vertrauensleute wur-

den von der Geschäftsleitung zur „fristlosen“ Kündigung gezwungen. Die Resignation führte auch zum Ausmaßverbrechen der „roten Gruppe“. Ein fortschrittlicher Betriebsrat, der zuvor Vorstandsmitglied des VK war, verließ sogar den Betrieb, „weil hier nichts mehr drinlag“ - wie er meinte.

Diese Lage wurde von der Geschäftsleitung für neue Angriffe ausgenutzt.

Das lächerliche 7,5 % Ergebnis der Lohnrunde wurde vielen Kollegen wieder von den „außerirdischen Zuleitern“ abgezogen,

die Einführung der „7-Tage-Schicht“ wurde angekündigt und wieder schrittweise durchgeführt. Bis September '72 und bereits das gesamte Stahlwerk auf Convo-Schicht umgestellt sein. Das hat zur Folge, daß die Kollegen nur noch einmal im Monat ein freies Wochenende haben. Ihr Familienleben wird dadurch völlig zerstört. Entfremdende Überstunden und Extra-Schichten machen sich darüber hinaus empfindlich im Portemonnaie bemerkbar.

Auch diese Angriffe mußten einen heftigen Widerstand hervorrufen. In den meisten Kollegen waren mutlos, viele verließen den Betrieb, die „rote Gruppe“ war auseinandergebrochen. Die VK eingeschaltet und der BR wurde von einer kapitalistischen Herren-rechten Mehrheit beherrscht. Die Politik der Betriebszellen geht in Folge der Niederlagen in aktiverer Richtung. „Hochdruck und Paragrafenzirkel“ mit Vertretern der rechten SPD-Linie im Betrieb ab. Die gesamte Betriebspolitik war in eine Sackgasse geraten. Man hatte sich von der Masse der Kollegen entfernt. Die Betriebspolitik der Kommunisten war nicht mehr den dringenden Forderungen und Bedürfnissen der Arbeiter verpflichtet.

Ein neuer Anfang

Ein neuer Anfang, unter Verwerfung der bisherigen Erfahrungen mußte gemacht werden. Die Isolierung der Betriebszelle und der fortschrittlichen Kollegen mußte überwunden werden. Ebenso die Mutlosigkeit der meisten Arbeiter und Angestellten.

Inzwischen war das neue Betriebsvertrauens-Gewerk verabschiedet und mit ihm der Termin genannt, an dem in allen Betriebszellen neue Betriebszellen gewählt werden mußten. Bevor aber Perlbach, Moede & Co. und die Geschäftsleitung vertriehen die These, daß eine neue BR-Wahl bei HSW überflüssig sei. Sie wollten die für sie genutzte Kräfteverteilung konservieren.

In dieser Situation gegen die Kommunisten zu neuer Offenheit über den Neuanfang des VK wurde als erster notwendiger Schritt propagiert. Dazu gab die Betriebszelle noch einmal ein Sondernummern des METALLARBEITERS mit dem Titel „VK-Wahl muß zum WENIGSTEN werden“ heraus. Der METALLARBEITER ist eine Branchenzeitung des KB für die Hamburger Metall-Kollegen. Darin heißt es u.a. zu den Aufgaben des VK:

„Die nächsten Aufgaben eines Vertrauenskörpers sind vor allem folgende:

1. Einen betrieblichen Forderungskatalog aufstellen

Der Vertrauensrat sollte bald nach der Wahl mit ihren Kollegen diskutieren, welches ihre Forderungen und Probleme sind. Dann sollten im Vertrauensrat diese Forderungen zu einem betrieblichen Forderungskatalog zusammengefaßt werden.

2. Eine große IGM-Betriebszellen-Kommunikation aufbauen

Wenn der Vertrauensrat den Katalog mit den wichtigsten Forderungen der HSW-Belegschaft in der Hand hat, dann hat er ein Meißelwerk, womit er metzen kann, welche Kollegen als Betriebsrat geeignet sind und welche unter dem Strich sind. Mit diesem Meißelwerk kann jeder prüfen, ob sich ein Kollege wirklich für unsere Forderungen eingesetzt hat, oder ob er nur große Worte redet und nicht gehen hat.“

Das neue Offenheits- und die von den Kollegen bewiesene Resonanz. Viele fortschrittliche Kollegen haben sich zur Kandidatur aufgerufen. Die Wahlbe-

Forts. nächste Seite

GEFAHR FÜR HAMBURG

— „keine Wasserstoffbombe“ in Finkenwerder —

Die Direkt-Reduktionsanlage ist der Stolz der HSW-Bosse, sie ist die technische Herzstück des Korch'schen „Geheimverfahrens“ bei der Stahlgewinnung. Über technische Details dieser Anlage schweigen sich die HSW-Bosse beherrschend aus.

Wie uns jetzt bekannt wurde, ist die Direkt-Reduktionsanlage ein unglaublicher Gefahrenherd. Und zwar nicht nur für die HSW-Kollegen, sondern für alle Arbeiter und Angestellten der umliegenden Industrie-Betriebe, des Hafens und für die Bevölkerung von Hamburg-Finkenwerder.

Wie bisher selbst die wenigsten HSW-Arbeiter wissen, ist, daß diese Anlage zu 50 % mit Wasserstoff gefahren wird. Diese Tatsache wurde offenbar sogar dem dafür zuständigen TÜV verschwiegen. Dennoch sollten TÜV-Besuche zur Aufklärung gemacht haben, eine starke und hohe Mauer um die Reduktionsanlage herum zu bauen. Diese Auflage erfolgte somit ohne genaue Kenntnis der TÜV-Besuchern von der Hauptgefahr, die vom hochexplosiven Wasserstoff ausgeht. Dennoch haben die HSW-Bosse bisher nicht einmal diese Auflage befolgt!

In den USA - wo Korch ein ähnliches Werk wie HSW betreiben läßt - ist die Direkt-Reduktionsanlage, gemäß dort geltenden Sicherheits-Vorschriften, in einem unterirdischen Bunker untergebracht. Warum nicht?

Die USA-Anlage wird ausschließlich für dafür besonders ausgebildeten Fachleuten bedient. Anders bei HSW. Um Kosten für unerfahrenen Fachleute zu sparen, wurden hier einige Chemiker, Techniker etc. kurz angelehrt.

Trotz der Sicherheits-Vorkehrungen im USA-Werk, ist dort bereits eine

Reduktions-Anlage hochgegangen. Alle im Bunker arbeitenden Kollegen wurden verletzt. Die Anzahl der Toten ist für uns noch nicht genau zu ermitteln. HSW-Kollegen sprechen teilweise sogar von 40 Toten.

Eine Explosion bei HSW würde ungleich katastrophalere Auswirkungen haben. Keine unterirdische Position, kein Bunker mit Beton Wänden, je nicht einmal eine einfache Brand-Mauer wie die Arbeiter dieser Industrie-Viertel und die Bevölkerung von Finkenwerder schützen. Schlimmer noch. Neben HSW - nur wenige 100 Meter entfernt - liegen die riesigen Tank-Läger von BP und anderen Benzin-Firmen, ebenso wie die Chemikalien-Läger von COLUMBIA-CARBON. Nicht auszudenken, was bei einer Ketten-Reaktion passieren würde!

Wir müssen annehmen, daß der HSW-Bosse dies alles wohlbedacht ist. Daß sie dennoch keinen Plan für notwendige Sicherheits-Maßnahmen ausgeben, kennzeichnet nur ihre Verachtung für Leben und Gesundheit von möglicherweise tausenden von Arbeitern. Aber Sicherheits-Vorkehrungen kosten schließlich Geld und werfen keinen Profit ab.

Jeden Tag kann die Katastrophe da sein. Es braucht nur ein Kollege z.B. „mit befehltem Kopf“ oder von einer der üblichen 16 Stunden Schichten vollkommen geschwächt, den Wasserstoff mit dem Sauerstoffhauch beim Anschließen zu verwechseln.

Dazu sagen Kollegen von der Reduktionsanlage: „Halt Finkenwerder flieg in die Luft. Das ist wie eine kleine Wasserstoff-Bombe. Aber ich mark zu dem Glück ja dann nichts mehr davon.“

Den beneideten BP-Bossen ist es sogar ohne genaue Sachkenntnisse zu mühsam geworden. Sie verlangen den Bau einer sicheren Mauer zwischen HSW und BP.

Forts. von Seite 15

Der Kampf der 'Roten Gruppe'

ligung war sehr hoch und es gab viele Neuzustritte in die IGM.

Mit großem Schwung ging der neue gewählte VK an die Arbeit. Gegen die Versuche der Reaktionen im Betrieb propagierte er die Notwendigkeit von BR-Neuwahlen und bereite sie auch vor. Eine Kandidaten-Liste wurde so gleich aufgestellt. Die Mitgliederwerbung für die IGM wurde angekurbelt. Es wurde versucht, einen neuen Forderungskatalog und Richtlinien für die Informationspolitik des VK auszuarbeiten. Die Bildung von gewerkschaftlichen Arbeitsgruppen wurde propagiert.

Jede selbständige Aktivität der Arbeiter ist den Herrschenden verdächtig. Sie versuchen, sie zu unterdrücken. So auch bei HSW: Im Auftrag der Geschäftsleitung steigerten die rechten SPD'ler um Moede und Perlebach wieder ihre antikomunistische Hetze, die sie gegen alle fortschrittlichen Kollegen richten einschließlich ihrer eigenen Parteigenossen.

Auf einer kurzfristig einberufenen „außerordentlichen BR-Sitzung“, zu der nur rechte SPD'ler geladen wurden, wurde die Freistellung des aktiven Betriebsrates Michael S. zurückgezogen und statt dessen ein „verlässlicher“ Kollege freigestellt. Auf der Betriebsversammlung vor der BR-Wahl traten dann die rechten Betriebsräte – allen voran Moede – vor die Kollegen und überboten sich mit antikomunistischen widerlichen Tiraden gegen namentlich genannte Betriebsräte und Vertrauensleute. Dabei sparten sie nicht mit persönlichen Vorwürfen, Unterstellungen und dreisten Lügen.

Die BR-Wahl – ein durchschlagender Erfolg der „Roten Gruppe“

Einen Tag vor der BR-Wahl verteilte die Perlebach/Moede Gruppe („Metall-Betriebsgruppe“) ein wild antikomunistisches Flugblatt, das wir nebensächlich verkleinert abdrucken. Dies war der vorläufige Höhepunkt in der reaktionären Hetze gegen fortschrittliche Kollegen. Mit offen feindsidiger Hetze, dummredigen Lügen, Unterstellungen und persönlichen Diffamierungen gegen einzelne, namentlich aufgeführte Kollegen, die angeblich „zu den leitenden Köpfen der roten Gruppe“ gehören sollten, streiften diese Hetzer die letzten Höhen von Kollegegläubigkeit ab und versuchten so auf Stimmen- und Dummheit zu gehen.

Sie hatten sich verrechnet. Die Hamburger Stahlarbeiter gaben ihnen bei der BR-Wahl eine Abfuhr. Zu viele haben inzwischen diese „Politik“ durchschaut, insbesondere den Demagogismus Moedes. Dieser – bisher stellvertretender BR-Vorsitzender – kam überhaupt nicht mehr in den BR und landete ganz am Ende der Liste. Perlebach plebsierte an dritter Stelle der neugewählten Betriebsräte. Die obersten Plätze belegten fortschrittliche Kollegen, so der zuvor diffamierte Kollege Michael S., der auf dem zweiten Platz landete und danach zum neuen BR-Vorsitzenden gewählt wurde. (Der andere auf dem Flugblatt diffamierte Kollege ist Mitglied des VK-Vorstandes).

Nach dieser BR-Wahl gibt es bei HSW gute bzw. ausreichende Mehrheiten fortschrittlicher Kollegen in VK und BR. Vor allem gibt es auch viele Kollegen außerhalb dieser Gremien, die sich aktiv für die Beträge und Rechte der Belegschaft einsetzen. Das Ergebnis ist auch ein Erfolg der „Roten Gruppe“, die zu ihrem alten Schwung zurückgefunden hat.

Die Arbeiter und Angestellten bei HSW haben z.T. bewußt „rote Kollegen“ in Betriebsrat und Vertrauenskörper gewählt und die rechten SPD'ler auch bewußt abgewählt. Diese Tatsache darf jedoch nicht überschätzt werden, etwa in dem Sinn, daß sich die Mehrheit der Kollegen für die Politik der „Roten Gruppe“ schon entschieden hätte. Hierin kommt vorerst nur zum Ausdruck, daß man die Politik bestimmter rechter SPD'ler als unbrauchbar erkannt hat und daß man jetzt einmal den „rechten Kollegen“ eine Chance einräumen will. Es gibt also keinerlei Grund, sich auf vermeintlichen „Lorbeer“ auszuheben. Im Gegenteil. Die Betriebsräte und mit ihr sympathisierende Kollegen, sowie auch andere fortschrittliche und aktive Gewerkschaftler

schaftlicher Arbeiterkreis usw. werden durch diese Herrschaften mit leichten Satzungs-Tricks abgezockt oder durch stundenlange Schwafelreden und ständiger Einwürfe usw. blockiert und verwirrt.

- Im Auftrag der Geschäftsleitung verbrachten rechte SPD'ler ständige Lügen und Gerüchte im Betrieb, vorzugsweise unter den Vertrauensleuten und Betriebsräten. So heißt es einmal, daß die nächste VK-Sitzung angeblich ausfallen würde, weil der „VK noch nicht von der IGM anerkannt sei“, ein anderes Mal werden Betriebsräte zu einer angeblich stattfindenden „außerordentlichen“ BR-Sitzung zusammengetrommelt.

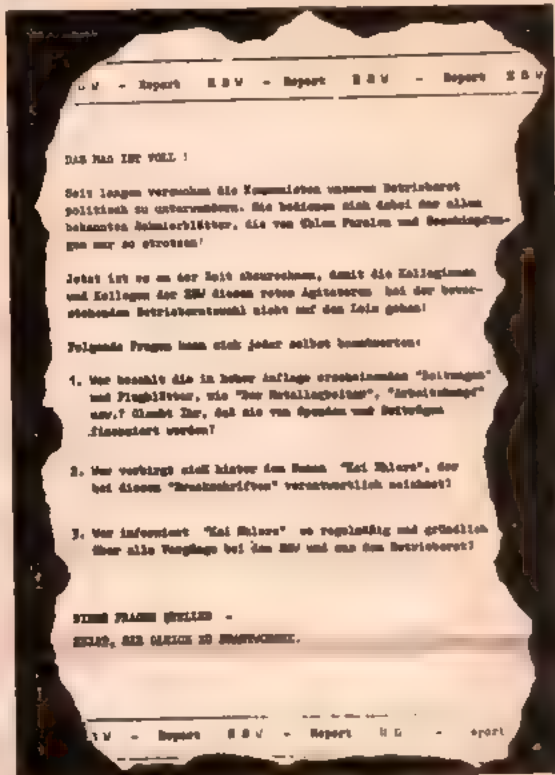
fährigen Instrument der Geschäftsleitung zu degradieren und ihn auf diese Weise den Kollegen als aktiven Vertreter zu rauben.

Eine einheitliche Abwehrfront der Kollegen gegen die HSW-Bosse aufbauen!

Inzwischen sind die Stahlarbeiter aber bereits aktiv geworden. Klärlich marschierte eine gesamte Schicht des Stahlwerkes nach der Nachschicht geschlossen zum BR und mit diesem zur Geschäftsleitung. Sie forderten die Bezahlung des Pfingstentzuges. Die hochgedruckten Bosse zahlten ihnen das Geld sofort bar auf die Hand. Ebenso erschien eine gesamte Stahlwerk-Schicht am 17. Juni nicht zur Arbeit. Sie waren

mar bereit für den üblichen Aufschlag von 150 % zu arbeiten, nicht aber für 100 %, was es die Bosse zahlen wollten. In diesem Fall fanden die Bosse leider noch andere Kollegen, die die Arbeit für 100 % machten. Das darf nicht wieder vorkommen! Genau hier muß der VK ansetzen, für einen besseren Informationsaustausch sorgen und die Konkurrenz zwischen den Kollegen abbauen. Die Arbeit bei HSW wird nur erträglich, wenn alle Kollegen zusammenhalten und gemeinsam sich gegen die ständigen Übergriffe der HSW-Bosse wehren.

SETZEN WIR DEM KAPITALISTEN DIE EINHEIT VON BETRIEBSRÄTEN, VERTRAUENSLEUTEN UND ARBEITER-SCHAFT ENTGEGEN



türkisch übersetzten Kandidatenliste ein Kandidat nicht mit seiner Berufsbezeichnung sondern mit „Gewerkschaftler“ ausgewiesen worden sein. „Wahlbeeinflussung“ schrieben jetzt die Bosse. Nur: Der türkische Dolmetscher ist der Dolmetscher der Geschäftsleitung! Ein zweiter Grund für die Anfechtung: Die Kandidaten-Liste wurde nicht in portugiesische und marokkanische übersetzt, obgleich 30 Kollegen dieser Nationalität bei HSW beschäftigt sind. Allerdings: Eine solche Übersetzung ist vom BR-Wahlvorstand ordnungsgemäß beantragt worden. Die Geschäftsleitung, die diese Aufgabe hätte, hat es hinstreckt. Die Wahlanfechtung steht natürlich auf sehr wackeligen Beinen, hat kaum Erfolgs-Aussichten. Die Geschäftsleitung verspricht sich davon allerdings Verwirrung und Lähmung der BR-Arbeit. Neben der Wahlanfechtung sind die HSW-Bosse und ihre Teammitglieder schon zu weiteren Angriffen übergegangen:

- Ein fortschrittlicher Betriebsrat wurde fristlos entlassen. Angeblich hat er einen Offen falsch geführt. Der BR lehnte die Kündigung ab. Es kommt zu einem Arbeitsgerichts-Prozess. Bis dahin darf der gekündigte Betriebsrat nicht bei HSW arbeiten.
- Einem weiteren Betriebsrat wurde von der Geschäftsleitung ein Gerichtsprozeß angekündigt und zwar wegen angeblicher „Zeugen-Beeinflussung“. Tatsächlich hatte er mit Arbeitskollegen das gekündigte Betriebsratsmitglied gesprochen, um die Rechtmäßigkeit der ausgesprochenen Kündigung zu prüfen. Mit dem Prozeß-Androhung soll er eingeschüchtert werden.
- Mit gewissen Erfolg sind die Gewerkschafts-Sekretäre Prahm und Mohr derzeit dabei, die Arbeit des neuen VK zu ühnen: Die von den Vertrauensleuten angestrichenen Diskussionen über Forderungskatalog, Mitgliederwerbung, Aufbau gewerk-

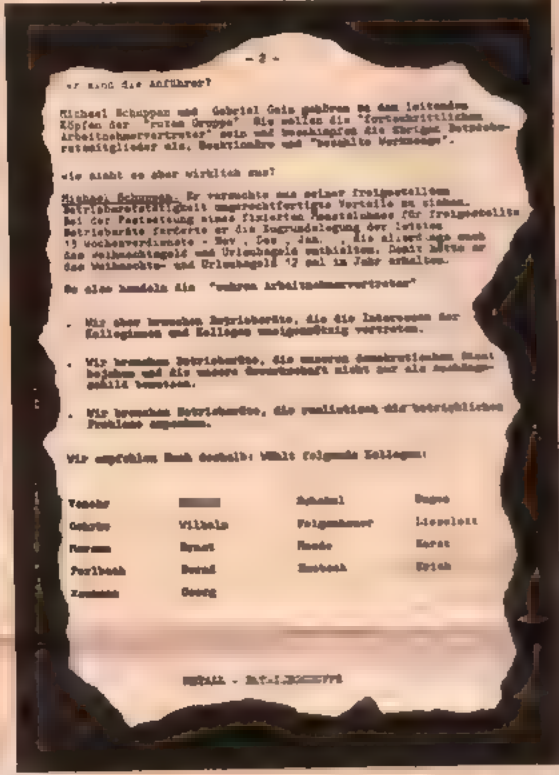
- Die Geschäftsleitung selbst mischt bei dieser Gerüchte-Mascherei und Verwirrungs-Politik direkt mit. Eine von vielen Beispielen Gegenüber einigen Betriebsräten beschwerte sie sich offiziell, daß es eigentlich andere Betriebsräte gesteuert, wenn auch „Unbefugnis dauernd im BR-Sitzraum auszuheben“ würden.

Die Geschäftsleitung und ihre Handlanger, von denen einige leider auch in BR und VK sitzen, legen es offensichtlich jetzt darauf an, daß die neugewählten Körperschaften – VK und BR – in ihrer Arbeit gar nicht erst Tritt fassen können und die Mehrheit der HSW-Kollegen Vertrauen und Hoffnung in sie schnell wieder verlieren.

Einige Umstände begünstigen die Taktik der Bosse noch

Die neuen Betriebsräte sind noch weitgehend unerfahren im Umgang mit verschiedenen Gesetzen-Texten, besonders mit dem neuen Betriebs-Verfassungsgesetz (BVG). Dies wird von der Geschäftsleitung weitgehend ausgenutzt. Mit schwindender „juristischer Sachverstand“ wird versucht, den Betriebsräten weiszumachen, daß es ihre Aufgabe sei, die Emmer-Automaten eigenhändig nachzuliefern. Andererseits versuchen die Bosse den Betriebsräte zu unterlegen, die Belegschaft über laufende, noch nicht abgeschlossene Verhandlungen mit ihr zu informieren, etwa durch schriftliche Aufträge. Auch dabei argumentieren sie – völlig unzulässig – mit angeblichen Bestimmungen im BVG und spekulieren auf Unkenntnis der Betriebsräte. Auch hat der alte rechte BR seinen Nachfolgern eine große Menge „Unordentliches“ zurückgelassen, das jetzt alles aufgearbeitet werden muß und den jetzigen Betriebsräten ebenfalls von der Wahrnehmung seiner wichtigsten Aufgaben abhält.

Insgesamt zieht die Taktik der Bosse und ihrer Handlanger darauf hin, den neuen BR im täglichen Klinikring zu zermürben, um ihn schließlich zum völl-



Forts. von Seite 8

"Fuck the law!" ("Scheiß auf das Gesetz!")

ihren eigenen Reihen. Sie werden Shop Stewards genannt und sind mit unseren Vertrauensleuten zu vergleichen. Gegen 3 Shop Stewards der Londoner Hafenarbeiter erließ das Arbeitsgericht im Juni Haftbefehl, weil sie die Arbeiter zu dem Boykott der Containerfirma aufgerufen hätten. Dieser Versuch, das Gewerkschaftsgesetz gegen die Arbeiterführer einzusetzen, mußte allerdings noch einmal das Gericht wegen der massenhaften Proteste der Londoner Hafenarbeiter gerufen, den Haftbefehl nach einigen Tagen bereits zurückzunehmen!

Trotz dieser unbestreitbaren Erfolge von Teilen der englischen Arbeiterklasse im Kampf gegen die Angriffe der Kapitalisten, dürfen wir nicht in den Fehler verfallen, das reale Kräfteverhältnis zwischen den beiden Klassen zu optimistisch einschätzen: Die Arbeiterklasse war trotz politischer Massenkämpfe im ganzen nicht in der Lage, das Gewerkschaftsgesetz zu verbünden. Die Kämpfe gegen die Anwendung des Gesetzes werden auch nicht national geführt. In weiten Teilen der Arbeiterklasse besteht noch die Illusion, daß die Labour-Party, wenn sie wieder an die Regierung

kommt, das Gewerkschaftsgesetz außer Kraft setzen wird. Die englische Arbeiterklasse hat noch keine eigenständige Klassenpolitik entwickelt, so daß die Labourführer in der Lage sein werden, den Protest vieler Arbeiter wieder auf ihre sozialdemokratischen parlamentarischen Mäulen zu leiten.

Die Kampfherzhaftigkeit und Wachsamkeit der englischen Arbeiter in der nächsten Zeit, wird darüber entscheiden, ob die Kapitalisten die Anwendung des Antistreikgesetzes und die Lohnkürzungen durchsetzen können. Wenn das den Kapitalisten gelingt, so bedeutet das eine langfristige ökonomische Verelendung und politische Erstreckung der englischen Arbeiterklasse.

In diesem Zusammenhang werden wir zu nächsten „Arbeiterkampf“ auf folgende Themen zurückzukommen, als hier möglich war, eingehen:

- Die Funktion des Gewerkschaftsgesetzes für Kapitalisten und Arbeiterklasse
- Der Eisenbahnstreik
- Der Hafenarbeiterstreik
- Die Gewerkschaftsführung und die Shop Stewards

Konkurrenzschlacht der Autoriesen

Es geht um den gewinnträchtigsten Markt der Welt: Das Geschäft mit den Autos. Um seine weltweite Aufteilung und Beherrschung sind 12 der 100 größten kapitalistischen Monopole angetreten:

- aus den USA General Motors (dazu gehört u. a. Opel), Ford und Chrysler (u. a. Simca);
- aus Europa British Leyland (u. a. Jaguar, Austin, Morris, Rover), Renault, Citroen, Fiat, VW und Daimler-Benz;
- aus Japan Toyota und Nissan.

Größere Veränderungen gab es vor allem auf dem europäischen und amerikanischen Markt.

Während die französische, westdeutsche und englische Automobilindustrie in Europa erhebliche Marktanteile einbüßte, vergrößerten die US-Firmen und Fiat ihren Anteil. So gelang es Opel erstmals im ersten Quartal dieses Jahres, mit Neuzulassungen sogar in Westdeutschland VW zu überholen. Ebenso steigerte Ford seinen Marktanteil hier in den letzten 7 Jahren um 50 % und liegt mit einem Marktanteil von 18,3 % nur 1 % unter dem von VW.

Im eigenen Land versuchten die US-Konzerne durch die Neuentwicklung kleinerer Fahrzeuge die von VW und Fiat behaupteten Marktanteile zurückzuerobieren. Nixons Währungsmaßnahmen, die eine Verteuerung ausländischer Waren in den USA mit sich brachten, und die gleichzeitige Aufhebung der Sonderumsatzsteuer für Autos in den USA kamen den US-Konzernen dabei besonders entgegen. Der Verkauf von VW's sank z. B. im ersten Quartal 1972 in den USA von 134 Tsd. auf 108 Tsd.

Daneben steigern die japanischen Monopole ihre Automobilproduktion unaufhörlich. Sie stieg von 1953 50.000 Stück um 11.500 auf 5,8 Millionen 1971, 1972 sollen es 6,5 Millionen werden. Trotz der Nixon-Maßnahmen stieg der Export in die USA aus

Japan allein im ersten Quartal dieses Jahres um 24.000 auf 115.000 Autos, mehr als VW absetzen konnte. Ebenso konnten in Europa 1971 schon 150.000 japanische PKW abgesetzt werden, wobei zunächst nur Länder ohne eigene Autoindustrie beliefert wurden. Die anderen Länder, darunter auch Westdeutschland, sollen in den nächsten Jahren in Angriff genommen werden.

Im internationalen Konkurrenzkampf haben kleinere Unternehmen nicht mithalten können. So sind in England alle großen Autohersteller (außer den Ablegern der US-Konzerne) unter einem Konzern Dach vereint. In Italien hat Fiat Auto-Bianchi geschluckt. In Frankreich wurde Simca von Chrysler aufgekauft, außerdem hat Fiat Anteile von Citroen erworben.

In Westdeutschland arbeiten BMW und Daimler-Benz (an beiden ist Milliarden Quant beteiligt) in der Forschung und in Produktionsabsprachen schon so weit zusammen, daß Mercedes-Chef Zahn ein Eingreifen des Bundeskartellamtes fürchtet: „Das Kartellamt erlaubt eigentlich weniger, als wir heute schon tun.“ (Spiegel 26/71)

Nach der Pleite Borgwards, dem Aufkauf von Glas durch BMW und NSU durch Auto-Union, gibt es neben Daimler-Benz nur den VW-Konzern, dem Audi-NSU gehört und der mit Porsche eine gemeinsame Vertriebsgesellschaft unterhält.

Beide Autoriesen sind untereinander durch die Deutsche Automobil GmbH verbunden und bereiten ein gemeinsames Nutzfahrzeugprogramm vor, das vom VW-

Transporter bis zum Mercedes-LKW reicht.

Der Kampf um die europäischen Vorherrschaft

Nach Ausschaltung der Konkurrenz im eigenen Land planen die westdeutschen Automobilkapitalisten als nächsten Schritt eine noch forciertere Zusammenarbeit, um so im zweiten Schritt als größter europäischer Auto-Konzern die Spitze in einem supernationalen europäischen Automobilverbund zu erringen. Den Großaktionären von Daimler-Benz, BMW, Flick, Quandt und Deutsche Bank, stellt sich bei noch stärkerer Zusammenarbeit mit VW nur das Problem, den Staatseinfluß über den VW-Konzern so weit einzuschränken, daß sie selbst in einer deutschen Automobil-Gesellschaft die Führung übernehmen können.

Ex-Nazi Paul G. Hahnemann als BMW-Chef vor einem Jahr zum Spiegel: „Der amerikanischen Herausforderung – oder der japanischen – kann man mit einem deutschen Zusammenschluß allein nicht begegnen. Eine zumindest kontinental-europäische Kooperation ist meiner Meinung nach wünschenswert. Ich bin allerdings auch der Ansicht, daß man den zweiten Schritt nicht vor dem ersten tun kann.“ Daraufhin der Spiegel: „Der erste Schritt also hieß eine deutsche Automobil-AG?“ Hahnemann: „Ja, Analyse dafür sind da... Allerdings scheint mir diese Konstruktion für die Unternehmerr (d. i. Daimler) und die Münchner (d. i. BMW) nicht sehr attraktiv, denn sie führt unter die Beherrschung von VW. Das wollen die Manager nicht und auch nicht die Aktionäre.“

Im Brennpunkt des Klassenkampfes: Automobilarbeiter in aller Welt

Die Konkurrenzschlacht der Automobilkonzerne geht in der ganzen Welt zu Lasten der Automobilarbeiter. Die Kapitalisten nutzen die internationale Zersplitterung des Proletariats aus, um die Arbeiter der einzelnen Länder gegeneinander auszuspielen. So betragen die Lohnkosten für Ford in England nur ein Drittel, in Westdeutschland die Hälfte des amerikanischen Durchschnitts. So hat VW trotz allen Krisengeredes in den letzten Jahren vor allem in faschistischen Ländern kräftig investiert. VW-Brasilien ist heute der größte Konzern Südamerikas. Dort ist auch schon Gelände für eine wesentliche Erweiterung gekauft. Kein Wunder, der Monatslohn eines Facharbeiters liegt dort bei umgerechnet 209 DM! Ebenso im rassistischen Südafrika, oder VW-Mexico, wo sich für den Konzern Gewinnspannen bis zu 70 % ergeben. Während von 1969 bis 1971 in Westdeutschland die VW-Produktion um ca. 15 % stieg, kletterte sie in diesen Ländern um mehr als 40 %!

Allerdings stößt die Ausdehnung der Vollmontage im Ausland wegen der hohen Transportkosten und Abhängigkeit von Zulieferbetrieben auf Grenzen. So bedauerte Mercedes-Chef Zahn auf der Aktionärsversammlung von Daimler-Benz im Juni denn auch, daß Vollmontagen im Ausland für ihn nicht möglich sind, „obwohl Monatslöhne von 75 bis 150 DM in Asien (Hongkong) geradezu aufstrebende Aufträge nach dort zu geben.“ (FR v. 14. 6. 72)

USA: Aufgeblizte Polster und zerklüftete Scheiben

General Motors, Ford und Chrysler in den USA haben die Arbeitsbezüge derart gesteigert, daß trotz Hochkonjunktur im Autogeschäft nur ein Teil der Automobilarbeiter Arbeit hat. Nach einem Bericht der FR liegt die Zahl der Arbeitslosen in den USA in Detroit, dem Schwerpunkt der US-Industrie, mit 8 % sogar 33 % über dem Durchschnitt. In Lordstown/Ohio z. B. errichtete GM sein „modernstes“ Werk, mit neuartigen Werkzeugmaschinen, die einen Teil körperlicher Arbeit, jedes Bücken und Kriechen überflüssig machen

und jeden zeitraubenden Fußweg ersparten. Allerdings sollten von diesem Fließband statt der bisherigen 55 Wagen pro Stunde fast das Doppelte, 100 Stück abrollen. Dem Fließbandarbeiter verblieben statt vorher 1 Minute nur noch 40 Sekunden für die vorgeschriebenen Handgriffe. Als dann im Oktober vergangenen Jahres die GM-Geschäftsleitung noch weiter rationalisierte, 300 Arbeiter feuerte und deren Arbeit auf die übrigen Männer und Frauen verteilen wollte, wurde es der Belegschaft zu viel. Der Arbeiter Nick Schecodonie richtete: „Ich habe gesehen, wie eine Arbeiterin mit dem Fließband um die Wette lief, um ihre Handgriffe zu verrichten. Ich habe noch 25 Jahre vor mir in dieser Fabrik, und ich denke nicht daran, ihr irgend jemanden hier zu nennen.“ Als GM-Manager Anderson auf den Protest der Belegschaft hin die Produktionsanlagen besichtigte, entdeckte er an den nagelneuen Autos vom Typ „Vega“ zerplüßte Windschutzscheiben, zerbrochene Rückspiegel, verbogene Instrumentenköpfe und aufgeschlitzte Sitzpolster. Zündschlüssel steckten abgebrochen in den Schlössern, Dichtungsringe im Vergaser.

Durch die Sabotage befürchtete GM einen solchen Image-Verlust für diesen Autotyp beim späteren

Käufer, daß den Forderungen der Arbeiter nachgegeben werden mußte. Und nicht nur die GM-Manager bekamen kalte Füße: Schließlich rüttelten die rebellierenden Arbeiter von Lordstown im Lande des Fließband-Erfinders Ford mit diesem Kampf gegen einen der Grundpfeiler des Systems, die Akkordarbeit am Fließband.

England: Die „wilden“ Automobilarbeiter

Auch im kapitalistischen Europa stehen die Automobilarbeiter in der vordersten Front des Klassenkampfes.

Die militante Shop Steward-Bewegung in England entwickelte sich zunächst in der Automobilindustrie. Seit Mitte der 60er Jahre sind die 200.000 englischen Arbeiter durch ca. 5000 Shop Stewards vertreten. Die Streikbewegung nahm seitdem großen Aufschwung. Bei Morris gab es z. B. 1965 297 Streiks allein in Cowley, von denen 256 „wild“ durchgeführt wurden. Um ihren Forderungen Nachdruck zu geben, legten die Arbeiter meistens die Arbeit schon vor Beginn von Verhandlungen nieder. Heftige Kämpfe gab es in den letzten Jahren vor allem bei Ford. Der mehrwöchige harte Fordstreik 1969 endete nicht daran, daß

die Geschäftsleitung Strafklausuren gegen inoffizielle Streiks tarifvertraglich einführen wollte. (Inzwischen sind Strafen gegen „wilde“ Streiken sogar gesetzlich vorgesehen: im neuen Antistreikgesetz, das seit 71 in Kraft ist!)

69 aber konnten die Fordarbeiter diesen Angriff noch zurückschlagen und den Kapitalisten eine Niederlage bereiten. Zu ihrer Niederlage in diesem Streik hatten die Ford-Kapitalisten durch ihre Geldgier selbst beigetragen. Denn mit Ende der 30iger Jahre ist die Arbeiterbewegung bei Ford besonders stark, da Ford in der Wirtschaftskrise vorher massenhaft Stammarbeiter entließ und gegen geringeren Lohn Arbeitslose einstellte. Dabei handelte es sich vor allem um klassenbewußte Kumpel aus den stillgelegten Kohlengruben. Wegen des bei Ford bis 1944 bestehenden Gewerkschaftsverbotes wählten sie geheim ihre Shop Stewards, die konspirativ arbeiteten.

Der Fordstreik Anfang letzten Jahres endete dagegen mit einer Niederlage. Zwar wurde mit 16 % mehr Lohn ab sofort und weiteren 16 % im Laufe dieses Jahres ein Tarifabschluß, der wesentlich höher

Forts. von Seite 17

Automobilarbeiter bleiben auf der Strecke

war, als die Heath-Regierung geplant hatte, erreicht. Andererseits aber verpflichteten sich die Gewerkschaftsführer, 2 Jahre ruhig zu bleiben. Henry Ford II, der selbst ein Manager-Einkommen von 500 000 Dollar bezieht, war persönlich bei Heath vorstellig geworden und hatte mit Verlagerung seiner Produktion aus England nach Deutschland und Belgien gedroht, wenn dem Streik nicht ein Ende gemacht würde. Heath drohte damit den Gewerkschaften noch schärfere Anti-Streik-Gesetze als geplant an, und erreichte ihr Nachgeben, zumindestens bei den Gewerkschaftsspitzen. Die Shop Stewards aus den Betrieben allerdings stimmten einheitlich gegen den Kompromiß.

Italien: „Was wir wollen: Alles!“

In Italien läuteten die heftigen Fiat-Streiks im Frühjahr/Sommer 1969 den „Heißen Herbst“ 1969 ein, bei dem die italienische Arbeiterbewegung in breiten politischen Kämpfen ihren größten Aufschwung seit 50 Jahren nahm. Die jahrelang aufgestaute Wut entlud sich bei den Fiat-Arbeitern wegen der ständig wachsenden Arbeitslosigkeit. Allein in den 3 Jahren 1964 - 67 erhöhte Fiat-Chef Agnelli die Produktion um 31 %, die Belegschaft allerdings nur um 15 %. Wegen der mörderischen Akkordheute verließen 4 von 10 Neueingestellten noch im ersten Jahr wieder den Betrieb. Von den 120 000 Arbeitern sind im Schnitt 15 000 bis 18 000 täglich krankgeschrieben.

Agnelli hatte alles daran gesetzt, die Arbeiterbewegung im Betrieb zu zerschlagen. Der militante kommunistische Kern, der im antifaschistischen Kampf in vorderster Front stehenden Fiatarbeiter wurde nach 1945 isoliert und in be-

sonderen Strafabteilungen zusammengefaßt, schließlich ganz entlassen. Jahrelang wurde nur eingestellt, wer der betriebseigenen „gelben“ Gewerkschaft SIDA beitrug.

Als dann am 9. April 69 bei einer Arbeiter- und Studentendemonstration in der Provinz Salerno in Süditalien bewaffnete Polizei 2 Menschen tötete und über 100 verletzte, zeigte sich, daß Agnelli die Unterdrückung seiner Arbeiter nichts gebracht hatte: Mit Streiks am 10. und 11. April war die Reaktion der Fiatarbeiter auf die Säuerlei der Kapitalisten gerade am befruchteten. Wenige Tage später legte eine bis zum Juli nicht abbreiende Streikwelle bei Fiat die gesamte Produktion lahm. Alle Versuche der reformistischen und revisionistischen Gewerkschaftsführer, den Streik zu begrenzen, nutzten vorerst nichts mehr. Durch die Heilen schallte: „Che vogliamo: tutto!“ („Was wir wollen: Alles!“)

Frankreich: Renault - Keimzelle des revolutionären Mai

Der revolutionäre Mai 1968 in Frankreich wurde vor allem durch die politischen Aktionen der Renaultarbeiter, die sich mit der antikapitalistischen Studentenbewegung verbanden, eingeleitet. Im Januar 1968 besetzten die Arbeiter der Renault - LKW - Produktion SAVIEM in Caen aus Protest gegen die von de Gaulle erlassenen Notverordnungen auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet ihre Fabriken. Als die Geschäftsleitung mit Bereitschaftspolizei gewaltsam die Arbeiter verjagte, kam es in ganz Frankreich zu einer breiten Solidarisation innerhalb der Arbeiterklasse und der Studentenbewegung gegen den Polizeiterror und die Verhaftung mehrerer Streikteilnehmer. Die Kampfbereitschaft der

Arbeiterklasse wuchs schnell an, im Renault-Werk Billancourt bei Paris z. B. gab es allein von März bis Mai ca. 80 kurzfristige Arbeitsniederlegungen. Andere Wirtschaftsbereiche (Bergarbeiter, Textilarbeiter, Metallarbeiter der Flugzeugwerke Sud-Aviation, Postarbeiter) folgten. Die Arbeiter stellten neben den wirtschaftlichen immer mehr politische Forderungen auf: Gegen Arbeitslosigkeit und Abbau der Sozialversicherung, Notstands-Gesetze und Polizeiaktionen, für den Sturz des gaullistischen Regimes.

Die brutale Polizeiüberfälle auf die Studentendemonstration Anfang Mai (gegen die ständige Verschlechterung der Schul- und Hochschulbedingungen, gegen den US-Einsatz in Vietnam etc.) brachten das Faß zum Überlaufen. Wiederum standen die Renault-Arbeiter in der ersten Reihe: Sie beschlossen zu streiken und besetzten als erste (neben den Sud-Aviation-Arbeitern) ihre Fabriken. Diese Kampfmaßnahmen der Arbeiter von Renault (größte Fabrik in Frankreich) verbreiterten die Streikfront auf 10 Millionen, ohne daß die Gewerkschaften einen Aufruf erlassen hätten.

Auch nach der politischen Niederlage der Mai-Revolution (auf wirtschaftlichem Gebiet konnte die französische Arbeiterklasse große Erfolge verbuchen) haben die Renaultarbeiter in ihrem Kampf nicht nachgelassen. Im Renault-Werk Le Mans wurde im Februar 1969 ein Streik gegen die analytische Arbeitsplatzbewertung durchgeführt. Bei Renault-Cléon gab es im Herbst 69 folgende Aktionen:

- Bei Erscheinen des Zeitnehmers wird die Arbeit eingestellt
- Wenn die Abteilung nicht voll

besetzt ist, wird der Ausstoß entsprechend reduziert

- Bei Rationalisierung wird die Arbeitszeit durch vorverlegten Feierabend verkürzt

Der mehrwöchige Renault-Streik im Frühjahr letzten Jahres begann in Le Mans. 82 angelegte Arbeiter einer Montage-Abteilung verlangten die Streichung der 5 unteren von 8 Lohngruppen nach dem Arbeitsbewertungsverfahren, nach denen 80 % aller Angelernten bezahlt wurden. Der Streik breitete sich innerhalb weniger Tage über alle Werke aus, es wurde die Streichung der beiden untersten Lohngruppen für alle Angelernten nach 2-jähriger Betriebszugehörigkeit und eine Höherbewertung der unteren Lohngruppen erreicht. Ab sofort waren jetzt nur noch 5 % (vorher 21 %) aller Angelernten in den beiden untersten Lohngruppen.

Westdeutschland: Leistung in 20 Jahren verdoppelt

Die konjunkturelle und saisonbedingten Nachfrageschwankungen sind in der Autoindustrie besonders hoch. Besonders die westdeutschen Autokonzern-Herren lassen dies voll zu Lasten der Autoarbeiter gehen:

- Wenn sinkende Nachfrage zu erwarten ist, wird bis zuletzt wie wild produziert und die Läger bis auf den letzten Platz aufgefüllt.
- Von einem Tag auf den nächsten starke Produktionsdrosselung, oft sogar nur in einigen Werken, während es in anderen „volle Pulle“ weitergeht. Für die betroffenen Arbeiter heißt das: Heute Überstunden und Zusatzschichten, morgen Kurzarbeit und Entlassungen mit erheblichen Lohneinbußen. Da Kurzarbeitergeld vom Arbeitsamt (also vom Steuereinkommen der Arbeiterklasse!) gezahlt wird, braucht der Kon-

zern jetzt keine Löhne zu zahlen.

- Bei Anstieg der Konjunktur wird jetzt mit der durch die Entlassungen reduzierten Belegschaft die Produktion auf Höchstniveaus gebracht, die Arbeitssetze also von mal zu mal gesteigert.

Bei BMW München mußten die Kollegen vom 6. - 15. 12. letzten Jahres kurzarbeitsen. Wegen der ständigen Fluktuation (Betriebswechsel) sorgte ein Einstellungstop für die Reduzierung der Belegschaft. 2 Monate später, im Februar, gab es „freiwillige“ Zusatzschichten samstags. Wer nicht samstags kam, mußte damit rechnen, beim nächsten Abschwung als erster draußen zu sitzen. Ebenso bei Opel Bochum: Ende letzten Jahres wurde der Ausstoß von 480 - 530 Autos täglich auf 500/550 erhöht, die Nachtschicht wieder eingeführt, um zusätzlich noch 5000 Unterbaue zu produzieren. Im Januar gab es dann Kurzarbeit für 19 000 Arbeiter, während im Mai an den Samstagen Zusatzschichten gefahren werden mußten!

Wie sich diese soziale Unsicherheit von den Kapitalisten ausnutzen läßt, beweisen die Produktionszahlen: BMW steigerte von 1970 - 71 den täglichen Ausstoß von 690 auf 750 Autos täglich, investierte 200 Mill. und erhöhte den Umsatz um 11 %. Die Belegschaft wuchs im gleichen Zeitraum um 1,7 %! Bei Opel wurden in der Krise 66/67 8000 Arbeiter, angeblich allein „Bummelanten und sowieso nur Ausländer“ entlassen, der enorme Produktionsanstieg 68/69 mußte hinterher von den übrigen Arbeitern verkraftet werden. Bei Ford Köln wurden 1968 381 000 Autos hergestellt, ein Jahr später waren es 613 600! Das sind 60 % mehr, die Belegschaft erhöhte sich allerdings nur um 21 %! Während 1952 von einem Fordarbeiter 7 Autos hergestellt wurden, waren es 1971 14.

KRISE bei VW?



Als erster wurde VW-Chef Kurt Lotz „entlassen“. Seine „Jahresrente“ als Pensionär beträgt 300 000 DM. Audi-Chef Leidig zog ein. Er kommt im Jahr auf ein auf 1 Mill. erhöhtes „Gehalt“, um seine als Chef von Auto-Union und davor von VW-Brazilien bewiesenen Erfahrungen, den Profit in die Höhe zu treiben, unter Beweis zu stellen. Jetzt werden im Laufe eines Jahres 15 000 Arbeiter und ca. 1000 Angestellte entlassen. Für diese Arbeiter, die größtenteils aus dem niederschleichen Umland kommen, wo VW das Monopol auf Industriearbeit hat, bedeutet das soziale Deklassierung bis ans Lebensende!

Mit Eintritt Leidings in die Konzernleitung Ende 71 begann für die VW-Arbeiter die verschärfte Arbeitsetze. Zulagen wurden gestrichen. Entlassungen „auf kaltem Wege“ setzten ein. Als erstes ließ Leidig Zeiten überprüfen. Arbeiter wurden zusammengelegt. In der Automatendreherei muß ein Arbeit-

ter seitdem z. B. statt einem jetzt 2 Automaten bedienen. Der Zuwachs für das Werk bringt 70 %. Da werden junge Arbeiter neu in eine Abteilung gesteckt, kurze Zeit später erscheint der Stopper und „überprüft“ die Vorgabe. Ergebnis: Die Zeiten werden runtergesetzt. Für 1972 soll die „Erfolgsprämie“

von 8 auf 5,2 % gekürzt werden, was den Kollegen Lohneinbußen von durchschnittlich 480 Mark bringt.

Seit Herbst letzten Jahres hat das Wolfsburger Werk Einstellungsstop. Seit Ende letzten Jahres läßt Leidig sogenannte Bummelanten vor die Tür setzen. Jeden Monat genau 49 (ab 50 wären es erst Massenentlassungen, die gesetzlich nicht ohne weiteres vorgenommen werden dürfen). Ihr Verbrechen: Sie sind die fünfzig, die die größten Fehlzeiten durch Krankheiten etc. laut Statistik des Personalbüros haben. Eine Arbeiterin z. B., die wegen einer Fehlgeburt längere Zeit

fehlte, ein anderer hatte einen Verkehrsunfall gehabt.

Kranke schleppen sich zur Arbeit

Welchen makabren „Erfolg“ diese von den Kapitalisten als „49er-Aktion“ bezeichnete Säuerlei hat, zeigt der um 70 % in wenigen Monaten gewachsene Krankenstand. Aus Angst um den Arbeitsplatz kurieren so von durchschnittlich 9250 kranken Arbeitern 6000 die Krankheit am Arbeitsplatz aus. Für Leidig war das jetzt noch ein weiterer Grund, die Entlassungen um weitere 6000 zu steigern. Ganz zynisch schreibt Springers Welt dazu: „Bei der angespannten Lage beurteilen aber wohl viele VW-Beschäftigte die Notwendigkeit ihres Krankseins anders als zuvor. Die Abwesenheitsquote sinkt erheblich. Das Unternehmen hat plötzlich effektiv zu viele Beschäftigte.“ (12. 6. 72) Und ein VW-Sprecher jubelt: „Die Arbeitsmoral ist gestiegen, andererseits bringt uns diese Entwicklung zusätzliche Überbeschäftigung.“

Im Jargon der Kapitalisten und ihrer Presse sind diese Massenentlassungen allerdings ein „ganz normaler Vorgang“. „Anpassung an die

Absatzentwicklung“, „vernünftige Reduzierung der Belegschaft“ heißt es da.

Die Morgenpost stellt da unter Hinweis auf 160 000 VW-Arbeiter (das stimmt nur, wenn man Audi-NSU hinzuzählt, worum es aber gar nicht geht, VW hat tatsächlich Ende '71 134 Tausend) fest: „Im Verhältnis dazu sind 7000 Arbeitsnehmer nur ein Bruchteil. Selbst 12 000 weniger, wäre eher ein Gesundheitsschupfen, als eine lebensgefährliche Erkrankung des Autors.“ Zweifelloser richtig! Für die Konzernherren bedeuten gesteigerte Arbeitssetze, weniger Löhne und zwei Drittel reduzierte Krankenzahlung bei gleichzeitigem Profit noch durch Kranke ein „Gesundschupfen“, das die Profite steil in die Höhe treibt. Zumal sich der Konzern durch Milliarden-Investitionen auf die nächste Stufe der internationalen Konkurrenzschlacht gut vorbereitet hat. So hat Leidig denn auch angekündigt, daß 1974 „die Sonne wieder über uns scheinen wird.“

Nach anderen Pressemitteilungen wird sogar schon für Ende dieses Jahres Hochkonjunktur bei VW erwartet.

Rhein Stahl - Werk Hannover, am 12. 6. 72, 9.30 Uhr, nach der Frühstückspause:

Mehrere hundert Arbeiter versammelten sich auf dem Hof. Wie ein Lauffeuer geht es durch Hallen und Büros: Heute Vormittag Protestdemonstration. Um 11.00 Uhr marschiert der Demonstrationzug von über 4000 Arbeitern und Angestellten in Richtung Innenstadt. Unter ihnen Solidaritätsdelegationen von VW, Conti-Gummi und Vereinigte Leichtmetall.

In Arbeitskleidung und mit zahlreichen roten Fahnen geht der Zug zum hannoverschen Rathaus. Der Verkehr kommt in der Innenstadt völlig zum Erliegen. Spontan solidarisiert sich die Bevölkerung der Stadt mit den demonstrierenden Kollegen. Mitgeführte Transparente wie „Heute wir – morgen ihr“ wandten sich direkt an die Bevölkerung der Stadt.

Schon im Februar dieses Jahres kam es bei der Ankündigung des Konzernvorstandes, den LKW-Motorenbau stillzulegen, zu spontanen Warnstreiks. Als am 7. Juni der Stilllegungsbeschluss gefasst wurde, zusätzlich auch noch Gießerei und Hammerwerk unter diese Maßnahmen fielen, machten die Arbeiter ihrer aufgestauten Empörung Luft. Auf mehreren Betriebsversammlungen wurde immer wieder die Forderung nach einer Demonstration aufgestellt. Fast die gesamte Belegschaft stellte sich hinter die betroffenen Arbeiter. Auch die Angestellten erkannten, daß sie die nächsten Opfer der Kapitalisten-willkür sein können. Noch am Wochenende werden Transparente und Fahnen hergestellt. Am Montag, dem 12. 6., ist es dann so weit.

Kein Wunder, daß dieser Demonstrationzug, zudem noch mit roten Fahnen, die Politiker im Rathaus und in den Parteien aufgeschreckt hat. Obwohl diesen Leuten die Lage bei Rhein Stahl seit langem bekannt ist, versuchen sie jetzt unter dem Druck der empörten Arbeiter, dem Kampf die Spitze zu brechen. Oberbürgermeister Schmaltieg (SPD) unterbrach extra eine Dienstreise, um den Demonstrationen in einer Ansprache „alle erdenkliche Hilfe“ zuzusagen. Die SPD-Fraktion brachte einen Tag später einen „Dringlichkeitsantrag“ im Rathaus ein, erklärte sich mit den Arbeitern solidarisch. Die CDU nahm von der Entwicklung „mit Bedauern Kenntnis“.

Viele Kollegen bezweifeln diese „Solidarität“ der Parteien, die sich sonst als treue Helfershelfer der Kapitalisten erweisen. Mit schönen Worten ist ihnen nicht geholfen.

Zu mehr wird es aber erfahrungsgemäß bei den bürgerlichen Parteien nicht kommen. Den Kollegen bleiben da nur Sozialpläne, Unterstützungen oder vorzeitige Pensionierung. Eines ist fast allen durch die Vorfälle deutlich geworden:

Solange einige wenige Kapitalisten über Produktionsmittel und Fabriken verfügen, diesen Leuten alles gehört und der Profit auf Kosten der Arbeiter gemacht wird, solange sind Arbeitsplätze und Verdienst nicht gesichert.

So kam es denn auch einen Tag nach der Demonstration zur nächsten Aktion: Die 150 Arbeiter aus der Gießerei legten vormittags die

RHEINSTAHL - HANOMAG:



Rote Fahnen sieht man besser

Arbeit nieder und verfaßten eine Resolution, in der sie die Maßnahmen und Willkür der Rhein Stahl-Kapitalisten anprangerten.

Das Supergeschäft auf Kosten der Hanomag-Arbeiter

Als Ende Januar die Herren von Rhein Stahl die Henschel-Gießerei in Kassel dichtmachten und 400 Arbeiter auf die Straße setzten, hieß es: „In Hannover sind moderne Produktionsstätten, dort gehts weiter!“ In Wahrheit säubert der Konzern jedoch bereits seit Jahren auf Kosten der Arbeiter alle Produktionszweige aus dem Konzern, die nicht genügend Profit abwerfen. Daß dazu der gesamte Motorenbau gehören würde, war seit langem klar. Denn schon 1969 wurde der Plan zur „Neuordnung“ des Konzerns bekannt, nach dem auf Betreiben der Deutschen Bank die Hanomag - Henschel - Fahrzeugproduktion an Daimler-Benz verkauft werden mußte; (Einer der Hauptaktionäre von Daimler: Die Deutsche Bank, deren Vorstandsvorsitzender Dr. Kleffel gleichzeitig Rhein Stahl - Aufsichtsrats - Vorsitzender ist). Allerdings kaufte Daimler die Fahrzeugproduktion ohne die zugehörige Motorenproduktion, die Daimler bald selbst bauen wollte. Bis dahin sollte Rhein Stahl die Motoren per Auftrag anfertigen. Da Daimler jetzt seine eigene Motorenfertigung genügend gesteigert hat, fliegen bei Hanomag - Rhein Stahl die Arbeiter auf die Straße. Betrug die Belegschaft 1969 noch 10 000, so sind bis Juni schon über 5000 Kollegen auf einen Stand von 4500 „wegrationalisiert“ worden. Der Stilllegungsbeschluss für Motorenbau, Gießerei und Schmiede trifft jetzt weitere 1500, die bis Mai 73 folgen sollen.

Die einen fliegen raus...

Nach Angaben der Geschäftsleitung sei dies allerdings „überhaupt nicht schlimm“, da bis dahin ca. 500 Arbeiter freiwillig gingen, weitere 300 - 400 ältere einen „Alterssozialplan“ erhielten. Nach diesem Plan werden über 59 Jahre alte Arbeiter zu vorzeitiger Rente gezwungen. Die Zahl der Kündigungen werde also „weit unter 1000 liegen“.

So einfach ist das für die Herren Kapitalisten.

Für die 600 Arbeiter sieht das etwas anders aus. Da in den letzten Jahren schon laufend gekündigt wurde, wobei aus „sozialen Gründen“ zuerst die Jüngeren flogen, handelt es sich bei diesen 600 um durchschnittlich 48 Jahre alte Kollegen, die allesamt mehr als 10 Jahre im Betrieb sind, in der Mehrzahl qualifizierte Facharbeiter. In Hannover einen gleichwertigen Arbeitsplatz zu finden, ist für sie aussichtslos.

IG - Metall - Bevollmächtigter Menius sagte vor den streikenden Hanomag-Arbeitern: „Daß wir hier stehen, ist das Ergebnis der sogenannten sozialen und freien Marktwirtschaft, deren Bankrott wir hier erleben. Unser Vertrauen in die Konzerne ist nicht mehr vorhanden.“

Vertrauen in die Konzerne der Kapitalisten haben sicher die wenigsten Arbeiter gehabt. Wo es einmal vorhanden war, machte es Erbitterung Platz. Ein 61-jähriger Arbeiter: „Da ist man jahrzehntelang in dem Unternehmen und soll nun plötzlich vor die Tür. Schließlich haben gerade viele von uns Älteren nach dem Krieg alles wieder mit aufgebaut.“ Seine marktwirtschaftliche Freiheit: Vorzeitig in Rente zu gehen!

... und die anderen werden noch mehr gehetzt

Während die restlichen Hanomag-Arbeiter von Rhein Stahl auf die Straße fliegen, macht der Daimler-Benz-Konzern das dicke LKW-Geschäft. Allerdings auch hier auf Kosten der Arbeiter der Hanomag - Henschel - Fahrzeugproduktion, die von Daimler mit übernommen wurden. Damals hieß es, der Kauf geschehe zur Sicherung der Arbeitsplätze im Fahrzeugbau. Tatsächlich aber baut Mercedes seine Monopolstellung im LKW-Bau von Jahr zu Jahr aus. Schon 1968 hatte Daimler von Krupp den LKW-Bau aufgekauft und - stillgelegt! Und so sieht die Sicherung der Hanomag-Arbeitsplätze aus: In Hannover flog im Zuge neuer „Rationalisierungen“ jeder neunte Kollege, im Bremer Werk weit seit langem mit halber Kraft produziert. (Statt vorher 4000 jetzt noch 2000 Arbeiter!)

Im Werk Harburg bei Hamburg steigt dagegen die Arbeitshetze von Tag zu Tag. Nach dem Bericht

unserer Genossen ist die Tagesproduktion von 76/78 Wagen in 2 Schichten in 3 Monaten auf 86/88 gesteigert worden. Gerüchte gehen durch die Abteilungen, daß diese Hetze noch auf 100 Wagen pro Tag gesteigert werden soll. Allerdings gilt es in den Abteilungen. Fraglich ist, ob die Geschäftsleitung ihr Ziel durchsetzen kann. Eine Schicht in der Hauptmontage forderte 20 Pf. Grundlohnsteigerung, sonst würde sie streiken. Die Kollegen flingen erst wieder an zu arbeiten, als ihnen versprochen wurde, daß am nächsten Tag jemand von der Geschäftsleitung deswegen aus Hannover käme, der dann auch die Erhöhung bewilligte. Auch in der Endmontage diskutieren die Kollegen bestimmte Obergrenzen, über die sie nicht hinausgehen wollen. Als z. B. der Bandführer am 27. 6. einen Kollegen ablöste und die Wagen alle 7 statt vorher 10 Minuten auf Band jagte, wurde er ziemlich scharf zusammengepackt und mußte dann normal fahren. Die Kollegen arbeiteten bis Feierabend entsprechend langsamer, um die Zeit wieder auszugleichen.



Arbeiter fliegen – Kapitalisten kassieren

Außer Daimler-Benz gibt es im LKW-Bau in Westdeutschland heute nur noch MAN vom Gutehoffnungshütte-Konzern, der gegen seine Beteiligung an der Howaldt-Deutsche-Werft den ganzen Büssing-LKW-Bau Braunschweig vom staatseigenen Salzgitter-Konzern gekauft hat. (Als Außenseiter existiert noch Humboldt-Deutz des Klöckner-Konzerns, auf Baufahrzeuge spezialisiert). Dieser Büssing-Kauf durch MAN ist ein Musterbeispiel, wie es den Kapitalisten in jedem Fall gelingt, dicke Geschäfte zu machen:

1962 war der Büssing-Konzern noch im Besitz der Familie Büssing, die nicht genug Kapital aufbringen konnte, um den Betrieb gegen die starke Konkurrenz weiter über Wasser zu halten. Der staatseigene Salzgitter-Konzern kaufte Büssing, angeblich zur Sicherung der Arbeitsplätze. Im Laufe der Jahre wurden dann 485 Millionen DM Steuergelder in den Konzern gesteckt, Anfang 1969 für 21 Milio-

nen die Hälfte des Aktienkapitals an MAN verkauft. Im Tausch gegen die 50% - Beteiligung an der seit langem hoch verschuldeten Howaldt-Deutsche-Werft (HDW) bekam letztes Jahr MAN die zweite Hälfte des Büssing-Konzerns. Außer den schon reingesteckten 485 Millionen verpflichtete der Bund sich im weiteren, noch 5 weitere Jahre alle Verluste zu decken. Die MAN-Bosse werden alles daran setzen, bei Büssing „hohe Verluste“ zu produzieren: z. B. durch unterbezahlte Auftragsarbeit für andere MAN-Betriebe selbst, oder etwa zu teuren Rohstoffen - oder Fertigteileinkauf Büssings bei MAN, durch überhöhte Investitionen (die sich erst nach 5 Jahren bezahlt machen) usw. Dazu kommen dann noch die üblichen Verschleissungen in den Bilanz, die in den nächsten 5 Jahren die Verluste in die Höhe treiben werden. Das sind die Millionensteuergeschenke für die Kapitalisten, während allenthalben die Arbeiter auf die Straße fliegen.

DK - Kongress in Westberlin:

Nach Geschmack der Kapitalisten

Unter dem Motto „Durch Reformen zur sozialen Demokratie“ fand vom 28. 5. bis 3. 6. in Westberlin der 7. ordentliche ÖTV-Gewerkschaftstag statt. 575 Delegierte waren gekommen.

Der Gewerkschaftstag ist die höchste Instanz der ÖTV und tritt alle 4 Jahre zusammen. Hier werden die Richtlinien für die Politik bestimmt und der Hauptvorstand gewählt.

Bei Eröffnung sagte ÖTV-Vorsitzender Klunker: „Gewerkschaften sind nicht Ordnungsfaktor, sondern gesellschaftsverändernde Kraft“ und „wenn wir die Lage der Arbeitnehmer in der Gesellschaft entscheidend verbessern wollen, müssen wir alles tun, um den gesellschaftlichen Fortschritt voranzutreiben“. Was die ÖTV-Spitze unter gesellschaftlichem Fortschritt versteht, konnte man an den Vorträgen, Referaten und besonders den Anträgen des Hauptvorstandes ganz klar sehen.

gressiven Reformpolitik“ (also deren Durchsetzung!) notwendig sei und auch so verstanden werden müßte.

Für „konzertierte Aktion“

Viele Delegierte sprachen sich klar gegen die „konzertierte Aktion“ aus. Der Hauptvorstand sprach sich dagegen zuerst grundsätzlich für die konzentrierte Aktion aus, kritisierte nur einige Formulierungen. Als die Kritik der Delegierten zu stark wurde – als aufgedeckt wurde, daß durch Lohnleitlinien und andere „Abmachungen“ der Wille der Kapitalisten mit Hilfe der Regierung den Gewerkschaften auf's Auge gedrückt wird – da setzte sich Klunker geschickt an die Spitze dieser Kritik und meinte gar: „Die Tarifautonomie ist in Gefahr“. Später würgte er Anträge ab, die den Austritt aus der Konzentrierten Aktion forderten.

Auf zur Kommunisten-Jagd

ÖTV-Vorsitzender Klunker rief die Gewerkschaften zum „Kampf gegen den Radikalismus“ auf. Damit meinte er vor allem: Kampf gegen die Kommunisten und andere fortschrittliche und aktive Gewerkschafter, die seine arbeiterfeindliche Politik durchschaut haben und entsprechend kritisieren. Gegen die „kommunistische Gefahr“ – zu deutsch: Die Gefahr von politischen Streiks und anderen Massenaktionen der Arbeiterklasse – waren dann auch zwei „allgemeinpolitische“ Anträge des Hauptvorstandes gerichtet: Für die „Verbesserung der inneren Sicherheit“ und Umwandlung des Bundesgrenzschutzes (BGS) in eine „Bundespolizei“. Beide Anträge drucken wir nebenstehend ab.

Es ist klar, daß diese Anträge, denen auch entsprechende Beschlüsse folgten, das Klasseninteresse der Kapitalisten formulieren. (Vergl. dazu auch Artikel in diesem AK: „Innere Sicherheit“ – für wen?“ auf S. 1 und „Bundesgrenzschutz“ auf S. 2). Diese Anträge unterstützen deutlich den Prozeß der Faschisierung und Militarisierung in Westdeutschland. Sie fordern faktisch das „Niederhalten von Streiks, Demonstrationen und Kundgebungen“ vor allem der Arbeiter durch den zur Bundespolizei umgewandelten Bundesgrenzschutz. Ein Schlag ins Gesicht der Arbeiterklasse!

Noch toller trieb es ein gewisser Professor Lothar Neumann, der unter dem Deckmantel von „Wissenschaftlichkeit“ behauptete, daß der zur Bundespolizei umgewandelte BGS zur „Vollziehung einer pro-

zu hören. Auch war logisch, daß Klunker und seine Bagage „mit großer Stimmenvorherrschaft“ wieder gewählt wurden. So war es dem Hauptvorstand auch ein Leichtes, zu schalten und zu walten, wie er es für ratsam hielt:

- von 161 Anträgen, zur Tarifpolitik wurden allein 119 nicht entschieden, sondern dem Hauptvorstand zur „tarifpolitischen Entscheidung“, d. h. zur späteren alleinigen Entscheidung, übertragen. 11 Anträge fielen damit auch noch als „völlig erledigt“ hintenüber. Durch diese, höchst seltsame „Verfahrensweise“ konnten konkrete Forderungen und Anträge abgewehrt werden, die wenigstens zum gewissen Teil noch die Interessen der Mitglieder-Basis berücksichtigten. Außerdem konnte der Hauptvorstand so konkrete Aufträge des Kongresses – immerhin das höchste Entscheidungsgremium der ÖTV – umgehen, die sonst seine Politik zumindest teilweise den Interessen der Mitglieder-Basis verpflichtet hätte.

Anträge, die auf Mobilisierung der Basis zielten, um per Demonstrationen, Aktionen usw. die gewerkschaftspolitischen Programme der ÖTV durchzusetzen, wurden abgelehnt. Ein einziger Antrag in diesem Zusammenhang kam in einer Kampfabstimmung durch: Er forderte die Mobilisierung der Mitglieder vor Beginn von Tarifverhandlungen.

- Anträge, die den Austritt aus der „Konzentrierten Aktion“ verlangten, wurden abgelehnt.

- Ein Antrag, der eine demokratische Urabstimmung von Verhandlungsergebnissen vor Abschluß von Tarifverträgen forderte, wurde ebenfalls abgelehnt. Nicht einmal hier sollen in Zukunft die Mitglieder mitbestimmen dürfen.

Kritik nicht erwünscht – aber notwendig!

Der 7. ordentliche ÖTV-Kongress war – man muß es leider sagen – insgesamt ein Kongress nach Geschmack der westdeutschen Kapitalistenklasse. Die Gewerkschafts-Opposition, vor allem Kollegen aus Hessen und Nordrhein-Westfalen und die ÖTV-Jugend ist noch schwach entwickelt. Sie kann deswegen auch noch nicht verhindern, daß die Gewerkschaft durch solche Führer wie Klunker immer deutlicher der Kapitalistenklasse ausgeliefert wird. So konnte es sich der Hauptvorstand erlauben, einem Dortmunder Kollegen das Wort zu entziehen, der sehr vorsichtige Kritik an den widersprüchlichen Aussagen Klunkers übte.

DGB-Vorsitzender Vetter brachte auf den Nenner, was die Gewerkschaftsführung von Kritik hält:

„Und ich bin der Meinung, daß wir uns nicht immer von erinnerungslosen Eiferern und unbefriedigten Berufsgewandten vor-schützen lassen sollen, daß wir, die Gewerkschaften (!), mit mehr als 20 Jahren rückwärts vor den Kapitalisten auf dem Bauche gekrochen wären.“

Es ist schon einigermaßen „genügend“, wenn Gewerkschaftsführer – wie in diesem Fall Vetter – stets sich selbst und ihre-

Antrag Nr. 388

Antragsteller: Hauptvorstand

Verbesserung der inneren Sicherheit

Der Gewerkschaftstag möge beschließen:

Der Gewerkschaftstag fordert, daß von der Bundesregierung und den Landesregierungen alle Maßnahmen durchgeführt werden, um die innere Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland zu verbessern. Als vor-drücklich sieht die ÖTV folgende Maßnahmen an:

1. Die Konzentration des Polizeieinsatzes auf folgende vier Aufgabenbereiche:
 - a) Kriminalitätsbekämpfung
 - b) Verkehrsunfallverhütung und Verkehrlenkung
 - c) Abwehr von Gemeingefahren
 - d) Schutz von Demonstrationen
2. eine Reform der Polizeiorganisation und Gliederung nach kriminal-geographischen Gesichtspunkten;
3. eine Personalvermehrung und Reform des polizeilichen Personalwesens, die obrigkeitstypische Personalstrukturen beseitigt und den bedarfsbezogenen Personaleinsatz ermöglicht.

Begründung

Die Bundesregierung hat in ihrer Regierungserklärung ein Sofortprogramm zur Verbrechensbekämpfung angekündigt und zum Ausdruck gebracht: „Um die Sicherheit in unserem Lande zu gewährleisten, wird die Bundesregierung die Modernisierung und Intensivierung der Verbrechensbekämpfung energisch vorantreiben. Sie wird unverzüglich die Arbeit an einem Sofortprogramm aufnehmen und dieses dem Deutschen Bundestag im Jahre 1970 zuleiten.“

Für das Bundeskriminalamt hat die Bundesregierung ein Sofortprogramm zwischenzeitlich vorgelegt. Ferner hat die Bundesregierung dem Bundestag zur Beratung ein neues Bundesgrenzschutzgesetz zugeleitet. Die Ständige Konferenz der Innenminister der Länder hat ihrerseits eine Kommission zur Erstellung einer umfassenden Sicherheitskonzeption gebildet. Damit sind Maßnahmen zur Stabilisierung der inneren Sicherheit eingeleitet worden.

Der ÖTV erscheinen diese Maßnahmen jedoch nicht weitgehend genug. Sie fordern darüber hinaus eine umfassende Reform und Vereinfachung der polizeilichen Aufgaben, der Organisation und des Personalwesens und versteht darunter unter anderem:

1. den wirkungsvollen Einsatz aller technischen Hilfsmittel zur Verbrechensbekämpfung und Verkehrlenkung zu gewährleisten,
2. die beste Aus- und Weiterbildung aller Polizeibeamten sicherzustellen und
3. neue Bewertungsmaßstäbe für die Tätigkeit aller Polizeibeamteten festzusetzen.

Antrag Nr. 389

Antragsteller: Hauptvorstand

Bundesgrenzschutz muß zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit herangezogen werden

Der Gewerkschaftstag möge beschließen:

Der Gewerkschaftstag fordert, daß der Bundesgrenzschutz umgehend durch eine umfassende Polizeiausbildung sowie eine Änderung seiner Organisation und Struktur in die Lage versetzt wird, für die Aufgaben der Polizei auf Anforderung der Länder zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit verwendet werden kann.

Begründung

Die Polizeien der Länder können nicht ständig personell und technisch so ausgestattet sein, auch nicht nach einer Entbindung von nach-fremden Aufgaben und nach einer Reorganisation von Struktur und Personalwesen, um für jeden einzelnen Fall gerüstet zu sein. Die Bundesregierung muß deshalb dafür sorgen, daß schnellstens der Bundesgrenzschutz in die Lage versetzt wird, für die Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit mit eingesetzt zu werden. Voraussetzungen dafür sind nach Auffassung der ÖTV die Konzentrierung der polizeilichen Aufgaben und Zuständigkeiten, die Organisation, Ausrüstung und Ausbildung des Bundesgrenzschutzes nach polizeilichen Grundsätzen, der Fortfall des Kombitentamentums für die Angehörigen der BGS-Verbände, die Bestimmung der Grenzschutzdienstpflicht und die Gleichstellung der BGS-Vollzugsbeamten mit den Beamten der Polizeien der Länder in beamten-rechtlicher und besoldungsrechtlicher Hinsicht.

gleichen für „die Gewerkschaften“ schlechthin ausgeben, um dann Kritiker der eigenen Politik – ebenfalls Gewerkschafter – als „erinnerungslos“ und „unbefriedigt“ zu beschimpfen, als „Eiferer“ und „Berufsgewandte“ anzupöbeln.

Tatsache ist aber, daß die über-große Mehrheit der Gewerkschafts-Mitglieder Kritik an der Politik „ihrer“ Führung hat. Was Vetter, Klunker usw. zugute kommt, ist allerdings die Tatsache, daß diese Kritik zumeist noch passiv ist, ab-wartend bleibt, und sich leider teil-weise auch massenhaft in gewerk-schaftlichem Desinteresse äußert. Aufgabe der Kommunisten und der aktiven Gewerkschafter an der Ba-sis, also in den Betrieben, Büros und Behörden, muß es werden, diese massenhafte Kritik als Kraft

im innergewerkschaftlichen Kampf zu organisieren und einzusetzen, um solchen Leuten wie Klunker mehr und mehr das Wasser abzugraben.

FÜR EINE GEWERKSCHAFTS-POLITIK, DIE AUSSCHLIESSLICH DEN ARBEITER-INTERESSEN VERPFLICHTET IST!

MACHEN WIR DIE GEWERKSCHAFTEN WIEDER ZU EINER KAMPFORGANISATION DER ARBEITERKLASSE!

FÜR DIE ENTWICKLUNG DER INNERGEWERKSCHAFTLICHEN DEMOKRATIE – GEGEN EINE POLITIK DER ANPASSUNG AN DIE INTERESSEN VON KAPITAL, STAAT UND REGIERUNG!